



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

46. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 14. Oktober 2004, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Renate Holznagel

Inhalt**Fragestunde**

– Drucksache 4/1378 –	2629
Dr. Ulrich Born, CDU	2629, 2630
Minister Erwin Sellering	2629, 2630
Andreas Petters, CDU	2631
Minister Dr. Otto Ebnet	2631
Torsten Renz, CDU	2631
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	2631

Antrag der Fraktion der CDU:

**Wahrung des Artikels 29, Abs. 6 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern –
Haushaltsautonomie des Landtages**

– Drucksache 4/1339 –	2631
Eckhardt Rehberg, CDU	2632
Ministerin Sigrid Keler	2633
Rudolf Borchert, SPD	2636
Wolfgang Riemann, CDU	2636
Lorenz Caffier, CDU	2636
Angelika Gramkow, PDS	2639
Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos	2640
B e s c h l u s s	2641, 2686

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Spitzensteuersatz nicht absenken

– Drucksache 4/1359 –	2641
Angelika Gramkow, PDS	2641, 2646
Eckhardt Rehberg, CDU	2642
Rudolf Borchert, SPD	2645
B e s c h l u s s	2648

Antrag der Fraktion der CDU:

**Erhaltung der Hotelpauschale
bei Rundfunkgebühren**

– Drucksache 4/1365 –	2648
Eckhardt Rehberg, CDU	2648

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Grundsätze künftiger Förderung zur
Entwicklung des ländlichen Raumes**

– Drucksache 4/1358 –	2649
-----------------------------	------

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1384 –	2649
Hannelore Monegel, SPD	2649
Minister Dr. Till Backhaus	2650
Renate Holznagel, CDU	2651

Alexa Wien, PDS.....	2653	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:	
B e s c h l u s s	2654	Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für Mecklenburg-Vorpommern nutzen	
		– Drucksache 4/1382 –	2671
		Andreas Petters, CDU	2671, 2674, 2676
		Detlef Müller, SPD	2672
		Angelika Gramkow, PDS	2673
		Siegfried Frieze, SPD	2676
Antrag der Fraktion der CDU:		B e s c h l u s s	2676
Situation und Perspektiven der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund des derzeitigen Fusionsprozesses zur Landesversicherungsanstalt Nord			
– Drucksache 4/1362 –	2654		
Bernd Schubert, CDU	2654		
Ministerin Dr. Marianne Linke	2656		
Rudolf Borchert, SPD	2658		
Torsten Koplin, PDS	2658	Antrag des Abgeordneten	
Torsten Renz, CDU	2659	Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos:	
Andreas Petters, CDU		Eckwerte der Hochschulentwicklung und Zielvereinbarungen	
(zur Geschäftsordnung)	2661	– Drucksache 4/1356 –	2676
		Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
		– Drucksache 4/1386 –	2676
		Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos	2676, 2683
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:		Mathias Brodkorb, SPD	2679
Luftverkehrskonzept		Ilka Lochner-Borst, CDU	2680
– Drucksache 4/1361 –	2661	Karin Schmidt, PDS	2682
Änderungsantrag der Fraktion der CDU		Heike Polzin, SPD	2682
– Drucksache 4/1385 –	2661	Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	2684
Birgit Schwebs, PDS	2661, 2668	B e s c h l u s s	2685
Minister Dr. Otto Ebnet	2662, 2669, 2670		
Dr. Ulrich Born, CDU	2664, 2666, 2669		
Gerd Walther, PDS	2666		
Jochen Schulte, SPD	2666		
Peter Ritter, PDS	2670		
B e s c h l u s s	2671	Nächste Sitzung	
		Mittwoch, 17. November 2004	2685

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 46. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich unserer Kollegin Karin Strenz ganz herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich ebenso, eine Delegation von Abgeordneten des Sejmik der Woiwodschaft Pomorskie unter der Leitung des Vorsitzenden des Sejmik, Herrn Professor Brunon Synak, sowie der Vizevorsitzenden des Sejmik, Frau Danuta Kledzik, begrüßen zu können. Sie haben auf der Besuchertribüne Platz genommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Anlass des Besuches ist die für heute vorgesehene feierliche Unterzeichnung der „Partnerschaftserklärung zwischen dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern und dem Sejmik der Woiwodschaft Pomorskie“. Dadurch wird auf parlamentarischer Ebene die bereits seit dem Jahr 2001 auf der Exekutiveebene bestehende enge Zusammenarbeit untermauert. Diese Zusammenarbeit zwischen beiden Parlamenten haben wir im Vorfeld der parlamentarischen Untersetzung durch unsere Partnerschaftserklärung bereits im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee während unserer Konferenzen in Neubrandenburg, Danzig und Misdroy gemeinsam mit unseren Partnern aus Schleswig-Holstein und Westpommern erfolgreich praktiziert.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/1378 vor.

Fragestunde – Drucksache 4/1378 –

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Justizministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Dr. Ulrich Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Herr Minister! Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Gesetzentwürfe hat die Landesregierung seit der 40. Landtagssitzung am 23.06.2004, in der der Justizminister erklärt hat: „... es gibt einen Kabinettsbeschluss. Sie kennen das ja auch vom Anfang des Jahres, wo gesagt worden ist, bis zum 30.06. werden wir die verschiedensten Arbeitsaufträge abarbeiten“, verabschiedet und wann werden die entsprechenden Gesetzentwürfe dem Landtag zugeleitet?

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frage richtet sich auf entsprechende Gesetzentwürfe zur Abarbeitung der Arbeitsaufträge des Kabinettsbeschlusses vom 3. Februar 2004. Dieser Kabinettsbeschluss enthält in der Tat zahlreiche wichtige Arbeitsaufträge. Was den Stand der Abarbeitung angeht, habe ich erst kürzlich dem Sonderausschuss ausführlich berichtet. Insoweit darf ich sicherlich auf das Protokoll verweisen. Da sind wir insgesamt, das sagen auch Ihre Kollegen im Sonderausschuss, auf einem guten Weg.

Von Gesetzentwürfen ist in diesem Kabinettsbeschluss nicht die Rede, bis auf eine Ausnahme, nämlich die Ausnahme, dass wir den Bauminister um einen Referentenentwurf gebeten haben. Diese von uns gewollte Liberalisierung des Baurechts steht vor der zweiten Ressortabstimmung. Das ist also der Stand dieses Gesetzentwurfes.

Im Übrigen möchte ich jetzt gern auch die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass vom Justizministerium der Entwurf eines ersten Deregulierungsgesetzes erarbeitet worden ist, der sich ebenfalls zurzeit in der Ressortabstimmung befindet und noch in diesem Jahr ins Parlament soll. Das Gleiche gilt für die Möglichkeit der optionalen Klageerhebung ohne Durchführung des Widerspruchsverfahrens, da ist ebenfalls dieser Stand. Zurzeit arbeiten wir außerdem an einem zweiten Deregulierungsgesetz, das voraussichtlich noch im Dezember in die Ressortabstimmung gehen soll. In diesen Deregulierungsgesetzen sind zahlreiche Einzelregelungen zusammengefasst, vor allem auch zur Testregion.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Minister Erwin Sellering: Natürlich gestatte ich eine Zusatzfrage, auch wenn wir im Auge behalten sollten, dass dies keine Aktuelle Stunde zur Deregulierung werden soll.

(Heinz Müller, SPD: Schade.)

Das können wir gerne machen, aber ich denke, dass das nicht angemessen ist.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, vorausgesetzt, dass Sie mit mir übereinstimmen, dass der 30.06.2004 leicht überschritten ist, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie die Auffassung teilen, dass noch nicht alle Arbeitsaufträge, die ursprünglich bis zum 30.06.2004 abgearbeitet sein sollten, abgearbeitet worden sind? Und können wir damit rechnen, dass zeitnah dieses Ziel nachträglich erreicht wird?

Minister Erwin Sellering: Ich will noch einmal präzisieren. Sie haben gefragt nach Gesetzentwürfen und da existiert in der Tat das, was ich aufgezählt habe. Der Kabinettsbeschluss befasst sich mit vielen anderen Arbeitsaufträgen, die mit Gesetzentwürfen nichts zu tun haben. Da geht es zum Beispiel um die Umsetzung europarechtlicher, bundesrechtlicher Regelungen, da sind wir sehr weit. Die Finanzministerin wird Vorschläge machen, was die Fördermittelvergabe angeht, auch da sind wir sehr weit. Es gibt einen Beschluss der Staatssekretäre. Dann geht es darum, in der Testregion Erfahrungen zu sammeln, Vor- und Nachteile bei Antrags- und Genehmigungsfiktionen. Weiterhin geht es darum, dass wir für die Vergabe öffentlicher Aufträge Änderungsvorschläge machen und so weiter und so fort. LARIS – das sind alles Dinge, die nichts mit Gesetzentwürfen zu tun haben, sondern mit sonstigem Regierungshandeln. Und da, wie gesagt, habe ich dem Sonderausschuss zu dessen voller Zufriedenheit berichtet, dass wir sehr weit im Plan sind.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie noch eine weitere Zusatzfrage?

Minister Erwin Sellering: Wenn alle damit einverstanden sind, können wir das gern ausdehnen zur Deregulierung.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gemäß der Geschäftsordnung sind bis zu zwei Zusatzfragen möglich.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, ich gehe davon aus, dass Sie mir abnehmen, dass ich mit Freude zur Kenntnis nehme, dass Sie weiter an Ihren selbst gesteckten Zielen arbeiten, auch wenn die Zeit gleich überschritten ist.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Born, formulieren Sie bitte Ihre Frage!

Dr. Ulrich Born, CDU: Deshalb stelle ich die Frage, Frau Präsidentin, ob Sie einen Zeitpunkt nennen können, wann die Arbeitsaufträge, die Sie selbst vorgesehen haben, unabhängig von Gesetzentwürfen denn tatsächlich abgearbeitet sein werden.

Minister Erwin Sellering: Also ich bin jetzt nicht darauf vorbereitet, das, was ich im Sonderausschuss im Einzelnen vorgetragen habe, hier noch einmal ausführlich vorzutragen, sondern ich will nur sagen, dass wir jeden einzelnen Punkt, den wir beschlossen haben, zum Teil abgearbeitet haben, wenn das vorgesehen war nach dem Beschluss, oder wir so weit im Plan sind, dass wir gesagt haben, bis zu einem weiteren Zeitpunkt wollen wir das machen. Ich sehe im Moment bei keinem der zahlreichen Punkte – bei den über zehn, die wir beschlossen haben – einen Zeitverzug.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Die Frage 2 bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, ich frage die Landesregierung:

2. Auf welche konkreten Fakten begründet die Landesregierung ihre in der erwähnten Rede des Justizministers geäußerte Auffassung, dass sie bei den Deregulierungsversuchen mit dem ICE fahre, während die Opposition sie mit „Draisineversuchen“ behindere, und ist der ICE vielleicht auf der Strecke stecken geblieben?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Minister Erwin Sellering: Das ist eine schwierige Frage, denn die Draisine und der ICE sind ja ein Bild,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Der rote Schaffner hat die Kelle gehoben. Stop!)

eine Metapher. Ich weiß nicht, ob Sie das so weit verstehen, Herr Riemann.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Eine Metapher entsteht durch den schöpferischen Akt des Assoziierens.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall und Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Ja, tut mir Leid.

Wenn wir noch mal auf das Bild kommen, Herr Dr. Jäger, bei einem gemalten Bild werden Sie auch nicht den Maler fragen: Was hast du dir denn dabei gedacht?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will es trotzdem gern versuchen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Also das Faktum, um das es mir dabei geht, ist, dass nach meiner Überzeugung, wenn Sie sich die Draisine

ansehen, Deregulierung weniger mit heftigem Pumpen mit den Armen zu tun hat, sondern mit einer wirklich komplizierten Technik, nämlich der Gesetzestechnik. Das ist der einzige Vergleich, den ich dabei sehe.

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb hatte er vorher auch nichts zustande gekriegt.)

Die Behinderung, Herr Riemann, sehe ich eigentlich nur darin – ich glaube, ich habe das damals auch deutlich gemacht –, wir haben in der Testregion wirklich gute Vorschläge gebracht, was man machen könnte, und Sie haben nun als gestandene Parlamentarier, die es besser wissen, versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob das, was da vorgeschlagen worden ist, mit einem Federstrich Gesetz werden könne. Das halte ich für eine leichte Behinderung. Ich möchte aber noch auf einen anderen Punkt meiner damaligen Rede zurückkommen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

nämlich den, Sie einzuladen, mit uns gemeinsam die ICE zu fahren. Ich denke auch, Herr Dr. Born, dass die Zusammenarbeit an dem großen Ziel Deregulierung viel besser ist, als Ihre Frage jetzt vermuten lässt.

(Heinz Müller, SPD: Ja, das ist richtig.)

Ihre Frage hatte noch einen zweiten Teil, Herr Dr. Born,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

nämlich den, ob wir irgendwie Verspätung haben. Da lautet die Antwort Nein.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Minister Erwin Sellering: Natürlich.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, sind Sie geneigt, mit mir noch mal auf Ihre Metapher einzugehen und zu bestätigen, dass nach unterschiedlichen Definitionen übereinstimmend bei der Draisine weniger nach der Muskelkraft gefragt wird, sondern davon ausgegangen wird, dass die Draisine ein Fahrzeug ist zur Streckenkontrolle? Sind Sie bereit, mir zu bestätigen, dass es sehr wichtig ist, dass insbesondere bevor ein ICE eine Strecke befährt, die Strecke sehr sorgfältig kontrolliert werden muss?

(Beate Mahr, SPD: Sind wir beim Eisenbahnerseminar oder was?! –

Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und können Sie mir bestätigen, dass das die typische Rolle der Opposition und ein sehr sinnvolles Zusammenwirken ist, wenn der eine die Strecke sehr gründlich kontrolliert und der andere dann versucht, einen Zug in Gang zu setzen?

(Angelika Peters, SPD: Eigentlich muss man sich mal ernsthaft fragen, wo wir hier sind!)

Minister Erwin Sellering: Also ich halte es für sehr sinnvoll, dass bei der Frage der Deregulierung sämtliche Parteien dieses Parlamentes zusammenarbeiten, möglichst weiter so gut,

(Wolfgang Riemann, CDU: Da bin ich aber gespannt, wie beim Waldgesetz.)

wie das bisher der Fall ist. Wenn Sie noch mal das Beispiel der Draisine haben wollen, würde ich gern erwähnen, dass der diesjährige Betriebsausflug des Justizministeriums uns nach Dargun geführt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

In Dargun gibt es die einzigen Draisinen im Land, so weit ich das sehen kann.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Torsten Koplin, PDS)

Ich sehe, wir müssen demnächst noch eine Aktuelle Stunde über Draisinen machen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Da können Sie mal sehen.)

Ich habe jedenfalls die Erfahrung gemacht, dass man bei mehreren Draisinen nacheinander so viel trampeln kann, wie man will, man ist nie schneller als die erste. Und insofern möchte ich noch einmal darauf zurückkommen: Wir sollten uns gemeinsam bemühen, dieses Anliegen möglichst schnell voranzubringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Ja, wenn er uns denn mal mitnimmt. –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herzlichen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe nun auf den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers und hierzu die **Frage 3** des Abgeordneten Herrn Petters.

Andreas Petters, CDU: Guten Morgen, Herr Minister!

3. Welchen Stellenwert für die Investorenwerbung hat die Beteiligung des Landes an der größten europäischen Investorenmesse „Expo Real“ in München und wie stellt sich die Landesregierung dort das künftige Engagement vor?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Petters, die Beteiligung an der „Expo Real“ in München hat für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Und ich denke, das Land sowie die Landesregierung sollten sich auch weiter an der „Expo Real“ in München beteiligen. Was im Moment ansteht, ist, dass wir unsere Beteiligung in diesem Jahr auswerten und versuchen, noch besser zu werden in der Zukunft, als wir es schon sind.

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Minister Dr. Otto Ebnet: Bitte schön.

Andreas Petters, CDU: Plant die Landesregierung auch zukünftig, das Konzept zu verändern, so, wie das auch andere Bundesländer machen, dass sie zum Beispiel Sparkassen, Projektentwicklern oder Unternehmen des Landes die Möglichkeit bieten, unter dem Dach des Landes dort wirklich für Projekte, ganz konkrete Projekte, zu werben?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Petters, wir haben in diesem Jahr schon Ansätze dazu gehabt. Das Land hat sich einmal als Land Mecklenburg-Vorpommern präsentiert und zusammen mit Leipzig hat sich dann auch noch die Hansestadt Rostock präsentiert. Die Hansestadt Rostock ist genau den Schritt schon in diese Richtung gegangen, wie Sie sie eben skizziert haben. Ich würde mich freuen, wenn wir im nächsten Jahr Rostock wieder gemeinsam zu einem Auftritt für das gesamte Mecklenburg-Vorpommern gewinnen könnten und genau diese Entwicklung, die Sie geschildert haben, für noch mehr Regionen des Landes als Rostock, einbringen könnten.

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie noch eine zweite Nachfrage, Herr Minister?

Minister Dr. Otto Ebnet: Bitte schön.

Andreas Petters, CDU: Wie bewerten Sie als Wirtschaftsminister die Einschätzung der Hansestadt Rostock, dass sie sich im nächsten Jahr nicht an dem Landesstand des Landes Mecklenburg-Vorpommern beteiligen will, weil das Konzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht zielgerichtet auf die Klientel einer solchen Investorenmesse ausgerichtet ist?

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich habe schon erste Gespräche mit Rostock geführt und ich denke, es könnte uns gelingen, Rostock mit seinen Vorstellungen und das übrige Mecklenburg-Vorpommern zu einem gemeinsamen Auftritt unter einen gemeinsamen Hut, unter ein gemeinsames Dach zu bekommen.

Andreas Petters, CDU: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe nun auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur und hierzu die **Fragen 4 und 5** des Abgeordneten Herrn Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Minister, folgende Fragestellung:

4. Welche Liegenschaft wird das Land Mecklenburg-Vorpommern zur Einrichtung eines Landesgehörlosenzentrums am Standort Güstrow nutzen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Abgeordneter, für ein künftiges Landesförderzentrum für Hörgeschädigte wird die Liegenschaft in der Plauer Straße in Güstrow genutzt. Das ist die Liegenschaft, auf der derzeit die Landesschule für Gehörlose betrieben wird.

Torsten Renz, CDU: Die zweite Frage:

5. Bis wann soll die Einrichtung des Landesgehörlosenzentrums am Standort Güstrow abgeschlossen sein?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Im Schuljahr 2006/2007 soll die Einrichtung des Landesförderzentrums am Standort Güstrow abgeschlossen sein. Mit dem Ablauf des Schuljahres 2005/2006 wird der Standort Ludwigslust voraussichtlich nicht mehr die Bedingung einer eigenständigen Schule erfüllen können, so dass die bis dahin noch an der Schule verbliebenen Schüler in das Landesförderzentrum in Güstrow wechseln und ab dem Schuljahr 2006/2007 dort beschult werden.

Torsten Renz, CDU: Ich bedanke mich.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Danke.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bildungsminister.

Es liegen keine weiteren Fragen vor. Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wahrung des Artikels 29, Abs. 6 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Haushaltsautonomie des Landtages, auf Drucksache 4/1339.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wahrung des Artikels 29, Abs. 6 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern –
Haushaltsautonomie des Landtages
– Drucksache 4/1339 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Kölner Verfassungsrechtler Gerhard Lange sagte einmal: Verfassungsgebung ist nicht Stückwerk des Alltags, sie gleicht eher einem säkularen Schöpfungsakt. Und wenn das Werk unbeschädigt in die Jahre kommt, dann gewinnt es an Aura.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen kurz vor dem zehnten Jahrestag des In-Kraft-Tretens der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Gleichwohl dürfen wir auf unsere Verfassung stolz sein und sie als Pfeiler und Kompass der ebenfalls jungen Demokratie in unserem Land begreifen. Nun ist es in einer Demokratie immer so, dass bestimmte Rand- und Splittergruppen sich neben oder gegen die Verfassung stellen, sie nicht anerkennen und leben wollen. Wenn aber – und das ist das Thema unseres Antrages – eine führende Vertreterin der Exekutive des Landes und eine der dienstältesten Parlamentarierinnen dieses Landes eklatant wider die Verfassung handelt, so muss das, meine Damen und Herren, nicht nur Sorgen machen, sondern ist das schlichtweg nicht hinnehmbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, der Landtag – wir sind die gewählte Vertretung des Volkes –, er ist die Stätte der politischen Willensbildung, er übt die gesetzgebende Gewalt aus, kontrolliert die Tätigkeit der Landesregierung und der Landesverwaltung. Genau so steht es im Artikel 20 unserer Landesverfassung. Meine Damen und Herren, nach unseren Recherchen ist es ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Rechtsstaates seit 1949, dass sich die Exekutive an eine andere Exekutive wendet, und zwar mit einem Informationersuchen an die Landtage von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zur Struktur von Landtagen. Wenn so etwas veranstaltet wird, meine Damen und Herren, wie das im Finanzministerium geschehen ist, dann ist das ein vollständiges Ignorieren von Verfassung, Landtag und Parlament.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme den Brief des Finanzministeriums vom 27. Juni dieses Jahres und möchte daraus zitieren. Und zwar ist er gerichtet an das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein und des Landes Rheinland-Pfalz, es sind gleich lautende Schreiben: „Wir bitten Sie, dazu den Kontakt mit der Landtagsverwaltung herzustellen. Um den Einstieg in einen Stellenvergleich zu ermöglichen, wäre uns zunächst an einer Übersendung der Geschäftsverteilungspläne für die Landtagsverwaltung und für den Bürgerbeauftragten“

(Rainer Pracht, CDU: O Gott, o Gott!)

„sowie den Landesbeauftragten für den Datenschutz Schleswig-Holstein beziehungsweise Rheinland-Pfalz legen.“

(Lorenz Caffier, CDU: Unerhört! –
Rainer Pracht, CDU: Das gibt's doch nicht!)

Und weiter: „Ferner bitten wir darum, uns einen Ansprechpartner für weitergehende Nachfragen zu benen-

nen. Zu Ihrer Information habe ich ein Organigramm der Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommerns beigelegt. So weit Ihnen aus einem Vergleich der Aufbauorganisation Unvergleichbarkeiten auffallen, wären wir für Hinweise dazu dankbar, wie, von welcher Behörde beziehungsweise auf welchem Weg die Aufgaben in ihrem Bereich wahrgenommen werden.“

(Lorenz Caffier, CDU: Unerhört! –
Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und dann noch zum Schluss: „Wegen der engen Terminlage wäre es wünschenswert, wenn die vorgenannten Angaben bis zum 15. Juli an das Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Haushalts- und Finanzwirtschaft, Referat 230, übermittelt werden könnten.“

(Heiterkeit bei Rainer Pracht, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, betrachten Sie den Duktus dieses Briefes! Frau Finanzministerin, wenn ich dann dazu Folgendes lese, das lassen Sie mich jetzt zitieren, ich hoffe, dass sowohl Sie, Ihr Staatssekretär, der Abteilungsleiter und auch die Verfasserin dieses Briefes lesen können, im Artikel 29 Absatz 6 der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern heißt es: „Der Präsident leitet die Verwaltung der gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtages nach Maßgabe des Landeshaushaltsgesetzes und stellt den Entwurf des Haushaltsplanes des Landtages fest.“ Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages, und nicht die Frau Finanzministerin, die Landesregierung, ist dafür verantwortlich!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir thematisieren hier nicht irgendeinen verwaltungstechnischen Fauxpas des Finanzministeriums. Wir thematisieren nicht die Frage, dass es bei dem Bemühen um Konsolidierung des Landeshaushaltes keine Tabuzonen geben darf. Wir thematisieren hier sehr klar und deutlich die Frage des Verfassungs- und Demokratieverständnisses der Finanzministerin, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Frau Finanzministerin, Sie fragen bei anderen Landtagen über andere Finanzministerien der Republik dezidiert Strukturen und Informationen ab. Sie erfragen – ich könnte hier weiter zitieren – bis dahin, wie die Bibliothek aufgebaut ist, bis ins letzte Detail des Aufbaus der Landtage von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ihnen reicht ja nicht einmal aus, dass es offenen Zugang gibt zu den Haushalten der Landtage der genannten Länder, denn die können Sie problemlos abrufen. Nein, Sie wollten noch viel mehr wissen, einschließlich Bewertungen des Organigramms des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Frau Ministerin Keler, wo leben wir denn eigentlich?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind doch nicht das Aufsichtsorgan des Landtages! Wir haben Sie zu kontrollieren nach Artikel 20 der Landesverfassung.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so etwas macht, der muss sich wirklich die Frage stellen nach sei-

nem verfassungsrechtlichen und demokratischen Grundverständnis. Ich muss Ihnen sagen, Frau Keler, ich habe das wirklich nicht vermutet, dass so ein Vorgang möglich ist. Ich kann nur sagen, Ihr Verständnis ist offenkundig schlecht,

(Michael Ankermann, CDU: Ja.)

nicht mehr und auch nicht weniger.

(Rainer Pracht, CDU: Ja, das ist noch gelinde ausgedrückt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht so sein, dass unter Missachtung des Landtages und damit des Parlaments, von uns 71 Abgeordneten, die Haushaltshoheit der Legislative zum Übungsplatz verwaltungs- und haushaltstechnischer Planungsspiele des Finanzministeriums verkommt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das kann doch nicht wahr sein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, mein Kollege Caffier wird nachher noch einige andere Beispiele aufzeigen. Mich beschleicht das ungute Gefühl, dass bei der rot-roten Landesregierung in der Tat das Verhältnis von Legislative und Exekutive vertauscht wird. Aus der Verwaltung wird über die Regierungsfaktionen durchregiert und der Landtag wird zu einem eher ungeliebten, weil störenden Anhängsel eigener Machtspiele.

Meine Damen und Herren, noch einmal, die Landesverwaltung kontrolliert den Landtag! Das ist ein klarer Bruch von Artikel 20 der Landesverfassung und hier wedelt der Schwanz mit dem Hund, gelinde gesagt, meine Damen und Herren. Beispiele gibt es weiter ausreichend. Warum muss der Kollege Born unser Informationsrecht zu Kleinen Anfragen vor dem Landesverfassungsgericht erstreiten, obwohl es ähnliche Verfassungsgerichtsurteile wie in Brandenburg schon gab?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen von SPD und PDS, wie auch immer Sie das Ansinnen der Frau Finanzministerin nachher in Ihren Wortbeiträgen schönreden wollen, es gibt keine Begründung für das Ersuchen des Finanzministeriums um Informationen aus anderen Landtagen. Übrigens stehen wir mit unserer Auffassung nicht allein da. Es ist schon mehr als bedenklich, wenn beide Landtage – ich zitiere jetzt nicht den Wortlaut, aber das könnte ich – antworten, dass sich das Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern bitte, wenn es etwas wissen will über den Landtag Mecklenburg-Vorpommern, nicht an die Landtage in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wenden sollte. Frau Finanzministerin Keler, diese Landtage handelten korrekt mit dem entsprechenden Demokratie- und Verfassungsverständnis!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rainer Pracht, CDU: Ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haben Sie sich einmal die Frage gestellt, Frau Ministerin Keler, welche Auswirkungen Ihr Handeln auf das Ansehen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dieses Parlamentes hat?

(Rainer Pracht, CDU:
Das wird immer schlechter.)

Meinen Sie wirklich, dass dieses mit dazu beiträgt, dass man mit Respekt und Achtung auf die Landesregierung und auf dieses Parlament schaut?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und das sage ich besonders an die Kollegen der Regierungsfaktionen: Mir ist überhaupt nicht fremd, wer acht Jahre Fraktionsvorsitzender in Regierungsverantwortung war, der weiß, dass man sich zwangsläufig vor und hinter die Landesregierung stellen muss, dass man auch manches bei Haushaltsberatungen ertragen muss, Kürze, Eile, dass manches politische Katz-und-Maus-Spiel läuft zwischen Regierung und Parlament, aber hier sind die Grenzen weit überschritten worden, meine Damen und Herren, die sind weit überschritten worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rainer Pracht, CDU: Weit überschritten.)

Ich habe den dringlichen Appell an uns alle, das ist ein Stück Selbstbewusstsein von Abgeordneten, und zwar, dass wir heute ein klares Votum und ein deutliches Signal geben, hier sitzen die gewählten Vertreter des Volkes, hier erfolgen Gesetzgebung und Verwaltungskontrolle, hier hat die Regierung Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen und hier werden die Leitlinien für die Gestaltung des Landes festgelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Artikel 29 Absatz 6 ist eindeutig. Die Entscheidungsgewalt über den eigenen und alle anderen Haushalte der Landesverwaltung obliegt allein dem Landtag. Meine Damen und Herren, wer anderes denkt und handelt, stellt sich neben die Verfassung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender.

Um das Wort hat jetzt gebeten die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Keler.

(Rainer Pracht, CDU: Auf die
Entschuldigung bin ich gespannt. Jetzt bin
ich mal auf die Entschuldigung gespannt. –
Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Rehberg, was das Verfassungsverständnis angeht, lasse ich mich von Ihnen nicht übertreffen.

(Beifall Dr. Harald Ringstorff, SPD)

Ich denke, das habe ich in 14-jähriger parlamentarischer Arbeit hier bewiesen.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

In Ihrem Antrag setzen Sie sich für die Wahrung des Artikels 29 ein. Sie suggerieren schon in der Überschrift einen Verfassungsverstoß. Dazu wäre ich gerne in den Ältestenrat gekommen, aber Sie wollten ja unbedingt eine große Sache daraus machen. Und ich habe hier den Eindruck einer künstlichen Aufgereiztheit.

(Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU –
Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ich möchte die Sache in einen richtigen Zusammenhang stellen. Ich werde versuchen, die Angelegenheit nüchtern zu erläutern.

(Michael Ankermann, CDU: Das ist keine Entschuldigung. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Das Finanzministerium erarbeitet zurzeit Grundlagen für ein neues Personalkonzept für die Landesverwaltung von Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesverwaltung umfasst neben den Bereichen, die der Landesregierung unterstehen, auch den Landesrechnungshof und die Verwaltung des Landtages.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Bei dem Personalkonzept wird im ersten Schritt abgestellt auf einen einwohnerbezogenen Stellenvergleich in den verschiedenen Organisationsbereichen der Landesverwaltung. Wir müssen diesen Vergleich anstellen, um besser als bisher erkennen zu können, in welchen Verwaltungsbereichen wir, gemessen an den Verwaltungskapazitäten westlicher Flächenländer, Stellenüberhänge aufweisen. Damit ist noch keine Entscheidung präjudiziert. Welche Folgerungen aus solchen Erkenntnissen zu ziehen sind, das bleibt der politischen Bewertung vorbehalten. In diesem Rahmen ist es legitim und notwendig, alle Bereiche zu untersuchen, auch die Landesverwaltung, die Landtagsverwaltung und den Landesrechnungshof.

(Lorenz Caffier, CDU: Nein. –

Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, Sie haben da nichts zu untersuchen. Das steht Ihnen überhaupt nicht zu, Frau Keler.)

Es kann jedenfalls nicht sein, dass im Rahmen einer solchen Gesamtbetrachtung der Kostenfaktoren einer Landesverwaltung

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das steht Ihnen nicht zu. Wer sind Sie denn eigentlich?!)

bestimmte Bereiche von vornherein unberücksichtigt bleiben.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU –
Lorenz Caffier, CDU: Das
sehen die Landtage aber anders.)

Dann würde ein unvollständiges Gesamtbild entstehen. Dies hat nichts mit einem Verstoß gegen das Haushaltsprivileg nach Artikel 29 Absatz 6 der Landesverfassung zu tun.

(Lorenz Caffier, CDU: Frau Ministerin,
zeigen Sie doch Größe!)

Denn die Frage, welche Konsequenzen aus der Analyse zu ziehen sind,

(Lorenz Caffier, CDU: Entschuldigen Sie sich doch bitte vor dem Parlament und wir hätten Verständnis dafür. Das wäre konsequent.)

muss am Ende der Landtag selbst entscheiden.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Die Kollegen von
Schleswig-Holstein und Rheinland Pfalz haben
hier korrekt gehandelt. – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat die Finanzministerin!

Ministerin Sigrid Keler: Herr Rehberg, Sie haben doch Ihre Kanonade gerade losgelassen und nun lassen Sie mich doch mal antworten! Hören Sie doch mal bitte zu! Tun Sie es doch mal!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das kann man sich aber nicht anhören.)

Ach, Herr Rehberg!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Haben Sie Größe und entschuldigen Sie sich! –
Torsten Koplin, PDS: Was ist das für ein
Demokratieverständnis, Herr Rehberg?! –
Lorenz Caffier, CDU: Das ist kein Demo-
kratieverständnis, was die Kollegin hat.)

Denn die Frage, welche Konsequenzen aus der Analyse zu ziehen sind,

(Torsten Koplin, PDS:
Es ist eine Kultur zuzuhören.)

muss am Ende der Landtag selbst entscheiden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es ist das alte Spiel.)

Er hat aber Anspruch darauf, über seinen Bereich nach derselben Untersuchungsmethodik informiert zu werden, wie wir sie auch sonst anwenden. Deshalb wurden die Finanzministerien der Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein von uns angeschrieben und um Unterstützung gebeten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und
dafür gab es eine Ohrfeige, ja.)

Zu unserer Überraschung erhielten wir die Antworten von den beiden Landtagsverwaltungen. Sie haben ja schon zitiert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Rehberg, wenn Sie sich die beiden Antworten ansehen, dann stellen Sie fest, dass der erste Satz vollkommen identisch ist. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

(Lorenz Caffier, CDU: Es sind noch mehr Sätze
identisch. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da wir die Informationen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein auf direktem Weg nicht erhalten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist aber peinlich.)

bitte ich jetzt die Landtagsverwaltung, uns die notwendigen Vergleichsdaten zu beschaffen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist auch der richtige Weg.)

Ich denke, es ist auch in Ihrem Interesse, meine Damen und Herren Abgeordnete, Transparenz für sämtliche Teile der Landesverwaltung zu bekommen.

(Lorenz Caffier, CDU: Das ist schon
wieder der falsche Ansprechpartner.)

Die Landtagsverwaltung.

(Lorenz Caffier, CDU: Sie müssen
den Landtag bitten. Den Landtag bitte!)

Sie können auch den Landtag nehmen.

(Lorenz Caffier, CDU: Sehen Sie!)

Nehmen Sie den Finanzausschuss, dann macht der das.

(Lorenz Caffier, CDU: Richtig. Sie
waren doch Vorsitzende des Finanzaus-
schusses. Dass Sie alles vergessen haben?!)

Ach, Herr Caffier, ich habe es nicht vergessen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben sehr viel vergessen.)

Ich weiß bloß, wie damals gehandelt worden ist.

(Lorenz Caffier, CDU: Ja, und Sie machen das Gleiche jetzt wieder.)

Ich mache nicht das Gleiche.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, nee! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe damals immer gerade den Artikel 29 Absatz 6 sehr wohl beachtet

(Dr. Harald Ringstorff, SPD: Kann man jetzt mal hier zuhören oder was ist da los?)

und mich da sehr wohl darum gekümmert, dass es hier eine richtige Transparenz gab.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Na klar!)

Ich war immer für Transparenz in dem Bereich.

(Lorenz Caffier, CDU: Als Ausschussvorsitzender hätte ich das nicht geduldet, dass die Regierung sich Daten über den Landtag einholt.)

Gerade als Ausschussvorsitzende habe ich, was die Landtagsverwaltung betraf, immer auf Transparenz geachtet. Es hat heftige Diskussionen dazu im Finanzausschuss gegeben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Und Sie zitieren den Brief und dann ist es gut.)

Sie können sich ja die Protokolle mal ansehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau. Da haben wir Ihre Begehren immer zurückgewiesen, Frau Keler.)

Meine Begehren?! Herr Riemann, ich glaube, jetzt leiden Sie unter irgendwelchem Gedächtnisschwund, Entschuldigung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee, diese komischen zweiten Haushalte, die Sie immer geliefert haben.)

Die Analyse der Stellen- und Aufgabenstruktur, die die Landtagsverwaltung selbst erarbeitet hat, bezieht sich auf das Jahr 2002 und entspricht auch sonst nicht den Anforderungen, die wir zurzeit in unseren Ressorts an das Benchmarking stellen. Wir sind aber gern bereit, der Landtagsverwaltung und dem Landtag unser Raster für die Datenerhebung zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nach Punkt 1 Ihres Antrages soll der Landtag bestätigen, dass gemäß Artikel 29 Absatz 6 der Verfassung die Feststellung des Haushaltes für den Landtag ausschließlich der Landtagspräsidentin und nicht der Landesregierung obliege. Damit wird jedoch die Verfassung nicht wörtlich zitiert. Nach der Verfassung nämlich stellt die Präsidentin den Entwurf des Haushaltsplanes und nicht den Haushalt abschließend fest. Durch bestimmte Ergänzungen wird diesem Passus eine einseitige Interpretation gegeben, die aus meiner Sicht so nicht richtig ist. Richtig ist aber, dass wir seit längerem den Zustand der so genannten Doppelvorlage haben, bei dem die Landesregie-

rung und die Landtagspräsidentin dem Parlament jeweils verschiedene Entwürfe vorlegen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und wir erwarten keine Doppelvorlagen mehr. – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich bin sehr daran interessiert, ein Verfahren zu finden, das die Anwendung des Doppelvorlageverfahrens vermeidet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist Beschluss des Finanzausschusses. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Dieses Verfahren, Herr Riemann, aber vielleicht sollten Sie das auch zur Kenntnis nehmen, dieses Verfahren gibt es bei 15 der 16 Länder und beim Bund. Wir sind nicht die Einzigen, die das bisher so praktizieren. Also auch das stimmt nicht, was Sie hier darstellen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Akzeptieren Sie den Haushaltsentwurf der Landtagspräsidentin, dann ist es in Ordnung.)

Ich meine, es kommt dabei darauf an, das Haushaltsprivileg des Landtages und die Zwangsläufigkeiten bei der Erarbeitung des Gesamthaushaltes in einem vernünftigen Verfahren so zu gestalten, dass das Haushaltsprivileg des Landtages nicht verletzt

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

und die Belange des Gesamthaushaltes nicht berührt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Weder die Landesregierung noch die Finanzministerin wollen das besondere Recht des Landtages antasten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, Sie wollen das schon.)

Dieses Missverständnis möchte ich hier ein für alle Mal ausräumen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben aber sehr viel dazu beigetragen.)

Deshalb soll für die Aufstellung des Landtagshaushalts ein Verfahren gefunden werden, mit dem bei gutem Willen aller Beteiligten die bisherigen Probleme künftig nicht mehr auftreten sollen.

(Rainer Pracht, CDU: Das sind Ihre Probleme, nicht unsere.)

Es ist für uns selbstverständlich, die Rolle des Landtages und die der Landtagspräsidentin gemäß der Verfassung zu akzeptieren und zu achten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und sie legt die Verfassung so aus, wie sie es braucht.)

Das war's.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten für die Fraktionen sowie drei Minuten für den fraktionslosen Abgeordneten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ministerin hat sehr gründlich, überzeugend und sachgerecht

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Rainer Pracht, CDU: Das war's.)

das Anliegen des Antragstellers erfüllt und hat detailliert unterrichtet,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wie es zu diesem Informationersuchen gekommen ist und warum es vorgenommen wurde. Als Zweites hat die Ministerin klargestellt, dass niemals und auch zukünftig in jedem Fall völlig außer Frage steht, dass Artikel 29 eingehalten, gewahrt und geachtet wird. Und dies erkläre ich noch mal ausdrücklich auch für die Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Rainer Pracht, CDU: Manchmal hat die PDS
noch ein besseres Parlamentsverständnis.)

Ich möchte an dieser Stelle mich natürlich auch durchaus erfreut zeigen, dass die Ministerin erklärt hat, ich begrüße das außerordentlich, dass wir zukünftig keine Doppelvorlagen mehr haben werden, dass wir ein Verfahren finden, das dieses ermöglicht, dass wir verfassungsgemäß und natürlich auch sachgerecht die Einbringung des Einzelplans 01 in den Gesamthaushalt behandeln werden.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Borchert, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rudolf Borchert, SPD: Anschließend bitte.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gut, anschließend.

Rudolf Borchert, SPD: Zum Antrag selbst muss ich in aller Deutlichkeit sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wir brauchen von Ihnen keinen Antrag als Aufforderung zur Achtung und Wahrung der Landesverfassung und des Artikels 29 Absatz 6. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das sieht man.)

und genauso selbstverständlich werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Lorenz Caffier, CDU: Das war ja auch nicht anders zu erwarten. Aber Besserungen sind schon eingetreten. Die sind ersichtlich.
Aber da komme ich auch noch drauf.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Riemann, Sie haben jetzt Gelegenheit, Ihre Frage an den Abgeordneten Herrn Borchert zu stellen.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Borchert, würden Sie mir bestätigen, dass der Finanzausschuss in großer Übereinstimmung zum Doppelhaushalt 2004/2005 die Vorlage des Finanzministeriums zum Haushalt des Landtages zurückgewiesen und die Finanzministerin aufgefordert hat, dieses Verfahren abzustellen?

Rudolf Borchert, SPD: Das kann ich bestätigen, das ist so. Genauso kann ich natürlich auch bestätigen, dass heute klargestellt wurde, dass wir uns zukünftig mit diesen Fragen im Finanzausschuss nicht mehr befassen werden. Wir werden ein Verfahren finden, das dieses dann ermöglicht.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Wolfgang Riemann, CDU: Gestatten Sie noch eine zweite Frage?

Rudolf Borchert, SPD: Bitte.

Wolfgang Riemann, CDU: Würden Sie mir bestätigen, dass die Ausführungen der Ministerin heute nur darauf zurückzuführen sind, dass der Finanzausschuss dieses so beschlossen hat?

Rudolf Borchert, SPD: Das kann ich so auf keinen Fall bestätigen.

(Ministerin Sigrid Keler: Wir akzeptieren das doch. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir waren uns vom Grundsatz her einig. Ich glaube, die Position oder auch die Meinung der Ministerin, so, wie sie heute noch mal kundgetan wurde, entspricht unseren Vorstellungen. Ich bin insofern auch ganz optimistisch, dass wir zukünftig hier zu einem Verfahren kommen, das für alle Beteiligten nicht nur verfassungsgemäß ist, sondern auch sachgerecht. Insofern halte ich das Thema auch für richtig auf den Weg gebracht.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Caffier von der CDU-Fraktion.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident!

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin!)

Entschuldigung, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir zunächst die eine oder andere Vorbemerkung. Als dienstältester Geschäftsführer aller Landtage in Deutschland kenne ich das Problem von Landesregierung und Landtag sehr wohl, da es auch hin und wieder das Problem hat, sich zu verselbstständigen. Da wir sowohl Regierungs- als auch Oppositionstätigkeit hinter uns haben,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

kenne ich die Problematik in der Tat im Detail. Und deswegen, Herr Borchert, bin ich nicht einverstanden mit dem Redebeitrag, den Sie geleistet haben. Dass Sie häufig die Regierung verteidigen müssen, das ist vollkommen okay, aber Sie müssen auch in der Lage sein, mal Kritik zu üben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

denn die gewählten Volksvertreter sitzen alle da unten. Auf der Regierungsbank sitzen die Vertreter, die durch Sie in den Job berufen werden. Das ist ein großer Unterschied und das scheinen viele an dieser Stelle zu vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Nicht zu beneiden sind die Landtagspräsidenten seit 1990, Rainer Pracht, Hinrich Kuessner und derzeit Frau Bretschneider, denn sie müssen den Spagat begehen, dass sie ständig getreten werden von den Ab-

geordneten, damit ihre Rechte eingehalten werden, und andersherum von der Landesregierung ständig über die Mitarbeiter aufgefordert werden, sie sollen die da drüben im Schloss ein bisschen stillhalten und die sollen uns nicht so viel Arbeit bereiten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das ist kein Verständnis, was wir von einander haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Da fordere ich Sie alle auf, dass wir das Verständnis einbringen und einfordern. Da können wir nicht mit solchen Sonntagsreden von dannen ziehen.

Und, Frau Finanzministerin, ich komme auf eine Reihe von Beispielen. Ich schätze Sie als Finanzministerin außerordentlich. Aber die Rede, die Sie heute geleistet haben, die hätte ich in der Schule mit einer glatten Sechs benotet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Aber Zensuren
verteilen wir im Parlament nicht. –
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Haben Sie den Mut, ...

Auch das steht in der Geschäftsordnung: Sprechen dürfen Sie, wenn Sie da unten sitzen oder wenn Sie hier am Pult stehen. Wenn Sie da oben sitzen, müssen Sie schweigen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Leider, leider!)

Deswegen kriegen Sie Erschwerniszulage als Finanzministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Haben Sie doch einmal den Mut, das war auch zu früheren Zeiten schon schwierig, unabhängig sich für eine absolute Fehlleistung vor diesem Parlament zu entschuldigen. Da hätte jeder Verständnis und würde sagen, Sie haben Größe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie halten hier eine Rede, als wenn das alles richtig war, was da geleistet worden ist, und das, meine Damen und Herren, war es eben nicht.

Meine Fraktion hat im Übrigen in den vergangenen Monaten schon häufiger darüber nachgedacht, ob wir das Thema, den Umgang zwischen Parlament und Fraktionen, im Landtag thematisieren.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir hatten aber bisher davon Abstand genommen, weil wir der Auffassung waren, dass eine so wichtige Grundlage der Demokratie allen Abgeordneten dieses Hauses sowie allen Regierungsmitgliedern und deren jeweiligen Apparaten – ich lege großen Wert darauf, dass wir nicht nur über die Regierungsmitglieder reden, sondern auch über die Apparate – zehn Jahre nach In-Kraft-Treten der Verfassung klar sein müsste. Dies ist aber eben offensichtlich nicht so, wie wir immer häufiger feststellen müssen.

Die Anfrage der Finanzministerin an die Landtage beziehungsweise die Finanzministerien in Schleswig-Hol-

stein und Rheinland-Pfalz war ja nun wirklich der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Peinlich wird es dann aber, wenn diese Landtage letztendlich auch uns, nicht nur dem Finanzministerium, Folgendes ins Stammbuch schreiben müssen. Nun darf ich erstens darauf aufmerksam machen, dass die beiden Landtage meines Wissens nach durch die SPD regiert werden. Und zweitens, wenn Sätze identisch wären, wie Frau Finanzministerin versucht hat, hier darauf hinzuweisen, also die Fraktion der CDU war nicht in der Lage, dem Präsidenten des Landtages Schleswig-Holstein in die Feder zu diktieren, geschweige denn dem Präsidenten von Rheinland-Pfalz. Deswegen gestatten Sie mir, einen Satz, der sehr ähnlich klingt, aber der es auf den Punkt bringt, zu zitieren: „Da Ihre Anfrage sowie der erbetene Datenaustausch zwischen Landesregierung und Landtag der verfassungsrechtlichen Stellung des Landtages jedoch nicht Rechnung trägt, sehe ich mich leider außerstande, Ihnen die erbetenen Daten zur Verfügung zu stellen. Der Präsident des Landtages Schleswig-Holstein“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

„Angesichts der besonderen verfassungsrechtlichen Stellung des Landtages entspricht eine solche Anfrage und ein entsprechender Datenaustausch zwischen Landesregierung und Landtag nicht der üblichen Praxis. Ich bitte Sie daher um Verständnis, dass wir Ihnen die landtagsspezifischen Daten nicht zur Verfügung stellen werden. Der Landtag von Rheinland Pfalz“.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, richtig. –
Rainer Pracht, CDU: Das ist eine Blamage!)

An und für sich ist dem Gesagten gar nichts weiter hinzuzufügen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

sondern einfach nur eine Entschuldigung vor diesem Parlament nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Regierung hat uns leider in den letzten Monaten aber immer wieder Gelegenheit gegeben, Kritik zu üben, was in der Frage Umgang zwischen Parlament und Landesregierung erfolgt. Es erschreckt mich zu erfahren, dass 15 Jahre nach der Wende Menschen in der Regierung unseres Bundeslandes Entscheidungen treffen, die auch nach so langer Zeit offensichtlich noch nicht verstanden haben, wie Demokratie funktioniert, noch dazu, wenn, und das betrübt mich besonders, Einzelne davon auch Opposition waren, sogar Ausschussvorsitzende gewesen sind, sogar dem Finanzausschuss vorgestanden haben und genau gewusst haben, worüber wir reden. Also das kann hier keiner in Abrede stellen.

Ich möchte an dieser Stelle den Artikel 20 Absatz 1 der Verfassung auch noch mal zitieren: „Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes. Er ist Stätte der politischen Willensbildung. Er wählt den Ministerpräsidenten, übt die gesetzgebende Gewalt aus und kontrolliert die Tätigkeit der Landesregierung und der Landesverwaltung. Er behandelt öffentliche Angelegenheiten.“ Wenn aber die Abgeordneten die Vertreter ihres Landes sind, wie soll ich denn dann verstehen, dass sie zu einem „Tag der offenen Tür“, der vor knapp 14 Tagen in Berlin in der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund stattfand, gar nicht erst eingeladen werden. Und von dieser Veranstaltung, die im Übrigen das löbliche Vorhaben

hatte, für den Tourismus zu werben, das ist ja schon mal positiv, aber ich frage mich, wer denn da geworben hat, wenn die Abgeordneten eben lediglich von der Veranstaltung aus der Zeitung erfahren.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Auf Anfrage von mir im Ältestenrat und einem sofort danach erfolgten Rückruf von Herrn Freund bekam ich doch die Antwort, dass er der Auffassung sei, er sei Vertreter der Landesregierung und es wäre nicht notwendig, uns über solche Veranstaltungen zu informieren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist der übliche Stil. Das heißt Landesvertretung und nicht Landesregierungsvertretung. – Angelika Gramkow, PDS: Er hat Recht.)

Dass sich dieses offensichtlich geändert hat, begrüße ich schon mal. Insofern können Sie den Antrag ablehnen, aber das eine oder andere hat er schon erreicht, denn mich erreichte gestern ein Fax. Das Fax erreichte auch meine Kollegin Gabi Schulz und das Fax erreichte auch meinen Kollegen Reinhard Dankert. Ich darf zitieren: „Sehr geehrte Geschäftsführerin, sehr geehrte Herren Geschäftsführer, sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrte Herren Abgeordnete!“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bin auch Abgeordneter als Geschäftsführer, das hätte man mal weglassen können, aber okay.

„Zum dritten Mal beteiligt sich die Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern an der Veranstaltung ‚Jazz in den Ministergärten‘, die am Freitag, dem 22. Oktober – sehr langfristig planbarer Termin – „ab 20 Uhr in allen sieben Landesvertretungen in den Ministergärten stattfindet. Einzelheiten zu dem Festival wurden heute bei einer Pressekonzferenz in Berlin vorgestellt.“ Also dieses Mal haben wir es eher erfahren und nicht aus der Zeitung.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

„Die Unterlagen werden Ihnen demnächst auf dem Postweg zugehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie an dem Jazz-Abend ‚Sieben Länder – ein Festival‘ teilnehmen können. Weitere Karten erhalten Sie im Vorverkauf“ und so weiter, und so weiter.

(Angelika Gramkow, PDS: Komm, du musst die Freikarte noch erwähnen!)

Jawohl. Er ist sogar so großzügig, Gabi, du hast das richtig gelesen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

„Die Unterlagen und jeweils eine VIP-Karte erhalten Sie auf dem Postwege.“ Also ich sage, der Antrag hat doch schon was erreicht. Besserung ist in Sicht.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Eine VIP-Karte!)

Vielleicht sind demnächst auch 71 VIP-Karten dabei, aber das weiß ich nicht.

Meine Damen und Herren, aber die Missachtung des Parlaments durch die Regierung zeigt sich eben nicht nur in diesen Verfahrensweisen, sondern noch viel gravierender in der mangelnden Anwesenheit einzelner Minister in den Ausschusssitzungen. Ich rede nicht vom Landtag,

denn da gibt es Absprachen, ich rede von den Ausschüssen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Also wenn die Ministerin nicht da ist, entschuldigt Sie sich. Da kann ich ihr ordnungsgemäßes Verhalten bescheinigen.)

Herr Riemann, Sie können gerne noch reden.

(Heike Polzin, SPD: Der Bildungsminister ist auch immer da.)

Wenn ein Minister wiederholt nicht an den Haushaltsberatungen im Fachausschuss teilnimmt,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

obwohl darum im Vorfeld entsprechend Artikel 38 Absatz 1 der Verfassung ausdrücklich gebeten wurde, dann ist das sicherlich nicht nur ein Zeichen von schlechtem Stil und schlechter Kinderstube, sondern vor allem auch von mangelndem Demokratieverständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Ich denke, aus diesem Grunde ist es wichtig und ist es richtig, diese Missstände einmal öffentlich aufzuzeigen, um einer drohenden Verwässerung der verfassungsrechtlichen Grundlagen unserer Demokratie entgegenzuwirken. Und hier, meine Damen und Herren Abgeordnete von den Regierungsfractionen, bitte ich Sie noch mal darum – ich habe eben den Artikel 20 zitiert, der nicht regelt, dass nur die Abgeordneten der Opposition die Kontrolle über die Tätigkeit der Regierung ausüben und die Abgeordneten der Regierungsfractionen lediglich Erfüllungsgehilfen sind –, ich fordere uns alle deshalb auf, nehmen wir unsere Verantwortung als Volksvertreter wahr!

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir, abschließend noch einmal auf das Thema „Sitz des Landtages – das Schloss Schwerin“ einzugehen. Dieser Landtag hat 1990 in namentlicher Abstimmung, und zwar mehrheitlich beschlossen, dass das Schloss Schwerin Sitz des Landtages sein soll. Mit dieser Entscheidung haben die Abgeordneten der 1. Wahlperiode, der auch viele Kollegen, die heute noch im Landtag sitzen, angehörten, eine außerordentlich große Verantwortung übernommen. Die Abgeordneten sind sich dieser Tatsache aus meiner Sicht sehr wohl bewusst und versuchen nach bestem Wissen, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Ich meine damit eben nicht, dass wir auf jeder Toilette goldene Wasserhähne einbauen sollen. Ich meine auch nicht – ich spreche jetzt für mich als Abgeordneter –, dass ich es für sehr sinnvoll hielte, Autorennen rings um das Schlossgelände durchzuführen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Sehr gut!)

Ich meine damit aber, dass wir versuchen sollten, das Schloss in seiner Schönheit zu erhalten und nicht dem Verfall preiszugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie wichtig dies ist, haben alle hier im Schloss tätigen Abgeordneten und auch Mitarbeiter im Frühjahr dieses Jahres gesehen, als mehrmals Teile des Stücks in den Innenhof beziehungsweise in den Vorhof stürzten. Zum Glück kamen dabei keine Personen zu Schaden. Es kann deshalb nicht sein, dass die Vertreter des Finanzministeriums jede Baubesprechung, an der jeweils ein Abgeord-

neter zugegen ist, zu einem elenden Tauziehen verkommen lassen, was mich sehr an einen orientalischen Basar erinnert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Hier haben wir 1990 eine Verpflichtung übernommen und diese Verpflichtung haben wir umzusetzen. Und wenn die Abgeordneten aller Fraktionen sich nicht stark gemacht hätten, dann hätten wir heute keine Orangerie, in die jeder hier aus diesem Hause gerne geht. Das muss an dieser Stelle auch mal gesagt werden können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.
Genau so sieht es aus.)

Und wenn ich über die Essensversorgung dieses Landtages nachdenke, was dort seit zehn Jahren für ein Tauziehen um den Umzug einer vernünftigen Kantine dem Schloss entsprechend stattfindet, so ist das für alle Abgeordneten nicht zumutbar. Auch das ist ein schlechtes Aushängeschild für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete von SPD und PDS, ich habe hier nur einige wenige Beispiele genannt,

(Rainer Pracht, CDU: Du kannst dir ja 'nen
Schnaps von der Präsidentin geben lassen. –
Heiterkeit bei Renate Holznagel, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

um Ihnen deutlich zu machen, wie wichtig auch für Sie die Unterstützung unseres Antrages ist, denn auch Sie sind frei gewählte Abgeordnete des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, frei gewählte und berufene Bürger.

(Angelika Peters, SPD: Eben,
deswegen entscheiden wir ja.)

Ich gehe natürlich davon aus, dass dieser Antrag wie üblich abgelehnt werden wird. Aber ich habe eingangs schon darauf hingewiesen: Erstens, die eine oder andere Verbesserung ist zu bemerken, und zweitens, als ein sehr alter Dienstabgeordneter hat man sehr große Horchlöffel und große Teller links und rechts anmontiert bekommen und weiß, dass es in beiden Fraktionen erhebliche Diskussionen zu diesem Antrag gegeben hat und es vielen Abgeordneten sehr schwer fallen wird, unserem Antrag nicht zuzustimmen. Dafür habe ich Verständnis, das ist Regierungsfraktion. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Caffier.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als finanzpolitische Sprecherin dieses Landtages und damit seit 1991 im Finanzausschuss,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nicht des Landtages!)

Entschuldigung, Herr Rehberg.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Andreas Petters, CDU)

Natürlich, um Gottes willen!

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ich will überhaupt nicht für die CDU-Fraktion sprechen müssen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: Das ist auch kein Vergnügen.)

Als Mitglied im Finanzausschuss des Landtages seit 1991 und seines Zeichens für die Fraktion der PDS Mitglied in diesem Landtag weiß ich, dass es zu diesen Fragen intern und extern immer wieder Diskussionen gegeben hat. Und ich teile deshalb die Auffassung in der Begründung Ihres Antrages, dass der besonderen verfassungsrechtlichen Stellung des Landtages eine derartige Anfrage über den entsprechenden Datenaustausch nicht entspricht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
CDU, PDS und Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos)

Und ich will es aus dem Verständnis heraus auch begründen. Wir haben ständige Auseinandersetzungen zwischen dem Parlament und der Landesregierung bezüglich des Haushaltes des Landtages, was ich allerdings für ein normales Verfahren halte, wenn man noch mal darauf verweist, dass die Landesregierung das Etatrecht hat und den Entwurf insgesamt dem Parlament zur Verfügung stellen muss.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Und ich weiß auch, dass wir aus dieser Situation heraus gemeinsam die Landtagsverwaltung aufgefordert haben, eine Stellen- und Strukturanalyse des Landtages herzustellen, um bessere Ausgangsdaten zur Bewertung der Ausstattung unserer Landesverwaltung zu haben.

(Lorenz Caffier, CDU: Korrekt.)

Dies ist mit Wissen und mit Unterstützung des Finanzministeriums dieser Landesregierung erfolgt. Bis zur heißen Debatte um diesen Antrag wusste ich nicht, dass die Daten, die für die Stellen- und Strukturanalyse des Landtages angesetzt worden sind, offensichtlich – und Frau Finanzministerin hat das heute bestätigt – dem von der Landesregierung in diesem Jahr in Auftrag gegebenen Benchmarking zur Frage der Personal- und Stellenstruktur der gesamten Landesverwaltung nicht entspricht. Aber ich frage mich, warum man dann nicht den Weg gewählt hat, der für mich der richtige gewesen wäre, weil ich den, der jetzt gegangen wird, als falsch ansehe.

(Rainer Pracht, CDU: Das ist richtig.)

Man hätte in diesem Zusammenhang die Landtagspräsidentin bitten können,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und PDS)

unter Maßgabe der neuen Benchmarkingdaten entsprechende Daten unserer Landesverwaltung und entsprechende Daten der Verwaltung der Landtage beider Länder, die dem Benchmarking als so genannte Clearingstelle zugrunde liegen, einfach zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Ich denke, es wäre der richtige Weg gewesen. Ich will das, was aufkommt bei der Debatte und auch hier gegen-

seitig titulierte wird, dass die eine Seite, nämlich der Landtag als Verfassungsorgan, und die andere Seite, die Landesregierung, sich gegenseitig misstrauen, dass die Daten vielleicht so oder so ausfallen können, das will ich zurückweisen und will es auch gar nicht aufkommen lassen. Das ist der Zusammenarbeit in den letzten 14 Jahren zwischen beiden Gremien eigentlich nicht nachzusagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Aber der Weg, der Weg hätte anders sein können.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und in diesem Zusammenhang, denke ich, steht das doch klare Wort in der Rede der Finanzministerin, dass wir natürlich a) das Verfassungsrecht einhalten, aber b) gemeinsam darüber uns vereinbaren, wie zukünftig das Verfahren ausgestaltet wird, damit so etwas eben nicht wieder passiert, und dass wir gleichzeitig gemeinsam dafür sorgen, dass es einen vom Landtag, von den Fraktionen über den Ältestenrat und der Landtagspräsidentin festgestellten Einzelplan 01 gibt, und zwar in Zusammenarbeit mit der Finanzministerin.

Denn das ist das zweite Problem. Angesichts Ihres Antrages, auch Sie haben die Debatte hier noch einmal titulierte, zeigt sich doch auch, dass es zu einem anderen Absatz des Artikels 29 Unstimmigkeiten immer wieder zwischen den Fraktionen und der Landesregierung gibt. Und das ist Paragraph 29 Absatz 3 der LHO. Und da dürfen wir doch auch nicht übersehen, dass es seit 1995 – seit 1995! – dazu ein Gutachten gibt. Und das waren noch nicht die rot-rote Landesregierung und auch nicht die Mehrheitsfraktionen, die hier saßen. Schon damals stellte sich die Frage, entsprechen die Regelungen unserer Landeshaushaltsordnung eigentlich in Gänze dem verfassungsmäßigen Ansatz oder nicht. Hier gibt es immer wieder Auslegungsdiskussionen. Damit sage ich nicht, dass zwei Vorlagen nicht legitim sind. Aber sie sind am Ende ein Ausdruck dafür, dass zwei Verfassungsorgane in diesem Land existieren, die in haushaltsrechtlichen Fragen nicht übereinkommen, und ich finde, damit müsste doch im Verfahren aufzuräumen sein.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da ist der Artikel 29 Absatz 6 eindeutig.)

Insofern nehme ich das Wort ernst, was die Finanzministerin hier gesagt hat, wir wollen in Zukunft a) das Verfahren ändern und b), wenn es notwendig ist, die Landeshaushaltsordnung, um Klarheit zu bringen, natürlich, wie Sie in Punkt 1 Ihres Antrages sagen. Wollen Sie uns nun wirklich zwingen, den Punkt 1 abzustimmen, in dem steht, wir halten die Verfassung ein?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich. Aber immer!)

Und in Punkt 2,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Reinhard Dankert, SPD – Rudolf Borchert, SPD: Das kann es ja wohl nicht sein!)

in Punkt 2 ...

Also aus meinem Selbstverständnis heraus, tut mir Leid, kann ich das nicht abstimmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wäre schön, wenn der Landtag das mal beschließen würde.)

Und in Punkt 2 fordern Sie, in Punkt 2 fordern Sie auf,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann wüsste die Finanzministerin, woran sie ist. – Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

dass die Landesregierung detailliert begründet, warum sie diese Anfrage gestellt hat, mit welchem Hintergrund. Das hat sie hier getan,

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

ob es detailliert genug war und ob wir es akzeptieren in dieser Weise, ist ja unsere Bewertung. Insofern denke ich, es wäre legitim, angesichts der jetzigen Debatte und des Übereinkommens, dass wir auf unsere Rechte in Bezug auf Landesverfassung Artikel 29 und 20 bestehen, dass angesichts dieser Debatte Sie eigentlich Ihren Antrag für erledigt erklären sollten und nicht abstimmen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

weil er ist gegenwärtig nicht abstimmungsfähig. Ich sage noch mal, ich hätte mir gewünscht und ich erwarte in Zukunft, dass der Weg zur Einhaltung des Verfassungsrechts des Landtages eingehalten wird. Wie er gegangen worden ist, das halte ich nicht für akzeptabel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS, Rudolf Borchert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet, weil ich für mich in Anspruch nehme, dass ich auch zu den Zeiten, als ich Mitglied der PDS-Fraktion dieses Hohen Hauses war, sowohl in den Haushaltsgesprächen im Ältestenrat als auch im Finanzausschuss immer sehr nachdrücklich die Vorgehensweise des Finanzministeriums bezüglich des Haushalts des Landtages verurteilt habe. Und ich halte unter diesem Gesichtspunkt den hier zu behandelnden Gegenstand für ein ziemlich ungeheuerliches Vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will ansonsten nichts wiederholen von dem, was gesagt worden ist. Die Frau Finanzministerin habe ich allerdings so verstanden, dass sie hofft, dass ein Verfahren gefunden wird, in Zukunft keine zwei Haushalte 01 mehr zu haben. Und da erlaube ich mir dann, das Hohe Haus, die Finanzpolitiker und die Mitglieder des Ältestenrates daran zu erinnern, dass es eine Ausschussdrucksache des Finanzausschusses gibt mit der Nummer 4/355. Und da ich dieses Papier initiiert habe, wie in diesem Papier im Vorwort steht, bitte ich darum, dass wir uns daran erinnern, denn dort ist ein Verfahrensweg vorgeschlagen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Beschlossen!)

wie das Problem gelöst werden kann und wie angebliche oder tatsächliche Unklarheiten ausgeräumt werden können. Und ich bitte Sie alle, machen wir endlich Nägel mit Köpfen und beenden dieses traurige Thema! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1339 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Da wir noch nicht mit der Abstimmung begonnen haben, unterbreche ich die Landtagssitzung, denn die Fraktion der PDS hat um eine Auszeit von fünf Minuten gebeten.

Unterbrechung: 10.10 Uhr

Wiederbeginn: 10.16 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1339.

Wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Meine Damen und Herren, gibt es ein Mitglied dieses Hauses, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Dr. Till Backhaus wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ich frage noch einmal, gibt es ein weiteres Mitglied, das seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche noch einmal die Sitzung für ungefähr zwei Minuten.

Unterbrechung: 10.22 Uhr

Wiederbeginn: 10.24 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 60 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 23 Abgeordnete, mit Nein stimmten 37 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1339 abgelehnt.

Die Fraktion der CDU hat um eine Unterbrechung von fünf Minuten gebeten, so dass ich die Landtagssitzung noch einmal um fünf Minuten unterbreche.

Unterbrechung: 10.25 Uhr

Wiederbeginn: 10.30 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Spitzensteuersatz nicht absenken, Drucksache 4/1359.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Spitzensteuersatz nicht absenken
– Drucksache 4/1359 –**

Das Wort zur Begründung hat die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow von der Fraktion der PDS.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Offensichtlich hat die Debatte um das Verfassungsrecht uns so ermüdet,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

dass wir bei diesem wichtigen Thema meiner Ansicht nach etwas zu wenig Kolleginnen und Kollegen sind.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Die Bundesregierung hat am 6. Juli 2000 die Steuerreform beschlossen mit dem Steuersenkungsgesetz. Es ist zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten und eines der wesentlichen Elemente der Steuerreform war die Senkung der Steuersätze bei der Einkommenssteuer in mehreren Stufen. Bisher ist der Eingangssteuersatz von 25,9 Prozent in 1998 auf 16 Prozent im Jahre 2004 gesenkt worden und der Höchststeuersatz, umgangssprachlich der Spitzensteuersatz, von 53 Prozent im Jahre 1998 auf 45 Prozent in 2004. Gleichzeitig wurden die Freibeträge beziehungsweise wurde das steuerfreie Existenzminimum von 6.322 Euro im Jahre 1998 auf 7.664 Euro in 2004 angehoben.

Wir wissen alle, dass die vorgesehene Stufe der Steuerreform 2003 wegen der Hochwasserkatastrophe auf 2004 verschoben worden ist. Die Steuerentlastung sowohl für untere und mittlere Einkommen als auch für die Spitzeneinkommen seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün in Berlin betrug insgesamt 40 Milliarden Euro. Damit liegt die Steuerquote in Deutschland unter 21 Prozent und ist niedrig, so niedrig wie nie zuvor. Ziele der Bundesregierung mit der Steuergesetzgebung waren mehr Wachstum, Stärkung der Binnennachfrage und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir müssen konstatieren, dass diese Ziele aus dem Jahr 2000 nicht erreicht werden konnten. Und dennoch soll die geplante Stufe der Steuerreform im Jahr 2005 ohne Kommentar umgesetzt werden, das heißt die Senkung der Eingangssteuersätze auf 15 Prozent und des Spitzensteuersatzes auf noch mal 42 Prozent.

Gewinner dieser Steuerreformstufe wären angesichts der aktuellen Situation allein die Spitzenverdiener in der Bundesrepublik Deutschland. Und die Verlierer, wenn es auch ein harter Begriff ist, dieser neuerlichen Steuersenkung sind die öffentlichen Haushalte, auch die öffentlichen Haushalte von Mecklenburg-Vorpommern und unserer Kommunen, denn die Senkung des Spitzensteuersatzes führt zu weiteren Steuermindereinnahmen in Höhe von etwa 2,5 bis 3 Milliarden Euro.

Wir haben in der letzten Woche erst zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung – Herr Eichel hat es mitgeteilt – in diesem Jahr mit weiteren Steuerausfällen von 13 Milliarden Euro rechnen muss und deshalb die Nettokreditaufnahme oder die Neuverschuldung laut Nachtragshaushalt in der Bundesrepublik Deutschland nochmals um 14,4 Milliarden Euro erhöht werden soll. Ich denke, aufgrund der aktuellen Haushaltssituation von Bund, Ländern und Kommunen können die öffentlichen Haushalte nicht mehr auf solche Einnahmen verzichten.

Wir haben uns gestern in der Aktuelle Stunde dazu verständigt, auch ein so genannter schlanker Staat braucht Geld, braucht Steuereinnahmen für ein leistungsstarkes Bildungssystem, für die Aufrechterhaltung unserer Sozialsysteme und für Investitionen sowohl in Bildung als auch in unsere Straßen. So wenig wie Großunterneh-

men, die infolge von Steuerentlastungen zusätzlich investiert haben, was sie eben nicht getan haben, genauso wenig werden Spitzenverdiener, wenn sie entlastet werden, von Steuergeschenken mehr konsumieren.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD)

Nur eine wirkliche Nettoentlastung kleiner und mittlerer Einkommensbezieher stärkt doch die Binnennachfrage und das Wachstum. Dabei darf den Leuten das Geld nicht wieder in die eine Tasche hineingesteckt und aus der anderen Tasche wieder herausgezogen werden. Und es bleibt dabei: Steuergeschenke für Spitzenverdiener können wir uns in der Bundesrepublik nicht leisten.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Birgit Schwebs, PDS)

Ich bin froh, dass sich die Stimmen in der SPD, ich höre es auch in der CDU, mehren, die das Gleiche fordern, auch aus einer gewissen notwendigen sozialen Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland heraus. Als Beispiele seien nur der Beschluss des Landesvorstandes der SPD unseres Landes genannt, die Diskussionen der SPD-Fraktionschefs in Niedersachsen, Bayern oder auch im Saarland. Und selbst der Versandunternehmer Michael Otto hat sich erst kürzlich gegen eine Absenkung des Spitzensteuersatzes ausgesprochen.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

Kleine und mittlere Unternehmen in Ostdeutschland würden in nur wenigen Fällen von der Steuersenkung profitieren, denn ihre Erträge oder Gewinne liegen weit unter dem westdeutschen Durchschnitt. Mit den hier von der PDS- und der SPD-Fraktion eingebrachten Positionen sagen wir klar Nein, es darf keine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich fordere die CDU auf, angesichts der Einschnitte für Langzeitarbeitslose durch Hartz IV ihre einseitige Position zugunsten von Besserverdienenden zu überdenken und nicht länger Entscheidungen für mehr Steuergerechtigkeit im Bundesrat zu blockieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich frage mich, ob sich eigentlich PDS und SPD darüber im Klaren sind, was sie mit diesem Antrag bewirken können. Ich habe den Eindruck, dass sie ein ungeheures Kurzzeitgedächtnis haben. Sie haben im September 2000, SPD und PDS – es waren die entscheidenden drei Stimmen aus Mecklenburg-Vorpommern –, der rot-grünen Steuerreform im Bundesrat zugestimmt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, damals ist vereinbart worden – ich gehe nicht auf die vielen zeitlichen Zwischenschritte ein –, auch bedingt durch die Hochwasserkatastrophe, letztendlich den Eingangssteuersatz zum 1. Januar 2005 auf 15 Prozent abzusenken und den Spitzensteuersatz auf 42 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Verlässlichkeit in der Politik geboten ist, dann insbesondere beim Steuerrecht.

Als Zweites, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Gramkow, Herr Kollege Schlotmann, was kann Ihr Wortbruch denn bewirken? Der Ministerpräsident – und die Freude habe ich damals verstanden – hat das in der Landtagsdebatte am 21. September 2000 vorgetragen und am Tag zuvor, am 20. September, meine Damen und Herren, haben wir mit der Bundesregierung vereinbart, dass folgende Ortsumgehungen im Zuge von Bundesfernstraßen in Mecklenburg-Vorpommern vorzeitig realisiert werden: Ortsumgehung Altstrelitz, Ortsumgehung Stralsund, Ortsumgehung Crivitz, Ortsumgehung Ribnitz-Damgarten, Ortsumgehung Greifswald, Ortsumgehung Anklam, meine Damen und Herren, und Ertüchtigung der Eisenbahnstrecke Rostock–Berlin auf ICE-Standard.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gab neben dem warmen Händedruck für Herrn Holter im Kanzleramt diese Zusagen der Bundesregierung. Fragen Sie sich denn nicht wirklich – übrigens SPD und PDS –, ob die SPD hier ein verlässlicher Politikpartner ist, wenn man die Presseverlautbarungen über den Parteirat vom 30. August 2004 liest? Ich zitiere: „Angesichts der Proteste gegen ... Hartz IV beschlossen Landesvorstand und Parteirat laut Backhaus, die Bundesregierung aufzufordern, den Spitzensteuersatz nicht wie geplant abzusenken.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen Sie denn wirklich, Sie als Regierungsfraktion, mit diesem Wortbruch, den Sie hier begehen gegenüber Ihrem Votum im Jahr 2000, die Ortsumgehungen aus den Erlösen der UMTS-Lizenzen und die Ertüchtigung der Eisenbahnstrecke Rostock–Berlin in Frage stellen?

(Angelika Gramkow, PDS:
Das wollen wir natürlich nicht.)

Darauf wartet der Eichel doch förmlich, dass Sie hier mit Mehrheit abstimmen,

(Rudolf Borchert, SPD: Was hat
das eine mit dem anderen zu tun?)

dass entgegen Ihrem Votum im Jahr 2000 der Spitzensteuersatz nicht 42, sondern 45 Prozent sein soll. Was ist das denn für eine Verlässlichkeit von Politik, was Sie überhaupt betreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie müssen sich doch wirklich fragen – und das war damals ein großes Hin und Her bei der Steuerreform –, wie Sie gegenüber dem Bürger dastehen. Und Sie müssen sich aus meiner Sicht auch weiter fragen – begründet haben Sie den Antrag ja nicht –, warum, weshalb.

(Angelika Gramkow, PDS:
Haben Sie mir nicht zugehört?)

Das ist einer der wenigen Anträge in diesem Landtag, der substantielle Auswirkungen hat, wo keine Begründung dabei ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe ihn begründet, Herr Rehberg. Das ist legitimes Recht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie Politikern der CDU –

(Angelika Gramkow, PDS: Reden Sie doch nicht drum herum! Was ist denn das hier für ein Verhalten?!)

und das haben wir debattiert am 30. September und in der Landtagssitzung zuvor – bei Hartz IV keine Verlässlichkeit vorwerfen, dann müssen Sie sich hier fragen: Wie politisch verlässlich sind Sie überhaupt?

Zweitens, was bewirken Sie denn überhaupt mit Ihrem Antrag? Das sind doch rein ideologische Gründe, die Sie hier vortragen. Wenn Sie sich wirklich einmal mit dem geltenden deutschen Steuerrecht befassen,

(Angelika Gramkow, PDS: Dazu kommen wir noch, Herr Rehberg.)

dann bewirken Sie Folgendes: Wenn Sie eine Absenkung vornehmen von 45 auf 42 Prozent

(Angelika Gramkow, PDS: Die wollen wir nicht vornehmen. – Wolfgang Riemann, CDU: Aber auch für die unteren Einkommensgruppen.)

und von 16 auf 15 Prozent, dann geht die Kurve insgesamt auch für die mittleren und unteren Einkommensgruppen herunter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist die ganze Tatsache, bei der wir stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und wenn Sie einmal auf diese Kurven schauen – das sind die Steuerprogressionskurven Tarif 1998, Tarif 2005 –, dann werden Sie ganz klar und deutlich erkennen können, wozu das führt, was Sie hier betreiben. Sie nehmen nämlich und ich werde Ihnen ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sagen Sie doch, dass Sie dagegen sind!)

Sie werden ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sagen Sie, Sie sind für die Absenkung des Spitzensteuersatzes!)

Wissen Sie,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

wogegen ich bin? Ich bin dagegen, Frau Gramkow, ich bin dagegen ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Rehberg, bitte einen Moment mal.

Meine Damen und Herren, ich bitte doch auch bei dieser heftigen Diskussion um Sachlichkeit und um die entsprechende Lautstärke.

(Peter Ritter, PDS: Du sollst noch lauter reden! Du sollst noch lauter reden!)

Eckhardt Rehberg, CDU: Ich bin dagegen, Frau Kollegin Gramkow, dass ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von 25.000 Euro eine steuerliche Entlastung im Jahr 2005 gegenüber 2004 von fast 5 Prozent erfährt, wenn man den Spitzensteuersatz von 45 auf 42 Prozent absenkt. Der gleiche verheiratete Alleinverdiener mit zwei Kindern, jedoch einem Jahresbruttoeinkommen von 75.000 Euro zu versteuerndem Einkommen, also deutlich über dem 52.000-Euro-Spitzensteuersatz, wird nur um 3,4 Prozent entlastet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das halte ich für sozial ungerecht und das ist auch der Ansatz Absenkung Eingangssteuersatz und Absenkung Spitzensteuersatz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wer den Spitzensteuersatz oben lässt, der nimmt dieser Normalverdienerfamilie mit zwei Kindern und 25.000 Euro zu versteuerndem Jahresbruttoeinkommen die knapp fünf Prozent Steuerentlastung über das ganze Jahr. Wir treten dafür ein und so ist die Progression mit Ehegattensplitting auch aufgebaut, dass insbesondere Familien mit Kindern entlastet werden. Das ist der Ansatz unserer Politik von CDU und CSU!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Ideologie kennt ja wahrlich keine Grenzen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Ich bin ein Stück weit bei der SPD enttäuscht, dass sie nicht mal ansatzweise darüber nachdenkt, dass man Ja sagen muss und Ja sagen kann, dass der Körperschaftsteuersatz auf 25 Prozent gesenkt wurde. Wenn Sie die Gewerbesteuer mit dazurechnen, etwa von 13 bis 14 Prozent je nach den Hebesätzen, dann komme ich bei einer Kapitalgesellschaft auf einen Steuersatz zwischen 38 und 40 Prozent, dieses seit dem Jahr 2000. Übrigens die Probleme – und auch dazu haben Sie Ja gesagt im September 2000 –, die gewaltigen Steuermindereinnahmen in Deutschland, liegen nicht ursächlich in der Senkung des Körperschaftsteuersatzes, sondern in der Steuerfreistellung, der Veräußerung von Beteiligungsgewinn von Kapitalgesellschaften. Das ist das Problem, was wir seit dem Jahr 2001 haben, Steuermindereinnahmen, Herr Kollege Borchert, per anno 24 Milliarden Euro in 2001 und 2002. Nach meinen Informationen werden sie wahrscheinlich erst in 2003 wieder auf 4 Milliarden Euro steigen. Das heißt, Sie haben in drei Jahren – und dazu haben Sie Ja gesagt – ein Steuereinnahmedefizit von rund 70 Milliarden Euro mit beschlossen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Das haben Sie mit beschlossen. Gucken Sie sich die Zahlen vom BMF an! Und es ist heute noch nicht so, obwohl korrigiert worden ist, dass wir wieder auf der Summe des Jahres 1999 oder 2000 liegen.

(Rudolf Borchert, SPD: Die Absenkung des Spitzensteuersatzes erfordert eine neue Mindereinnahme.)

Aber was machen wir denn jetzt mit den Personengesellschaften? 95 Prozent der Gesellschaften in Deutschland sind nicht Kapitalgesellschaften, sondern sind Personengesellschaften, GbRs, OHGs und so weiter und so fort. Und die werden nach dem Einkommenssteuersatz besteuert,

meine sehr verehrten Damen und Herren. Wie sollen die denn Eigenkapital bilden? Wie sollen die denn investieren? Denn Eigenkapital bilden und investieren kann man nur dann, wenn man Gewinn macht. Und der Gewinn ist unterschiedlich, wenn ich den Spitzensteuersatz nicht von 45 auf 42 Prozent absenke. Wenn Sie sich hier die Statistiken angucken, Herr Kollege Borchert, und da appelliere ich wirklich ein Stück weit an Ihre finanzpolitische Vernunft,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –
Egbert Liskow, CDU: Na ja.)

die Hälfte dieser Gesellschaften hat einen zu versteuernden Gewinn von unter 128.000 Euro. Und viele liegen deutlich darunter, man hat da noch Abzweigungstatbestände und so weiter und so fort. Das heißt, Ihr Antrag trifft die mittleren Einkommensgruppen, die Leistungsträger dieser Gesellschaft und insbesondere auch den ostdeutschen Klein- und Mittelstand, damit er wieder Luft holen kann, Eigenkapital bilden und reinvestieren kann. Das wird die Ursache Ihres Antrages sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der Verlässlichkeit, die Sie in der Politik nicht haben – über Hartz IV können wir noch mal debattieren, wie hoch Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfesätze, Regelsätze heute mit allen Zuschlägen sind in Bezug auf Bruttoeinkommen, ich habe gestern Zahlenbeispiele genannt –, treffen Sie hier wirklich die Normalverdienerfamilie

(Angelika Gramkow, PDS:
Ach, das ist doch witzig!)

und das sollten Sie sich gut überlegen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Und jetzt werde ich Ihnen etwas zu den Spitzenverdienern sagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie die Spitzenverdiener treffen wollen – übrigens der Spitzensteuersatz für zu versteuerndes Einkommen beträgt 52.000 Euro,

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

das sind 100.000 Deutsche Mark –,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

müssen Sie den Spitzensteuersatz gewaltig hochdrücken. Nur dagegen stehen Bundesverfassungsgerichtsurteile.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, bis
50 Prozent kann er. Das ist konform.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch den Spitzensteuersatz von 52.000 Euro haben Sie im September 2000 mit beschlossen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Sie haben das alles mit beschlossen, was Sie jetzt wieder in Frage stellen.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber
Sie auch. Oder vergessen Sie Ihre
große Koalition wieder einmal?)

Frau Kollegin, wissen Sie, in Berlin steht jetzt ein schönes Olympiastadion

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, wir haben
auch ein schönes Stadion. Wissen Sie noch?)

mit einem Volumen, wo der Sitzplatz viermal teurer ist als beim Ostseestadion. Ich weiß ein bisschen, worüber ich rede.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Ja, da hat er Recht.)

Also wissen Sie, ich kann das nicht akzeptieren, was dort in Berlin gelaufen ist. Ich kann auch nicht akzeptieren, was da in Bremen gelaufen ist, wenn Politik wie in den Tagen im September 2000 zum türkischen Basar verkommt, und sie ist da verkommen. Es wurde sich die Zustimmung teilweise erkaufte durch solche Projekte. Ich denke, wir sollten wirklich ein Stück weit die Debatte außen vor lassen, wie die Mehrheit damals im Bundesrat zustande gekommen ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben sie doch
angefangen. – Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch darauf hinweisen: Anstatt am jetzigen deutschen Steuersystem herumzudoktern,

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

sollten wir uns lieber damit befassen, das Steuersystem zu vereinfachen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Richtig.)

richtig zu vereinfachen, und wir sollten uns damit befassen, zum Beispiel den Merz-Vorschlag oder den Kirchhof-Vorschlag aufzugreifen.

(Peter Ritter, PDS: Der ist doch
jetzt zurückgetreten, der Herr Merz.)

Und wenn Sie, Herr Ritter, sich damit mal etwas näher befassen würden, dann würden Sie ...

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Herr Kollege Borchert, der Unterschied zwischen dem CDU-Vorschlag und dem CSU-Vorschlag besteht nur darin, dass wir für einen Stufentarif sind und die CSU für die lineare Progression, ansonsten sind die Steuersätze gleich. Den Stufentarif, die vier Grundrechenarten beherrschen wir noch, das heißt bei uns Familien mit zwei Kindern mit 32.000 Euro zu versteuerndem Einkommen, dafür, das gebe ich zu, Wegfall sämtlicher – ich bin dann für sämtliche – Abschreibungsmöglichkeiten, übrigens auch der Sonn- und Feiertagszuschläge.

(Rudolf Borchert, SPD: Das
wird es mit uns nicht geben.)

Denn ich muss Ihnen ganz offen sagen: Was hat der Steuerzahler damit zu tun, dass eine Krankenschwester nachts arbeiten muss und Busfahrer am Sonntag fahren müssen? Das mögen bitte die Tarifpartner, die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern vereinbaren. Also dann machen wir es bei der Eigenheimzulage konsequent, dann machen wir es bei den Sonn- und Feiertagszuschlägen konsequent und wir machen es auch in allen anderen Bereichen konsequent.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist hier ein Schaufensterantrag, denn der Bundeskanzler hat klipp und klar gesagt, es bleibt bei den Stufen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das kann die CDU doch ändern im Bundesrat.)

Das bleibt. Wir werden das nicht ändern, Frau Kollegin Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben doch die Mehrheit im Bundesrat.)

Wir haben im Januar 1995 mit unseren Petersberger Beschlüssen schon in etwa den Rahmen abgesteckt, den Rot-Grün im Jahr 2000 umgesetzt hat. Wir konnten es nur deswegen nicht umsetzen, weil Schröder und Lafontaine 1997/98 im Bundesrat die Steuerreform blockiert haben. Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sonst hätten wir schon seit dem 1. Januar 1998 ähnliche Steuersätze, wie wir sie jetzt ab 1. Januar 2005 haben werden. Also hören Sie auf, am bestehenden System herumzudoktern! Stellen Sie sich dem Thema Änderung des Steuerrechts, der Steuervereinfachung! Dann kommen wir in Deutschland weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

(Egbert Liskow, CDU: So, jetzt aber ehrlich.)

Rudolf Borchert, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 1. Januar 2005 soll die letzte Stufe der Steuerreform wirksam werden und die damit verbundene Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent beziehungsweise des Eingangssteuersatzes von 16 auf 15 Prozent soll eine Steuerentlastung von insgesamt 6 Milliarden Euro erbringen.

Der vorliegende Antrag von SPD und PDS fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass diese Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent nicht vorgenommen wird.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Dafür gibt es drei Gründe, Herr Rehberg. Und wir kommen zur Begründung, auch wenn sie nicht schriftlich vorliegt. Es ist ja auch möglich, diese mündlich nachzuliefern. Und ob es dann ideologische Gründe sind oder nicht, das bewerten Sie bitte anschließend.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Als Erstes möchte ich sagen, dass bei der desolaten Situation der öffentlichen Haushalte der Staat sich weitere Steuerverluste nicht leisten kann, Herr Rehberg. Ob das ideologisch ist, ich glaube, die Frage hat sich selbst beantwortet. Bundesfinanzminister Eichel muss gerade für 2004 die Rekordneuverschuldung von 43,7 Milliarden Euro vermelden und die katastrophale Finanzsituation aller Bundesländer ist ja hinreichend bekannt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Beibehaltung des Spitzensteuersatzes von 45 Prozent würde für 2005 eine Mehreinnahme – und jetzt mal aus Sicht des Finanzpolitikers – von insgesamt 5,9 Milliarden Euro bedeuten, für Mecklenburg-Vorpommern übrigens eine Mehreinnahme von 66 Millionen Euro im Jahr.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist Geld, was wir sicherlich gut gebrauchen können angesichts der Situation unseres Landeshaushalts zur Finanzierung von Beschäftigung, von Bildung oder vielleicht auch für die Werftenhilfe.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich denke, Sie wollen die Kaufkraft stärken, Herr Borchert. Aber Sie entziehen den Menschen ja die Kaufkraft.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren und auch Herr Rehberg, zur Klarstellung gehört ebenfalls, dass in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Spitzensteuersatz und seiner Absenkung in der Regel immer nur vom Steuereinnahmeverlust von 2,5 Milliarden Euro die Rede war. Dieses beruhte auf der Annahme, dass wie bisher die so genannte Abschneidemethode, das heißt bei der Abdeckung der Tarifkurve, zur Anwendung gebracht wird, die nur ein Einkommen von über 52.000 Euro betroffen hätte. Es stimmt, es ist jetzt vorgesehen, nicht die Abschneidemethode, sondern die so genannte Abklappmethode anzuwenden, das heißt ohne Tarifknick mit einer Abflachung der Tarifkurve, so dass nicht nur die Spitzenverdiener ab 52.000 Euro, sondern eben auch die Nichtspitzenverdiener entlastet werden. Insofern ist es korrekt, Herr Rehberg. Allerdings müssen Sie zugestehen, dass damit natürlich überhaupt nicht gesagt ist, dass die 2,5 Milliarden Euro ab 52.000 Euro entlastet werden und erst darunter dann noch mal 3,4 Milliarden Euro dazukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zu einem zweiten Grund. Herr Rehberg, wir sind beim Thema ideologische Gründe. Ich sage Ihnen, es gibt handfeste ökonomische Gründe für eine stärkere steuerliche Belastung von oberen Einkommensschichten.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Seit 1998 werden die privaten Haushalte und die mittelständische Wirtschaft bereits um insgesamt fast 60 Milliarden Euro entlastet. Wenn ich dann noch die 70 Milliarden Euro dazuzähle, die dem Staat durch den Wegfall der Vermögensbesteuerung ab 1997 verloren gehen, dann haben wir ein gigantisches Steuersenkungspaket von 130 Milliarden Euro in den letzten circa sechs bis sieben Jahren. Der Beweis, dass diese gigantische Steuersenkungspolitik in Deutschland Wachstum und Beschäftigung gebracht hätte, fehlt bis heute.

Auch das lange umstrittene Vorziehen von Teilen der dritten Stufe der Steuerreform – wir können uns alle gut daran erinnern – hat nicht die erhofften Impulse in der Nachfrage von Konsum gebracht. Ich kann mich noch gut an diese Argumente erinnern. Wir müssen die dritte Stufe der Steuerreform vorziehen, wenigstens Teile, weil wir damit den Konsum ankurbeln wollen. Wenn auch die steuerliche Entlastung von Normalverdienern unter Aspekten der Ankurbelung der Binnennachfrage, und das ist unstrittig, noch Sinn macht, sind Steuergeschenke in Höhe von 2,5 Milliarden Euro in der jetzigen Situation für Besserverdienende, meine Damen und Herren, ökonomischer Unsinn.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

denn wir wissen alle, Spitzenverdiener legen ihr zusätzliches Geld, was ihnen durch Steuergeschenke praktisch übergeben wird, in der Regel nicht auf die hohe Kante. Sie

legen ihr Geld in der Regel auf die hohe Kante und eben nicht in den täglichen Konsum. Entschuldigen Sie bitte den Versprecher!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie legen ihr Geld in der Regel auf die hohe Kante und nicht in den täglichen Konsum beziehungsweise sie investieren dieses Geld in der Regel nicht. Es gibt also keinen Zusammenhang zwischen niedrigem Steuersatz und hohem Wirtschaftswachstum, denn obwohl der Spitzensteuersatz ja bekanntlich seit 1998 von 53 auf 45 Prozent abgesenkt wurde, hat sich das Wachstum in den letzten Jahren nicht gestärkt, sondern weiter abgeschwächt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und drittens, Herr Rehberg, komme ich zu einem Grund, einem dritten Grund, der möglicherweise aus Ihrer Sicht als ideologisch zu bezeichnen wäre, aber ich glaube, das ist auch jedem selbst überlassen in der Bewertung. Es geht nämlich um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Deutschland ist bekannterweise ein reiches Land, die Verteilung des Reichtums ist höchst ungleich und die Lücke zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Ständig erhöht sich in Deutschland die Anzahl der Superreichen. Inzwischen sind es sage und schreibe über 800.000 Millionäre und 84 Milliarden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die 100 Reichsten in Deutschland haben übrigens ein Gesamtvermögen von über 250 Milliarden Euro, das entspricht etwa dem Bundeshaushalt eines Jahres.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Gleichzeitig, Herr Liskow, bei Zunahme dieses Reichtums auf der einen Seite nimmt die Verarmung von privaten und öffentlichen Haushalten ständig weiter zu. Und viele Menschen in Deutschland, ich gehöre auch dazu, kritisieren bei der aktuellen Reformpolitik vor allem die soziale Schieflage. Sie haben den Eindruck, dass die kleinen Leute die Hauptlast der Reformen zu tragen haben. Und besondere Brisanz bekommt diese Tatsache natürlich Anfang des Jahres 2005.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Insofern ist die Situation schon eine andere als im Jahr 2002, Herr Rehberg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Etwa 75 Prozent der bisherigen 2,3 Millionen Arbeitslosenhilfebezieher bekommen zum 1. Januar 2005 keine Arbeitslosenhilfe beziehungsweise weniger als jetzt. Das bedeutet, etwa 1,6 Millionen Menschen in Deutschland werden zum Teil erhebliche finanzielle Einschnitte hinnehmen müssen. Gleichzeitig wird ein verheirateter Spitzenverdiener mit einem Bruttoeinkommen von 110.000 Euro um 1.100 Euro entlastet und ein Einkommensmillionär um 30.000 Euro. Ich kann hierzu nur dem niedersächsischen SPD-Fraktionschef Siegmund Gabriel beipflichten, der am 15. August sagte, ich zitiere: „Ich halte es geradezu für obszön, den Spitzensteuersatz zu senken und gleichzeitig die Menschen mit dem Hartz-IV-Gesetz zu belasten.“ Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Wolfgang Böhmer, CDU, sagte dazu: „Wenn die Senkung des Spitzensteuersatzes ab Januar 2005 aus dem Reformpaket herausgenommen wird, würde das an den Stimmen aus Sachsen-Anhalt nicht scheitern.“ Recht hat er.

Sehr geehrter Herr Rehberg, Politik, Parteien müssen den Mut und die Fähigkeit haben, sich auch korrigieren zu können. Und wenn es die Situation erfordert im Jahre 2004, dann muss man in der Lage sein, Entscheidungen aus dem Jahre 2000 im Nachhinein zu korrigieren, zu verändern oder auch neu zu justieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und dazu gehört auch der Verzicht auf die Absenkung des Spitzensteuersatzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die geplante Absenkung des Spitzensteuersatzes ist erstens nicht finanzierbar, zweitens ökonomischer Unsinn und drittens ungerecht. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt noch einmal die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow von der Fraktion der PDS.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich finde ich es sehr schade, dass angesichts der Situation auch in Mecklenburg-Vorpommern hier die große Keule herausgeholt wird und notwendige Entscheidungen von großen Koalitionen oder rot-rot Koalitionen in der steuerpolitischen Entscheidung im Jahr 2000 heute dazu herhalten müssen, zu langatmige Erklärungen dafür abzugeben, warum wir im Jahr 2005 alles beim Alten lassen müssen, denn die CDU hätte es in der Hand, gemeinsam über den Bundesrat mit uns zu streiten. Aber sie kann es gar nicht, auch nicht mit der Methode in ihrer Steuerreform und in den Merz-Ansätzen. Vielleicht gibt es sie auch gar nicht mehr, da Herr Merz für sich erklärt hat, offensichtlich seine Funktion und Position in der CDU nicht mehr wahrzunehmen. Vielleicht kostet das auch die politischen Entscheidungen zur Steuerreform. Aber Fakt ist, dass Sie weitere Senkungen planen im Bereich des Spitzensteuersatzes, nämlich auf 36 Prozent.

(Heinz Müller, SPD: So ist es. So ist es.)

Dann kann man sich natürlich hier hinstellen und sagen, das, was Sie wollen, geht nicht, und vergessen eigentlich, dass man es selber nicht will. Aber in einer Frage hat natürlich Herr Rehberg völlig Recht. Das, was wir hier versuchen, ist eine Korrektur, die wir aus der jetzigen Sicht als notwendig ansehen im Interesse der Menschen, aber auch der öffentlichen Hand.

Dabei wissen wir alle, diese Debatten gibt es bei der CDU, diese Debatten gibt es inzwischen bei der SPD. Ich halte den Vorschlag aus Schleswig-Holstein zur Veränderung der Steuerpolitik für eine tragfähige Diskussionsgrundlage. Wir brauchen eine andere Steuerpolitik. Natürlich sagen Sie „fürchterlich“, Herr Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, eben. –
Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Offensichtlich haben Sie nicht zur Kenntnis genommen – und müssen Sie auch nicht –, dass selbst inzwischen die PDS ein Steuerreformkonzept vorgelegt hat. Das bricht mit einigen althergebrachten Vorstellungen meiner Partei und ist ein Diskussionsangebot, was schon zu heller Aufregung geführt hat. Es ist klein und fein. Man kann es sich auch ansehen, allerdings unterscheidet es sich in einer

Frage von allen anderen Steuerkonzepten, weil wir nicht nur sagen, Steuern herunter, sondern auch mehr Geld in öffentliche Haushalte.

(Torsten Koplin, PDS: Wir kümmern uns um das Gemeinwohl.)

Das heißt, unsere Steuerreform soll gerechter, einfacher und durchschaubarer sein. Ich gestehe ein, die Ansätze von uns zur Steuerreform in Deutschland passen nicht auf einen Bierdeckel, aber ich finde, ein A4-Blatt steht uns gut zu Gesicht. Und das haben wir vorgelegt. Wir haben es getan, indem wir sagen, wir werden in Zukunft konsequent individuell besteuern, also nach der Leistungsfähigkeit eines jeden, und alle Einkunftsarten werden steuerlich berücksichtigt und nichts wird mehr privilegiert.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist sozial gerecht.)

Ich hörte gerade von Herrn Rehberg, dass auch die CDU über solche Fragen wie Eigenheimzulage und anderes nachdenkt. Auch wir haben mit diesen Sondertatbeständen aufgeräumt, allerdings ebenfalls mit dem Ehegattensplitting, denn das bedeutet individuell besteuern. Wir setzen den Kinderfreibeträgen eine Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro im Monat entgegen und wir erhöhen den Grundfreibetrag und entlasten damit alle Bürgerinnen und Bürger von den jetzt circa 8.000 Euro auf 12.000 Euro. Somit entlasten wir, und das haben Sie ja eingefordert, Menschen mit niedrigen Einkommen und Familien mit Kindern um 32 Milliarden Euro insgesamt. Ist das ein Angebot? Natürlich würden wir dafür bei Beibehaltung des progressiven Steuersatzes den Spitzensteuersatz bei einem Einkommen ab 60.000 Euro wieder auf 50 Prozent hoch setzen, im Übrigen verfassungskonform.

Bei einer deutlichen Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen kann man nämlich dann auf viele steuerliche Vergünstigungen verzichten, ohne dass es wehtut. Ich finde, das macht das Steuersystem in der Bundesrepublik Deutschland um vieles einfacher. Aber ich weiß auch, dass das Tabuthemen sind und man über die Tabuthemen, also auch über die Frage von Besteuerung, von Nacht- und Sonntagszuschlägen reden muss.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Da unterliegt unser Steuerkonzept auch der glatten Kritik der Gewerkschaften.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Allerdings unterscheiden wir uns in einer wesentlichen Frage von fast allen steuerpolitischen Konzepten, denn wir halten eine Steuerreform ohne Vermögensumverteilung für nicht akzeptabel. Wir müssen die Vermögenssteuer wiederbeleben ab einem Vermögen von mehr als 300.000 Euro pro Person, beginnend mit einem Steuersatz von 0,7 Prozent.

Wir sind dafür, dass die Umverteilung, die gegenwärtig von oben nach unten nicht realisiert wird, durch eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer mit hohen Freibeträgen auf Betriebsvermögen, auch bei persönlichem Freivermögen wiederum reformiert wird und letztendlich geerbtes und geschenktes Vermögen ab 5 Millionen Euro hoch besteuert wird.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Kleine Vermögen werden geschont, größere verstärkt zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen. So sehen auch die Ansätze von Frau Simonis für die SPD-Debatte aus.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wie in vielen anderen Ländern sollten wir in Deutschland wieder die Börsenumsatzsteuer erheben in Höhe von 0,5 Prozent für den Sekundärhandel. Änderungen – ich habe sie bei Herrn Rehberg auch bei der Körperschaftsteuer gehört – sehen wir als notwendig an, nämlich eine progressive Tarifgestaltung, beginnend mit 25 bis 35 Prozent ab einem Einkommen von 200.000 Euro. Das ist immer noch sehr niedrig. Wir hatten schon 50 und vor der letzten Senkung 40 Prozent Körperschaftsteuer. Und natürlich, denke ich, sollten Veräußerungsgewinne und Dividenden in voller Höhe steuerpflichtig sein. Eine alte Forderung der PDS ist es, dass insbesondere Umsätze bei den arbeitsintensiven Dienstleistungen, wie zum Beispiel Reparaturarbeiten des Handwerks, nach einem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent besteuert werden sollten. Und wir sagen auch, dass eine derzeitige Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht vorgenommen werden darf, weil das vor allem wieder kleinere Einkommensbezieher zusätzlich belastet.

Sie finden in unserem Steuerkonzept Änderungen bei den Kommunalsteuern. Wir sind für eine Gemeindewirtschaftssteuer, wonach Kapitalgesellschaften, alle gewerblichen Unternehmen und alle Selbständigen steuerpflichtig sind, die sächliche Bemessungsgrundlage erweitert und der Freibetrag jedoch auf 300.000 Euro angehoben wird. Wir sind dafür, die Gewerbesteuerumlage gänzlich abzuschaffen und die Gemeinschaftssteuer neu zu verteilen, so dass die Einnahmen eine verlässlichere Basis für die Arbeit der Kommunen bedeuten. Das heißt, die Kommunen sollen zukünftig an der Einkommenssteuer nicht mehr beteiligt sein, dafür aber die Beteiligung an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 20 Prozent erhöht werden.

Alle diese Vorschläge bringen als Gesamtkonzept eine Entlastung für mittlere Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland, eine Entlastung für Bürgerinnen und Bürger und eine Ankurbelung der Binnennachfrage. Aber sie bringen auch insgesamt 24,8 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen für den Bund, 23,9 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen an die Länder und 15,3 Milliarden Euro mehr Einnahmen an die Kommunen durch eine konsequente Besteuerung von Reichtum und Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Summa summarum würden mit den steuerpolitischen Ansätzen 64 Milliarden Euro in die öffentlichen Haushalte fließen für Bildung, für soziale Sicherheit, für Investitionen in die Infrastruktur.

Also nehmen wir Ihr Angebot an, Herr Rehberg, und diskutieren wir über eine grundsätzliche Veränderung der Steuergesetzgebung in Deutschland. Aber lassen Sie uns doch gemeinsam einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gehen. Ich bitte darum, dass Sie unserem Antrag – keine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes ab 2005 – zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1359. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1359 mit den Stimmen aus SPD- und PDS-Fraktion bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und einer Stimmenthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Erhaltung der Hotelpauschale bei Rundfunkgebühren, auf Drucksache 4/1365.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Erhaltung der Hotelpauschale
bei Rundfunkgebühren
– Drucksache 4/1365 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bedauerlicherweise ist seit dem 8. Oktober 2004 unser Bemühen um eine Verhinderung von Rundfunkgebührenerhöhungen für die Hotels gescheitert. Die Ministerpräsidenten haben eine Entscheidung getroffen, die wir nicht gutheißen können und wollen. Hotels mit einer Kapazität von mehr als 50 Betten werden ab dem 1. April 2005 mit 75 Prozent der Rundfunkgebühren belastet. Nur für Häuser mit geringerer Kapazität bleibt es beim bisherigen Satz von 50 Prozent.

(Siegfried Friese, SPD: Dafür werden Ferienwohnungen aber entlastet und das ist neu.)

Gleichwohl will ich die Gelegenheit nutzen und verdeutlichen, sehr geehrter Kollege Friese, worum es der CDU-Fraktion in ihrem Antrag ging. Kosten – so lehrt es jedes betriebswirtschaftliche Standardwerk – sind der bewertete Verzehr von Gütern und Diensten zur Erstellung betrieblicher Leistungen. Rundfunkgebühren sind in diesem Sinne Kosten, die im Zusammenhang mit dem Leistungsangebot der Hotellerie stehen. Die nunmehr bevorstehende Gebührenerhöhung für Hotels mit mehr als 50 Betten ist nicht mehr und nicht weniger als ein 50-prozentiger Kostenanstieg, der durch keinerlei Veränderung oder Verbesserung des Dienstleistungsangebotes gerechtfertigt wird. Vielmehr finden wir eine willkürliche Preissetzung, die sonst einzig auf Monopolmärkten durchsetzbar ist.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Die Tatsache, dass Preiserhöhungen ohne Gegenwert durchaus betriebswirtschaftliche Auswirkungen haben, liegt auf der Hand. Gestatten Sie mir, dies an einem Beispiel zu erläutern. Frau Präsidentin des Landestourismusverbandes, Herr Wirtschaftsminister, vielleicht ist das für Sie nicht ganz uninteressant: Ein Hotel in unserem Land, das die nun festgesetzte Grenze von 50 Zimmern knapp übersteigt

(Siegfried Friese, SPD: Es sind nur zwölf Prozent.)

und seinen Gästen 51 Zimmer mit TV anbietet,

(Rainer Prachtl, CDU: Hören Sie sich das Beispiel doch mal an, es ist schlimm genug!)

hat bisher folgende Zahlungen zu leisten: 51 Zimmer à 8 Euro im Monat sind knappe 5.000 Euro an Rundfunkgebühren mehr. Die Erhöhung ab kommendem Jahr bedeutet nun eine Erhöhung dieser Summe auf 7.344 Euro, eine durchaus stattliche Summe, wie ich meine. Unterstellt

man, dass der Hotelier unseres Beispiels seine Zimmer im Schnitt für 75 Euro pro Nacht anbietet und dabei 25 Euro pro Zimmer und Nacht verdient – Herr Ebnet, Sie werden mir zustimmen, das ist eine sehr hohe Rate, eher sind das 10 oder 12 Euro –, dann bedeutet das für seine betriebswirtschaftliche Kalkulation, dass er, um die Mehrbelastung von circa 2.500 Euro durch die Gebührenerhöhung auszugleichen, pro Jahr 98 Übernachtungen mehr verkaufen muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man nun als Rechenbeispiel beliebig weiterführen. Ein Hotel mit 100 Zimmern hätte eine Mehrbelastung von 4.800 Euro. Und das wären – ich nehme mal eine andere Rate, bei nur einem Rohertrag pro Übernachtung von 15 Euro – 320 Übernachtungen mehr im Jahr, um das zu kompensieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Friese, und wenn Sie nun dazwischenrufen, das sind nur zwölf Prozent, das sind aber zwölf Prozent und was Sie möglicherweise nicht gesagt haben, ist, wie viel Zimmer, wie viel Betten, wie viel Übernachtungen und wie viel Arbeitsplätze dahinter stehen, denn eins ist doch wohl klar, dass insbesondere die Hotels mit mehr Zimmern im hochpreisigen Niveau angesiedelt sind und dann letztlich auch die Arbeitsplatzbindung viel höher ist.

Bildlich gesprochen müsste ausgehend vom ersten Beispiel das Hotel zwei volle Tage im Jahr zusätzlich ausgelastet sein. Dann erst kann es seine Mehrkosten durch die Erhöhung der Rundfunkgebühren kompensieren. Ich glaube, dieses Beispiel macht sehr plastisch deutlich, dass die Erhöhung der Rundfunkgebühren mitnichten betriebswirtschaftlich zu vernachlässigen ist. Sie stellen einen durchaus nennenswerten Kostenfaktor dar, der die Wirtschaftlichkeit der Häuser belastet. Und gerade für viele Hotelbetriebe in unserem Land – das zeigen die Diskussionen in Folge des verregneten Sommers – ist die wirtschaftliche Decke keineswegs üppig. Kostensteigerungen ohne Gegenwert können nicht en passant toleriert werden.

Meine Damen und Herren, mit der Entscheidung der Ministerpräsidenten wurde eine Möglichkeit vertan, Belastungen von der Hotellerie des Landes abzuwenden, die unnötig und auch medienpolitisch nicht begründbar sind. Gleichwohl haben die Ministerpräsidenten entschieden. Die neue Regelung zu den Rundfunkgebühren belastet mit der Hotellerie einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor des Landes. Intention des Antrages meiner Fraktion war es, diese Belastung zu vermeiden. Das ist nicht gelungen. Wir werden uns dann umfassend bei der Debatte zur Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages über die Gesamthematik unterhalten können. Wir bedauern dies und da letztendlich, und das ist bei Staatsverträgen so, im Nachhinein nichts zu ändern ist, man kann nur Ja oder Nein sagen, ziehen wir unseren Antrag zurück. – Herzlichen Dank.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU –
Siegfried Friese, SPD: Oh, Herr Rehberg,
ich wollte auch noch reden.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Rehberg.

Damit ist der Antrag auf Drucksache 4/1365 vom Antragsteller zurückgezogen worden und wir können diesen Tagesordnungspunkt verlassen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Grundsätze künftiger Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raumes, auf Drucksache 4/1358. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1384 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Grundsätze künftiger Förderung zur
Entwicklung des ländlichen Raumes
– Drucksache 4/1358 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1384 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Monegel von der Fraktion der SPD.

Hannelore Monegel, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wer von Ihnen die Gelegenheit genutzt hat, im September zur MeLa zu fahren, konnte sich von den enormen Fortschritten im ländlichen Raum überzeugen, besonders in seinen charakteristischen Teilbereichen Landwirtschaft, Verarbeitungswirtschaft, Marketing, Tourismus, Dorferneuerung und Flurneuordnung. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber ich denke, uns, also mich hat es auf jeden Fall mit Stolz erfüllt zu sehen, was unsere Menschen in dieser Zeit, in diesen 14 Jahren geschaffen und erreicht haben, und nicht zu vergessen, mit welchen Mitteln.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Seit 2002 bis 2006 fließen Fördermittel in Höhe von 28 Millionen Euro in Projekte, die der weiteren Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum dienen. Die Fördermittel werden zu 75 Prozent aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds aufgebracht und zu 25 Prozent durch das Land und die Regionen. Aber bei allen Erfolgen, die wir aufzuweisen haben, gibt es noch viel zu tun. Ich denke, auch darin sind wir uns einig.

Eine Frage ist, wie es mit der Förderung nach 2006 weitergehen wird. Die finanziellen Mittel für Europas Landwirtschaft sind jetzt bis zum Jahre 2013 gesichert. Offen ist jedoch, welche Summen für die so genannte zweite Säule, die Entwicklung des ländlichen Raumes, bereitgestellt werden. Das ist auch Kernpunkt unseres Antrages, mit dem wir Ihnen auf Drucksache 4/1358 einen Antrag vorgelegt haben.

Wir fordern hier in diesem Antrag die Landesregierung auf, ihre Strategie für den ländlichen Raum festzulegen und den Landtag darüber zu unterrichten. Intention für die Punkte 1 und 2 bildet der „Vorschlag“ der Europäischen Kommission vom 14. Juli dieses Jahres, ich zitiere, „für eine Verordnung des ... Rates mit allgemeinen Bestimmungen für den EFRE, ESF und den Kohäsionsfonds“, und das für den Zeitraum von 2007 bis 2013. In Ziffer 3 dieses Antrages geht es darum, die Landesregierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Beibehaltung der Gemeinschaftsaufgabe zu fordern und einzufordern, falls das keine Mehrheit findet, einen ähnlichen Fonds aufzulegen oder eine ähnliche finanzielle Unterstützung, die eine Kofinanzierung möglich macht.

Sie wissen selbst und es war auch schon Thema in der gestrigen Debatte, dass verschiedene unionsgeführte Länder der Meinung sind, dass sich die im Grundgesetz fixierte Gemeinschaftsaufgabe, und zwar im Artikel 91 a Ziffer 3, überlebt hätte und zu ersetzen sei. Sollte dieses

Förderinstrument im Zuge einer Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung entfallen, bedarf es eines vergleichbaren, also adäquaten Finanzierungsinstrumentes.

Im Rahmen der neuen regionalen Programme, die vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert werden, schlägt die Kommission eine strikte Konzentration der Fördermittel für den ländlichen Raum in der Union vor. Die Umsetzung der Politik für den ländlichen Raum soll ab 2007 in einen strategischen Gesamtrahmen eingebunden werden. Dazu sind in den Ländern der EU und deren Regionen rechtzeitige Planungen vorzunehmen. Die Kommission plant außerdem, die Maßnahmen des europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds der Landwirtschaft in einem Landwirtschaftsfonds für den ländlichen Raum zu bündeln. Das Instrument der Flurneuordnung findet sich darin nicht wieder. Das ist für uns auch Anhaltspunkt, hier aufmerksam zu werden, denn wir wissen selbst, es ist schon viel getan im Rahmen der Flurneuordnung in unserem Land, aber wir wissen auch, dass längst nicht alle Flächen so bewirtschaftet werden können, da es Klärungs-, Vermessungs- und Neuordnungsbedarf noch gibt.

Aufbauend auf die vom Rat der EU zu beschließenden strategischen Leitlinien für die Gemeinschaft der EU-Länder haben die Mitgliedsstaaten ihren nationalen Strategieplan aufzustellen. Dieser bedingt die Koordination zwischen gemeinschaftlichen und nationalen Prioritäten. Die Landesregierung ist daher gefordert, rechtzeitig und vorausschauend die entsprechenden Vorarbeiten zu leisten und dem Parlament ihre Überlegungen für die weitere Gestaltung eines nationalen Strategierahmens vorzutragen. Deswegen bitten wir, den vorliegenden Antrag zu unterstützen.

Nun haben wir heute Morgen auf unserem Platz einen Änderungsantrag der CDU vorgefunden, zu dem ich Stellung nehmen möchte. Hier fordert die CDU im Punkt 1, einen terminlichen Rahmen bis zum 15. Dezember 2004 zu setzen. Und ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU, sich das noch einmal zu überlegen. Wir sprechen hier von einem Entwurf der Europäischen Kommission. Es ist damit zu rechnen, dass die Kommission erst Mitte des nächsten Jahres tatsächlich diese Leitlinien verabschiedet, und nun von der Landesregierung zu fordern, dass sie bis zum 15. Dezember 2004 ihr Konzept schon fertig hat, denke ich, entbehrt jeder Logik.

Im Punkt 2 wären die Wörter „bei der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und“ vor den Wörtern „im Bundesrat“ einzusetzen. Dem würde ich zustimmen und ich bitte darum, unseren Antrag in Punkt 2 dann zu erweitern, und beantrage damit, unseren Antrag auch zu ändern.

Unter Punkt 3 wird verlangt, das finde ich schon bedeutsam – ich weiß nicht, wie ich diese Realitätsnähe beschreiben soll, Frau Holznagel –, die Gemeinschaftsaufgabe mit der bisherigen Finanzausstattung beizubehalten. Sie kennen unsere aktuellen Diskussionen um Haushalte und nicht umsonst wird ja von vorrangig, ich betonte es schon, unionsgeführten Ländern verlangt, dass wir die Gemeinschaftsaufgabe beenden. Das bedeutet natürlich auch, dass wir um adäquate Mittel streiten müssen. Aber ob wir den Finanzrahmen erreichen werden, sicherlich ist es ein gutes Ziel, das jetzt schon festzuschreiben, halte ich für vermessen und nicht sehr realitätsnah. Deswegen lehne ich diesen dritten Punkt namens meiner Fraktion ab.

Ich fasse noch einmal zusammen: Unseren Antrag verändern wir im Punkt 2 und ich hoffe, dass auch Sie von der CDU unserem geänderten Antrag zustimmen können. Die Punkte 1 und 3 lehne ich aber ab. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Alexa Wien, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Monegel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten je Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Landwirtschaftsminister Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Frau Monegel, ich bin sehr dankbar dafür, dass wir diesen Antrag heute auf der Tagesordnung haben, zeigt er doch, dass die Entwicklung der ländlichen Räume uns allen am Herzen liegt. Und wenn Sie auf die MeLa eingegangen sind, ich darf auch unser wunderschönes Landeserntedankfest noch einmal nennen oder den Tag der offenen Höfe, dann haben wir, ich habe es mal hochgerechnet, mit diesen Veranstaltungen weit über 200.000 Menschen für die Landwirtschaft, für die ländlichen Räume interessieren können. Ich kann es immer nur wieder sagen, dort, wo dörfliche Infrastrukturen in Ordnung sind, ist das auch eine Erfolgsstory in unserem Lande.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In dem Zusammenhang ist es richtig und auch notwendig, dass wir uns über die weiteren Vorhaben der Europäischen Union zur Förderung der ländlichen Räume unterhalten. Wir wissen alle, wir sind heute in einer schnelllebigen Zeit. Vielmehr möchte ich aber deutlich machen, dass die notwendigen Veränderungen in diesem Lande natürlich auch mit der Strukturförderung zusammenhängen und damit mit einer strategischen Ausrichtung versehen werden. Das gilt insbesondere für die Entwicklung der ländlichen Räume, wo man sich inzwischen daran gewöhnt hat, mit schöner Regelmäßigkeit von strukturellen Schwächen zu reden. Das ist nach wie vor leider so, da beißt die Maus keinen Faden ab. Wenn man sich in diesen Tagen einmal überlegt, ich habe das eben schon angedeutet, wie sich die ländlichen Räume, unsere Dörfer entwickelt haben, der eine oder andere Bürgermeister oder Gemeindevertreter sitzt hier unter uns im Parlament, wenn man sich zurückbesinnt an die Zeit vor 15 Jahren, was doch in dieser relativ kurzen Zeit in unseren Dörfern entstanden ist, dann blicke ich jedenfalls mit einem gewissen Stolz darauf, was die Menschen im ländlichen Raum geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, wer heute mit offenem Blick über das Land fährt und sich die Situation von vor 1998 noch einmal vergegenwärtigt, der erkennt eben, dass unheimlich viel passiert ist. Wir dürfen deshalb, aus meiner Sicht jedenfalls, nicht zulassen, dass in Deutschland im Allgemeinen und in den neuen Bundesländern im Besonderen vieles nur allzu oft klein- oder schlechtgeredet wird. Gerade deshalb müssen wir gemeinsam verhindern, dass ein erfolgreicher Prozess – und damit bin ich jetzt konkret natürlich bei der zu-

künftigen Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume – gestört oder diese Entwicklung abgewürgt wird, denn derselbe offene Blick zeigt, dass die überwiegend erfolgreichen strukturellen Veränderungen in unseren Landwirtschaftsbetrieben und in unseren Dörfern, die nötigen Veränderungen größere Zeiträume einfach in Beschlag nehmen. Wir sollten da über Legislaturperioden hinweg denken. Auch das ist, glaube ich, eine wichtige Angelegenheit, aber hier Kontinuität zu bewahren, ist gerade für unser Bundesland von entscheidender Bedeutung.

Wenn wir die Strukturschwäche tatsächlich ernsthaft und langfristig überwinden wollen, sind bestimmte infrastrukturelle Investitionen nur ein, aber ein ganz wichtiges Mittel zum Zweck. Das eigentliche Ziel besteht doch darin, dass wir einer an die besonderen Vorzüge und Voraussetzungen unserer Regionen angepasste Wirtschaft etablieren, erhalten und mit dem Aufschwung tatsächlich irgendwann auch zu einem selbsttragenden Prozess auch innerhalb der ländlichen Räume kommen. Dabei ist natürlich von größter Bedeutung, dass Veränderungen innerhalb der Förderstruktur, egal ob sie aus finanziellen Gründen oder auch aus übergeordneten politischen Erwägungen vorgenommen werden müssen, keine Brüche der Entwicklung der Regionen zur Folge haben. Das halte ich nach wie vor auch für erwähnenswert. Ich sage deshalb, weil wir mit dem Übergang in die Förderperiode 2007 bis 2013 eine derartige grundlegende Veränderung der Förderlandschaft zu erwarten haben, müssen wir heute die Weichen in die richtige Richtung stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können und dürfen wertvolle Zeit nicht verstreichen lassen. Wir sind uns im Übrigen mit den Stimmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit den Agrarministern der Länder gerade in der letzten Woche auf der Burg Warberg bereits einig geworden, dass wir in den Beratungen zum Verordnungsentwurf, der mittlerweile vorliegt, bei der Europäischen Union dringend Veränderungen herbeiführen müssen. Hier ist eben schon von der Flurneuordnung geredet worden, aber auch die Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, dort, wo es sinnvoll ist, im ländlichen Raum zu entwickeln, das halten wir für richtig. Die Länder haben klare Forderungen an die Kommission herangetragen.

Damit Sie wissen, wo die Knackpunkte des Entwurfes der europäischen Verordnung liegen, möchte ich Ihnen einige Grundsätze und die inhaltlichen Schwerpunkte noch einmal benennen: Die Grundidee der Kommission, ab 2007 einen unabhängigen und einheitlichen Fonds zur Entwicklung der ländlichen Räume zu entwickeln, halte ich grundsätzlich für absolut richtig, denn wir können damit natürlich den Gesamtkomplex ländlicher Raum tatsächlich deutlicher als bisher untersetzen. Aber, und das Aber muss man hier mit bedenken, es wird weiterhin den EFRE oder den ESF geben, der damit auch diese Politikfelder mit umsetzen wird. Im Übrigen fällt auf, dass die Förderungen gegenüber vorherigen Programmperioden deutlich an strategischem Profil gewinnen werden. Das drückt die klare Zielrichtung aus und die will ich auch ausdrücklich benennen:

1. die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei durch Förderung und Umstrukturierung
2. die Verbesserung der Umwelt und der ländlichen Lebensbedingungen sowie die Förderung des Landmanagements

3. die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft

Ich glaube, mit diesen drei wesentlichen Schwerpunkten können wir uns hoffentlich parteiübergreifend identifizieren. Das heißt, wir werden eingebettet in dieses strategische Leitbild dann in der Zukunft ein so genanntes dreistufiges Handlungssystem erarbeiten müssen. Die erste Stufe beziehungsweise Ebene beinhaltet strategische Leitlinien der Europäischen Gemeinschaft, die in Kürze jetzt endgültig vorgelegt werden. In einer zweiten Stufe sollen diese Leitlinien mit nationalen Strategieplänen untersetzt werden. Das heißt, auf Bundesebene werden wir einen Strategieplan zu erarbeiten haben, wie man sich die Zukunft der ländlichen Räume vorstellt oder auch entwickeln möchte. Drittens wird das seinen Niederschlag darin haben, dass wir so genannte Entwicklungsprogramme für die jeweiligen ländlichen Regionen zu erarbeiten haben.

Wenn Sie sich das noch einmal auf der Zunge zergehen lassen, welches komplizierte Verfahren hier jetzt angeschoben wird, dann sehe ich natürlich auch die bürokratischen Aufwendungen deutlich erhöht. Ich glaube, hier müssen wir gemeinsam eine Aufwertung der Subsidiarität, das heißt also die höhere Selbständigkeit in den Regionen durchsetzen. Hier kann ich ebenfalls nur die Bitte an uns, an die drei Fraktionen, richten, mit unseren Europaabgeordneten jetzt im Gespräch zu bleiben, um diesen bürokratischen Aufwand hier möglichst einzudämmen.

Im Übrigen glaube ich, dass noch einmal deutlich gesagt werden muss, wir sind geradezu darauf angewiesen, dass in der Zukunft die Kofinanzierung europäischer Mittel gewährleistet wird. In diesem Zusammenhang weise ich ausdrücklich auf die Diskussion der Gemeinschaftsaufgaben hin. Ich bin der Auffassung, gerade für die neuen Bundesländer, gerade für Mecklenburg-Vorpommern ist die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz außerordentlich lebensnotwendig, um hier sinnvolle Entwicklungen anschieben zu können.

Ich möchte insofern noch einmal deutlich machen, wir werden umfassende Analysen oder Synthesen beziehungsweise Jahresberichte in der Zukunft vorlegen müssen. Und wir werden dieses natürlich mit Ihnen zu diskutieren haben. Deswegen ist es gut, dass wir diesen Prozess jetzt anschieben. Im Übrigen sind auch viele Fragestellungen, die im Zusammenhang mit dem neuen Programm deutlich werden, anlastungsgefährdet. Hier lauert die Gefahr, dass die Europäische Union kontrolliert und damit natürlich Versäumnisse und Fehler aufspüren möchte, um damit Mittel aus den Regionen abzuziehen. Das heißt, ich gehe davon aus, dass wir unterschiedliche Entwicklungen nach wie vor in Europa zulassen wollen und müssen. Es gibt eben naturgemäß große Unterschiede zwischen Andalusien und Norwegen oder auch zwischen Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Diese Beschränkung werden wir sicherlich in den Programmen weiter diskutieren müssen.

Auch aus Brüssel gibt es weitere positive Aspekte. Die Natura-2000-Förderung wird in der Zukunft über den ländlichen Raum mit zu fördern sein. Im Zuge der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie wird es Ausgleichsmöglichkeiten geben, um den Betrieben, den Einrichtungen hier zu helfen. Es wird eine Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete geben, die erhebliche finanzielle Aufwendungen nach sich ziehen und damit die gesamte Förde-

rung in diesen Gebieten weiter flexibilisieren soll. Als explizit förderfähig sind ausdrücklich noch einmal der Hochwasser- und der Küstenschutz benannt, die ländliche Bodenordnung – die haben wir im Übrigen mittlerweile wieder drin –, die Vermarktung von Qualitätsprodukten und auch die Agrarumweltmaßnahmen.

Also das sind Dinge, die wir dringend benötigen. Auf diese Forderungen ist man schon eingegangen. Das heißt, der notwendige Prozess ist jetzt avisiert. Ich darf hier noch einmal ausdrücklich um Verständnis bitten, die Kommission wird die endgültigen Verordnungsentwürfe Mitte 2005 vorlegen beziehungsweise erst in der Agrarministerkonferenz spätestens Mitte des Jahres wird es zu einer Beschlussfassung kommen. Gleichwohl muss bereits jetzt an den Vorentwürfen gearbeitet werden. Wir werden dieses mit großer Transparenz machen und werden natürlich auch die sozial Beteiligten, die Kommunen, die Landkreise und auch den Agrarausschuss an diesem Prozess beteiligen. Insofern hoffe ich, dass deutlich geworden ist, dass wir auch in der Zukunft mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und mit diesem Hohen Hause eng zusammenarbeiten wollen. Das tun wir mit dem Ziel, das neue Operationelle Programm dann Anfang 2007 vorliegen zu haben. Das ist außerordentlich wichtig für den Anlauf der neuen Programmperiode, nicht wie das beim letzten Mal passiert ist, dass wir hohen Zeitverzug hatten. Unser Ziel ist es, 2007 praktisch dieses Operationelle Programm von Brüssel bestätigt zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Vizepräsidentin Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über diesen Antrag und habe noch die gestrige Debatte ein bisschen im Hinterkopf. Deswegen kann ich doch mit diesem Antrag heute mal sehen, dass die SPD-Fraktion und hier auch die PDS-Fraktion insofern dieses Thema Landwirtschaft und die Ausrichtung der Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raumes in einem Agrarland wie Mecklenburg-Vorpommern doch künftig sehr bedeutsam findet und auch das Votum eines Landtages haben will. Darüber freue ich mich besonders.

(Beifall Alexa Wien, PDS)

Ich hätte mir das gestern auch gewünscht. Das möchte ich noch einmal sagen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das lag aber nicht am Minister. Der war da durchaus zugänglich.)

Man merkt auch an diesem Antrag sehr deutlich, dass der Minister beziehungsweise das Ministerium doch hier sehr viel Einfluss und Zuarbeit geleistet hat, so dass ich denke, dass es wichtig ist, dies auch im Landtag zu debattieren.

(Alexa Wien, PDS: Den konnten wir schon alleine formulieren.)

Ich glaube schon, bei solch einem komplizierten Thema wie diesem ist es wichtig, die Fachleute zu hören, und dass es insofern auch gut ist, wenn Fachleute hier sich mit einbringen, die in einem Ministerium tätig sind.

Zum einen ist mit unserem Änderungsantrag deutlich geworden, dass wir es etwas konkreter haben wollten. Mit dem Termin ist es schwierig, das weiß ich. Aber mir ging es darum, mit dieser Terminsetzung darauf aufmerksam zu machen, dass im Vorfeld schon der Landtag informiert wird. Aber, Frau Monegel, auch in dieser Hinsicht können wir sehr flexibel sein und ich würde unseren Änderungsantrag insofern noch einmal ändern, dass wir den Termin dann konkret verschieben auf den 30. oder 31.10.2005.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut, sehr gut. –
Zuruf von Alexa Wien, PDS)

Zur Finanzierung und zum Punkt 3 unseres Änderungsantrages möchte ich das nur noch einmal erläutern. Es geht nämlich darum, diese Finanzierungsmodelle beizubehalten. Und, meine Damen und Herren, es ist auch sehr wichtig, es ist hier schon eine degressive Finanzierung vorgesehen. Vielleicht könnten Sie sich auch noch zu dem Punkt 3 entschließen, dem zuzustimmen, ansonsten würde ich vorschlagen, unseren Änderungsantrag dann punktwiese abzustimmen.

(Reinhard Dankert, SPD: Das können wir.)

Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, Frau Monegel, die degressive Finanzierung ist jetzt schon vorgesehen. Also das noch einmal zur Untersetzung, denn ohne Finanzierung und auch ohne Finanzierungsrichtlinien nützt uns GAK gar nichts.

(Alexa Wien, PDS: Genau.)

Deswegen hier die Konkretisierung.

Ich bin mit Ihnen völlig einig und sage Ihnen das ganz deutlich, ich habe auch im Moment die Bedenken, dass die Landesregierung eben zurzeit noch gar nicht der Lage ist, die Grundsätze künftiger Förderschwerpunkte festzulegen. Und es bleibt hier zu hinterfragen, weil da viele Probleme, von der EU angefangen bis hin zum Bund und im Land, noch zu klären sind. Aber nichtsdestotrotz müssen wir uns als Parlament schon heute Gedanken machen, wie die Mittel des Europäischen Strukturfonds, sprich des Europäischen Landwirtschaftsfonds, für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt werden sollen. Gerade das ist besonders wichtig für unser Land.

Eine grundlegende Rolle wird hierbei die Kofinanzierung durch die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes spielen. Leider mussten wir in den zurückliegenden Haushaltsberatungen wiederholt feststellen, dass die Landesregierung die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe immer weniger sicherstellen kann. Gleichzeitig wurden die Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe seitens der Bundesregierung auch gekürzt. So ist es nur folgerichtig, dass nun seitens der Bundesregierung über das Aufgeben der GAK nachgedacht wird. Ich denke, hier müssen wir uns einbringen. Mit dieser Thematik werden wir uns aber auch noch im Rahmen der Debatte zum Haushaltsbegleitgesetz auseinander setzen müssen. Ich denke, hier sollten wir ein Bekenntnis abgeben.

Meine Damen und Herren, der neue Finanzrahmen soll nach Ansicht der Europäischen Kommission einen Siebenjahreszeitraum von 2007 bis 2013 abdecken. Er soll als Grundlage für das so genannte Phasing-in, also die Integration der neuen Mitgliedsstaaten dienen. Dass hier darüber nachgedacht werden muss, ist uns klar. Aber wir müssen uns hier auch wirklich einbringen.

Die EU-Kommission hat einen ersten Entwurf für den Haushaltsplan 2007 bis 2013 veröffentlicht. Das wissen wir. Die Beiträge der Mitgliedsländer sollen von derzeit 1,0 Prozent auf 1,14 Prozent des Bruttonationalproduktes angehoben werden. Gerade hier gibt es erhebliche Bedenken der Bundesregierung. Dies ist vor dem Hintergrund, dass Deutschland schon heute der stärkste Nettozahler innerhalb der Europäischen Union ist, auch verständlich. Ein weiterer Ausbau der Nettozahlerposition ist in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation in Deutschland nicht zu vermitteln und kaum zu verkraften, meine Damen und Herren. Aus diesem Grund sieht die Europäische Kommission eine Neugewichtung der einzelnen Fördertöpfe mit neuen Prioritäten vor. Das ist uns gemeinsam klar.

Ich denke, wir sollten aber auch Hoffnung auf die Arbeit und den Schwung der neuen Kommissare setzen, denn das spielt auch in dieser Hinsicht eine Rolle. Ich glaube, es ist sehr wichtig, hier sehr frühzeitig in Kontakt zu treten.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ein bedeutender Anteil der EU-Mittel soll auf Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Beschäftigung und Europa als globaler Partner konzentriert werden.

Für den Bereich nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen beträgt der Finanzrahmen im Jahr 2006 rund 56 Milliarden Euro und wird durch den Inflationsausgleich auf 57,805 Milliarden Euro im Jahr 2013 erhöht. Im neuen Finanzrahmen schlägt die Europäische Kommission unter anderem als eine von fünf Hauptausgabenkriterien die nachhaltige Bewirtschaftung und den Schutz der natürlichen Ressourcen vor. Zusätzlich zu den Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik und die gemeinsame Fischereipolitik werden auch die Ausgaben – Sie sagten es und ich will es auch noch einmal unterstreichen – für die Umwelt unter dieser Rubrik erfasst.

Allein diese Tatsache, meine Damen und Herren, macht deutlich, dass in Zukunft zur Entwicklung und Förderung des ländlichen Raumes auch die Umsetzung, zum Beispiel von Umweltprogrammen, sprich Natura 2000, zählt. Hier kann ich eben auch nur das, was Sie berichtet haben über die Flurneuordnung, teilen, denn ich sehe es auch als sehr wichtig an, dieses zu erhalten.

Nach Aussagen der Europäischen Kommission wird sich die Politik im ländlichen Raum ab dem Jahr 2006 auf drei Hauptziele konzentrieren:

1. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors durch Förderung des Strukturwandels
2. Schutz von Umwelt und Landwirtschaft durch Unterstützung der Landbewirtschaftung einschließlich Kofinanzierung von Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung im Zusammenhang mit Natura 2000
3. Steigerung der Lebensqualität in ländlichen Gebieten und Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung für gezielte Maßnahmen im Agrarsektor und anderen Akteuren im ländlichen Raum

Schon heute hat Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Bundesländern, aber auch anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durchaus wettbewerbsfähige Agrarstrukturen, so dass das ein sensibles Thema werden wird. Dennoch dürfen diese wie mit dem vorliegenden Haushaltsbegleitgesetz und der darin beabsichtigten Degression im Bereich zum Beispiel des Agrardiesels nicht benachteiligt werden.

Ich möchte wirklich noch einmal darauf hinweisen, wie brisant dieses Thema ist. Der Schutz von Umwelt und Landwirtschaft durch Unterstützung der Landbewirtschaftung, einschließlich Kofinanzierung von Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung im Zusammenhang mit Natura 2000, ist in Mecklenburg-Vorpommern unerlässlich. Das muss ich natürlich betonen, aber die Mittel sind auch dafür bereit-zustellen. Wir wissen, wie viel Mittel wir mal angesetzt hatten durch den Umweltminister zur FFH-Monitoringbearbeitung, auch zu Vogelschutzgebieten. Und wir wissen, dass wir auch in den Haushaltsvorgaben dort kaum Mittel eingestellt haben. Wir wissen auch, meine Damen und Herren, dass über die Ausgleichsentschädigung, die dann Landwirte erhalten sollten, keine Titel vorgesehen sind und noch nichts untersetzt ist. Das führt natürlich zu weniger Akzeptanz dieser Programme. Deswegen ist es so wichtig, darüber zu reden.

Meine Damen und Herren, die EU-Agrarreform soll einen stabilen Rahmen für den Sektor Landwirtschaft bis zum Jahr 2013 schaffen. Das muss man wirklich im Zusammenhang sehen. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik wurde diese Reform seitens der Bundesrepublik Deutschland bereits umgesetzt. Gerade im Interesse der deutschen Landwirtschaft und auch im Interesse der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns sollte künftig jegliche Diskussion über das Auf-schnüren des Agraretats vermieden werden. Schon heute weist der Agraretat und somit die Voraussetzung für die künftige Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raumes eine Vielzahl von Risiken auf. So steht bis heute nicht fest, ob eine Steigerung der Beiträge der europäischen Mitgliedsstaaten von derzeit 1,06 des Bruttonationalproduktes zum Tragen kommt und somit der Finanzbedarf der Europäischen Kommission gedeckt werden kann.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, gibt es hinsichtlich der Finanzierung der künftigen Agrarpolitik eine Vielzahl von Risiken. Deswegen ist es sehr notwendig, darüber zu beraten. Zum Schluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass das auch noch ein Thema der Föderalismuskommission sein wird, in die wir unsere Gedanken einbringen sollten. Ich bitte, den Änderungsantrag doch punktweise abzustimmen, und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Holznagel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wien von der PDS-Fraktion.

(Reinhard Dankert, SPD: Es ist alles schon gesagt worden.)

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nein, heute ist noch nicht alles gesagt.

(Heiterkeit bei Hannelore Monegel, SPD)

Ich bin nämlich immer etwas entnervt, wenn es um den ländlichen Raum geht. Und wer tragt dann hier an? Der Landwirtschaftsminister und die agrarpolitischen Sprecher!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja auch gut.)

Es gibt aber ernstzunehmende Definitionen, dass der ländliche Raum zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern insgesamt ist mit einer Ausnahme, und das ist Rostock.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Wenn wir uns das einmal auf der Zunge zergehen lassen, dann wissen wir, dass der ländliche Raum doch ein bisschen mehr ist als die grüne Wiese und die Kuh darauf.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Der tragt aber nicht nur, der kommt auch im Galopp daher. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

In diesem Zusammenhang bin ich natürlich auch sehr froh, dass die CDU jetzt einlenkt und sagt, das Konzept kann bis zum 30.10.2005 erstellt werden, erstens weil vorher gar nicht die Vorgaben der Kommission, die natürlich auch sehr wichtig sind für dieses Thema, fertig sind und zum anderen nämlich jetzt an dieser Stelle genau, Frau Holznagel, die Fachleute ran müssen, weil es geht ja nicht nur den Landwirtschaftsminister etwas an. Denn gibt es Schule im ländlichen Raum? Ja. Gibt es Kindergärten im ländlichen Raum? Ja.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Noch! Noch!)

Gibt es eine Exekutive und eine Legislative im ländlichen Raum? Ja. Es gibt Polizei im ländlichen Raum, es gibt Umweltschutz im ländlichen Raum, Straßen, Wege.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Noch!)

Es gibt eine medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Auch wenn wir sagen, nicht nur Rostock ...

(Holger Friedrich, SPD: Und Tourismus! – Torsten Koplin, PDS: Ja, auch Tourismus.)

Auch Tourismus gibt es im ländlichen Raum.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS – Minister Dr. Till Backhaus: Pferde gibt es auch.)

Also ist es nicht nur eine Angelegenheit des Landwirtschaftsministers.

(Minister Dr. Till Backhaus: Pferde gibt es auch.)

Aber es gibt natürlich auch Landwirtschaft im ländlichen Raum,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Glocke der Präsidentin)

und nicht zu wenig.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete, wenn ich läute, haben Sie die Rede zu unterbrechen!

Ich mache alle Abgeordneten des Hauses und natürlich auch die Vertreter hier vorne darauf aufmerksam, die Geschäftsordnung bitte einzuhalten.

Alexa Wien, PDS: Es wird natürlich auch im Moment darüber geredet, das ist jetzt in den Anfängen, eine Neuordnung im ländlichen Raum vorzunehmen, was zur Folge haben wird, dass etliche Unterzentren wegfallen sollen. Was passiert denn da? Genau diese Sachen müssen natürlich alle in dieses Konzept hinein. Insofern müssen jetzt an dieser Stelle die Fachleute wirklich einsteigen, Frau Holznagel. Da muss ich Ihnen auch Recht geben. Wir können das nicht auf den Schultern des Landwirtschaftsministers lassen. Darum haben wir den Antrag auch so gestellt, dass wir gesagt haben, die Regierung und nicht allein das Landwirtschaftsministerium macht hier dieses Konzept.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe gerade den Bildungsminister im Auge.)

Denn wir werden uns mit der Neuausrichtung der Förderung im Landwirtschaftsbereich auf völlig neue Gegebenheiten einstellen müssen. Ich möchte als Stichwort sagen, der Bauer, der Landwirt wird jetzt auch zum Energiewirt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. Davon können Sie sich im Wirtschaftsausschuss überzeugen.)

Wird sich unsere Fläche verändern? Es werden hier Naturschützer und Energiewirte zum Beispiel sicherlich miteinander reden und einen Konsens finden müssen. Denn teilweise wird sicherlich auch eine Fläche bewaldet werden in Zukunft,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

weil zum Beispiel auf Gebieten mit minderen Bodenwertzahlen natürlich langfristig auch Wald entstehen muss, der wiederum für die Energiegewinnung dann wichtig ist.

Das sind doch alles Sachen neben den Schulen, neben dem Tourismus und neben allem, was ich noch angesprochen habe, dass man hier sagen kann, es ist nicht nur ein landwirtschaftliches Thema. In diesem Sinne können wir natürlich auch erstens mitgehen mit Ihrer Veränderung, mit Ihrem Punkt 1. Der 30.10.2005 erscheint uns als recht angemessene Zeit, um so ein großes Konzept letztendlich zu erstellen, wo wirklich alle ihre Hausaufgaben dann zu machen haben. Punkt 2, das haben wir schon gesagt, ist nicht das Problem. Beim Punkt 3 haben wir natürlich Schwierigkeiten, Frau Holznagel, weil das eine Sache ist, die liegt nicht nur an uns. Und ob wir das beschließen, das ist sehr unwesentlich. Wir sind nun doch nicht so ganz der liebe Gott in Mecklenburg-Vorpommern, auch das Parlament hier nicht.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Ja, richtig, aber es wird so genau nicht bleiben. Das ist das Problem.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

In diesem Sinne beende ich hier meine Rede und fordere wirklich noch einmal alle Aktiven auf, wirklich aktiv zu werden, und bitte auch, dass die gesamte Landesregierung sich zu diesem Thema angesprochen fühlt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Wien.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1384 abstimmen. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die einzelnen Ziffern des Änderungsantrages gesondert abzustimmen.

Zu Ziffer 1 des Änderungsantrages liegt Ihnen ein mündlich vorgetragener Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor, das Datum auf den 31.10.2005 zu ändern. Ich lasse jetzt über diesen mündlich vorgetragenen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem mündlich vorgetragenen Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist diesem mündlich vorgetragenen Änderungsantrag einstimmig gefolgt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Ziffer 1 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1384. Wer der Ziffer 1 des Änderungsantrages in geänderter Fassung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Ziffer 1 des CDU-Änderungsantrages in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Ziffer 2 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1384. Wer der Ziffer 2 des Änderungsantrages der CDU zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch die Ziffer 2 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1384 einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Ziffer 3 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1384. Wer der Ziffer 3 des Änderungsantrages zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 3 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1384 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen von SPD und PDS abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1358 mit den soeben beschlossenen Änderungen. Ich bitte um ein Handzeichen, wenn Sie mit diesem geänderten Antrag einverstanden sind. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1358 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten jetzt wie verabredet in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13 Uhr fortgesetzt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 11.58 Uhr

Wiederbeginn: 13.05 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Situation und Perspektiven der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund des derzeitigen Fusionsprozesses zur Landesversicherungsanstalt Nord, Drucksache 4/1362.

Antrag der Fraktion der CDU:
Situation und Perspektiven der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund des derzeitigen Fusionsprozesses zur Landesversicherungsanstalt Nord – Drucksache 4/1362 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Montag, dem 11. Okto-

ber 2004, hat die Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommern einstimmig für eine Fusion mit der Landesversicherungsanstalt Hamburg und Schleswig-Holstein votiert. Bereits am 1. Oktober 2004 haben die Vertreterversammlungen der LVA Hamburg und Schleswig-Holstein sich für den Fusionsvertrag ausgesprochen. Damit ist die Fusion der drei norddeutschen Landesversicherungsanstalten auf der Ebene der Selbstverwaltung beschlossene Sache. Lediglich die Genehmigungen durch die Landesregierungen beziehungsweise der zuständigen Fachminister stehen jetzt noch aus. Von Hamburg und Schleswig-Holstein wurde bereits im Rahmen der intensiven ministeriellen Begleitung des Fusionsprozesses frühzeitig Zustimmung signalisiert. Die Genehmigung ist somit jetzt nur noch eine reine Formsache.

Anders hingegen stellt sich die Situation in Mecklenburg-Vorpommern dar. Hier wurden lange Zeit die Fusionsverhandlungen durch die Exekutive nicht zur Kenntnis genommen, hat sich die Landesregierung beziehungsweise das zuständige Ministerium in keinsten Weise eingebracht. Ich muss mich da korrigieren, seit dem 12. Oktober hat das Kabinett die Ministerin aufgefordert, diesem Fusionsvertrag zuzustimmen. Aber, wie gesagt, sie behält sich das Vetorecht noch vor. Dabei hatte gerade Mecklenburg-Vorpommern die Idee einer Fusion maßgeblich entwickelt und so den Stein ins Rollen gebracht. Doch leider wurde dann die Sache von Seiten des Ministeriums aus den Augen verloren.

(Torsten Koplin, PDS: Herr Schubert, Sie sind schlecht informiert.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, ...

(Rudolf Borchert, SPD: Aber Herr Glawe war immer besser informiert, würde ich sagen.)

Die Informationen haben wir uns geholt und ich denke, wir können sie dann nachher in der Diskussion auch noch an einigen Punkten belegen.

(Torsten Koplin, PDS: Sie stellen Fragen im Antrag und haben schon die Antwort.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, Herr Koplin, dass es grundsätzlich nicht falsch ist, wenn sich die Politik nicht überall einmisch

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und der Selbstverwaltung der Sozialversicherung einen weitgehenden Verhandlungsspielraum einräumt. Was ich jedoch kritisieren muss, ist das nachträgliche Agieren der Ministerin. Frau Dr. Linke kann nicht einerseits die Verhandlungen ohne irgendeine Beteiligung beziehungsweise Einflussnahme durch die Landesregierung laufen lassen und anschließend das zwischen allen Beteiligten ausgehandelte Ergebnis kritisieren sowie mit einer Versagung der Genehmigung, was bis heute immer noch ansteht,

(Torsten Koplin, PDS: Da müssen doch erst mal Unterlagen vorliegen. Da liegt doch noch gar nichts vor!)

also mit einem ministeriellen Veto drohen und so neue Verhandlungen einfordern. So kann man politisch nicht agieren, so macht man sich keine Freunde, Frau Ministerin. So findet man keine Partner, so stößt man nur jeden vor den Kopf. Entweder beteiligt man sich frühzeitig und

bringt als Landesregierung die Interessen des Landes in die Verhandlungen mit ein oder aber man vertraut der Selbstverwaltung, dass sie sich nicht über den Tisch ziehen lässt.

Und ich muss feststellen, dass der gefundene Kompromiss für unser Land gar nicht so schlecht ist. Im Gegenteil,

(Torsten Koplin, PDS: Hört, hört!)

er ist sehr gut, denn er bietet eine langfristige Perspektive für den Erhalt der Arbeitsplätze im Land sowie eine Perspektive für den Erhalt der Berufsausbildungsplätze in Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Zusammenhang gilt es zu betonen, dass bei der Suche nach einem Kompromiss niemals eine Seite alle ihre Maximalpositionen durchsetzen kann, vielmehr müssen sich alle Beteiligten im Rahmen des Gebens und Nehmens aufeinander zu bewegen. Nur so kann man sich schließlich in der Mitte treffen und für jeden der Verhandlungspartner ein akzeptables Ergebnis erreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Landtagsfraktion das Anliegen umfänglich unterstützt, dass der Hauptsitz einer fusionierten LVA in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg angesiedelt wird.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Gleichwohl muss dem langfristigen Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze im Land oberste Priorität eingeräumt werden. Das hatten wir bereits im Mai gesagt. Sollten daher im Rahmen der Vertragsverhandlungen nicht alle unsere Positionen durchsetzbar sein, so haben wir uns im Rahmen einer Interessenabwägung immer zuerst für den langfristigen Erhalt der Arbeitsplätze im Land ausgesprochen.

(Torsten Koplin, PDS: Was aber ist langfristig?)

Für die CDU gehen die Sicherung und der Erhalt von Arbeitsplätzen vor das Prestige des Hauptsitzes. Doch leider fand unser damaliger diesbezüglicher Änderungsantrag, der ein Ergänzungsantrag war, im Parlament nicht die notwendige Mehrheit. Sie, liebe Genossen von SPD und PDS, haben ihm die Zustimmung verweigert. Sie haben leider zum damaligen Zeitpunkt andere Prioritäten gesetzt.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ich hingegen bin der Meinung, dass das nun gefundene Verhandlungsergebnis für unser Land einen guten Weg darstellt, die Arbeitsplätze der LVA zukunftssicher zu machen. Oder welche Alternativen haben wir gehabt beziehungsweise welche Alternativen sieht die Landesregierung,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

sehen Sie, Frau Dr. Linke, als zuständige Sozialministerin? Vor diesem Hintergrund erwarte ich nun Antworten der Landesregierung. Teilweise haben Sie sie ja schon gegeben. Ich muss präzisieren, ich erwarte Antworten der Ministerin zu folgenden Punkten:

1. den derzeitigen Stand der Fusion
Den, glaube ich, kennen wir zumindest aus den Zeitungsartikeln.
2. das weitere Handeln der Ministerin in dieser Sache

3. ihre Aktivitäten und Ergebnisse zur Ansiedlung des Hauptsitzes der Landesversicherungsanstalt Nord gemäß Beschluss des Landtages vom 14. Mai 2004 zum Standort Neubrandenburg
Dazu kann sich Frau Ministerin äußern und ganz konkret sagen, welche Schritte sie unternommen hat. Wir werden das dann vielleicht hören.

4. Der Punkt 4 unseres Antrages, glaube ich, hat sich erledigt, denn der Personalrat hat sich einstimmig dazu ausgesprochen.

(Torsten Koplin, PDS: Nach der Ministerrede hat sich alles erledigt. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das hat sich noch nicht erledigt. Solange das Vetorecht der Ministerin nicht zurückgezogen wird und sie eindeutig erklärt,

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

sie erhebt kein Veto und sie möchte keinen Einspruch einlegen, wissen wir nicht, wie sie mit diesem Umstand umgehen wird, mit dem Verhandlungsergebnis.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

5. Mögliche Gespräche, bei denen sie sich dann äußern kann, sind Gespräche der Landesregierung mit weiteren Landesregierungen beziehungsweise der Landesversicherungsanstalt M-V mit Landesversicherungsanstalten weiterer Bundesländer über eine mögliche Fusion.

Kurz und knapp:

- Was haben Sie als Landesregierung wann unternommen, um den Hauptsitz nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen?
- War dies rechtzeitig oder waren nicht vielmehr die Verhandlungen zwischen den Fusionspartnern längst im Endstadium angelangt beziehungsweise zum Ende gekommen?
- Welche Alternativen sieht die Landesregierung im Falle einer Nichtgenehmigung für die LVA Mecklenburg-Vorpommern und ihre Mitarbeiter?

Das steht ja immer noch aus. Die Menschen wollen endlich Antworten auf ihre Fragen. Sie wollen nicht länger im Unklaren gelassen werden. Sie wollen Planungssicherheit, die Hängepartie muss endlich ein Ende haben.

Zusammenfassend möchte ich das Verhalten der Fraktionen von SPD und PDS, einschließlich der zuständigen Fachministerin, so umschreiben: Zuerst wollte man nach den Sternen greifen. Alles schien machbar, nichts unerreichbar. Doch jetzt ist hoffentlich endlich der Blick auf die Realität klarer geworden und die Erkenntnis gereift, dass ein Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach.

(Torsten Koplin, PDS: Sie sind aber genügsam.)

Frau Ministerin Dr. Linke hingegen ist als Tiger gesprungen und schließlich als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Angelika Peters, SPD,
Torsten Koplin, PDS, und Gerd Walther, PDS)

Ich hoffe, dass diese harte Landung nun endlich die Einsicht bringt, dass die Ministerin auf ihr Vetorecht verzichtet,

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Torsten Koplin, PDS)

um endlich Klarheit zu schaffen im Interesse der Mitarbeiter

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und PDS –
Zuruf von Karsten Neumann, PDS –
Glocke der Vizepräsidentin)

der Landesversicherungsanstalt Neubrandenburg, und sich nicht weiterhin gegen die Empfehlung des Kabinetts stellt. Ich denke, das war eigentlich eindeutig, was das Kabinett gesagt hat.

(Torsten Koplin, PDS: Immer schon.)

Und ich denke, die Ministerin wird auch dieser Empfehlung folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schubert.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist richtig, am vergangenen Montag hat die Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommern wie auch zuvor die Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalten Schleswig-Holstein und Hamburg über den Fusionsvertrag zum Zusammenschluss der drei Landesversicherungsanstalten entschieden und diesem zugestimmt.

Dieser Fusionsvertrag enthält im Wesentlichen folgende Festlegungen:

1. Der Hauptsitz der Landesversicherungsanstalt Nord wird Lübeck sein. Den Vorsitz übernimmt das Geschäftsführungsmitglied aus Hamburg.
2. Die Standorte der bisherigen Hauptverwaltungen bleiben als Sitz wesentlicher Organisationseinheiten erhalten, wobei zwei von insgesamt fünf Abteilungsleitungen, hier konkret Finanzen und Leistungen, in Neubrandenburg angesiedelt werden.
3. Die Arbeitsmengen werden künftig so verteilt, dass die prozentuale Verteilung der Arbeitsplätze auf die Standorte der drei beteiligten Länder wesentlich der Relation der Stellen der drei Landesversicherungsanstalten vor der Vereinigung der LVA entspricht. Bei der Feststellung des Personals wird das Ist vom 31.12.2004 zugrunde gelegt. Damit sind auch die 56 so genannten Kontenklärer berücksichtigt, für die wegen der Erfüllung der Sonderaufgabe Kontenklärung bisher eine Kündigung zum 31. März 2006 angekündigt war.
4. Durch die Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung, die uns ja bevorsteht, entstehen Arbeitsmengenverteilungen – 55 Prozent LVA-Versicherte, 45 Prozent BfA-Versicherte. Diese werden künftig gleichmäßig auf die drei Standorte verteilt werden.
5. Bei der Ausbildung ist die Arbeitsmarktsituation der Bundesländer auf der Grundlage der Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit, die für die einzelnen Bundesländer ins Verhältnis gesetzt wird, künftig zu berücksichtigen.

6. Bei der Belegungsplanung für Leistungen der medizinischen Rehabilitation und der Teilhabe am Arbeitsleben wird, soweit dies medizinisch und vom Umschulungsziel her vertretbar ist, der Grundsatz der wohnortnahen Rehabilitation fortgeführt.

Künftig soll die Datenverarbeitung gleichgewichtig von den Rechenzentren Laatzin und Leipzig betrieben werden. Die Bestimmungen des Fusionsvertrages können nur im Rahmen der in der Satzung ausgewiesenen besonderen qualifizierten Mehrheit von drei Viertel der Mitglieder der Vertreterversammlung verändert werden und schließlich soll die Fusion zum 1. Oktober 2005 vollzogen werden. So weit Festlegungen aus dem Fusionsvertrag.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und die Abgeordneten des Landtages – das hat Herr Schubert hier völlig zu Recht dargestellt – haben im Vorfeld der Fusionsgespräche sehr intensiv die Bedeutung des Hauptsitzes der künftigen LVA Nord mit den Beteiligten thematisiert. Es war hierbei das Anliegen, den Hauptsitz dieser großen neuen länderübergreifenden Behörde nach Neubrandenburg, in die Region der Bundesrepublik Deutschland mit einer Arbeitslosigkeit von annähernd 30 Prozent zu holen. Die Ansiedlung von Behördenzentralen oder von Hauptsitzen wirtschaftlicher Unternehmen in strukturschwachen Gebieten der neuen Bundesländer trägt zu deren Stärkung und zur eigenständigen Entwicklung bei. Wir haben diese Forderung aufgestellt, weil vom Zentrum aus Kontakte zu den Bundesbehörden geknüpft werden, weil von hier aus die langfristigen nachhaltigen Zukunftsfragen der Behörde entschieden werden. Hier werden morgen die Weichen für übermorgen gestellt.

Wir haben diese Forderung gestellt, weil bisher alle länderübergreifenden neu geschaffenen Gemeinschaftseinrichtungen ihren Hauptsitz außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns genommen haben. Es sei beispielhaft erinnert an DGB, OFD, NDR und Landesagentur für Arbeit. Die Frage nach dem Hauptsitz ist deshalb auch eine Frage nach der Gestaltung der deutschen Einheit. Es ist eine Frage nach der Verankerung der neuen Länder im Gefüge des föderalen Systems in der Bundesrepublik. Und insofern erachte ich es als problematisch, wenn bei Zusammenschlüssen von Einrichtungen des öffentlichen Rechts alter und neuer Bundesländer der Hauptsitz fast automatisch, wie die Erfahrungen zeigen, im Westen angesiedelt wird.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hatte in dieser Frage die volle Unterstützung des Landtages. In seinem Beschluss vom 14. Mai hatte der Landtag drei grundsätzliche Anliegen formuliert, zunächst einmal die Frage des Hauptsitzes. Der Landtag hatte des Weiteren empfohlen, einer Fusion nur unter der Voraussetzung des Hauptsitzes und einer gerechten Verteilung der Personalstellen und Arbeitsmengen zwischen den drei Standorten zuzustimmen, und die Landesregierung war aufgefordert worden, bei ihrer Entscheidung zur Zustimmung einer Fusion der Sicherung von Arbeitsplätzen insbesondere in den Reha-Kliniken besondere Beachtung beizumessen. In Stellungnahmen, Herr Schubert – und das bitte ich Sie jetzt ganz genau noch mal zu vergegenwärtigen –, haben der Oberbürgermeister Dr. Krüger, die Stadtvertreter von Neubrandenburg, und zwar parteiübergreifend und einstimmig, die Landräte Frau Knuth, Herr Jelen, Herr Seidel, Herr Wack, der Bäderverband M-V, der Verband der Privatkrankenhäuser sowie einzelne Reha-Kliniken des Landes dieses Anliegen der Landesregierung ebenfalls unterstützt.

Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, nun in Ihrem Antrag nach unseren Aktivitäten fragen, so kann ich Ihnen einfach mitteilen, dass seit Eintritt in die Regierung durch mich und meinen Staatssekretär, aber eben auch durch den Abteilungsleiter und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung, die Fragen der Fusion, einschließlich der Wahl des Hauptsitzes, regelmäßig mit den Vertretern der beteiligten Länder, vor allem aber mit dem Vorstand und dem Geschäftsführer der Landesversicherungsanstalt erörtert und nach Alternativen zu den am Ende von den Vertreterversammlungen getroffenen Entscheidungen gesucht wurde. Auch wurde diese Frage in einer Begleitarbeitsgruppe zur Fusion, bestehend aus Vertretern der beteiligten Aufsichten und den Geschäftsführern der drei Landesversicherungsanstalten, permanent thematisiert und die Position des Landes stets sehr klar und deutlich formuliert.

Daneben wurden unzählige Gespräche mit Landräten, Bürgermeistern, Gewerkschaftsvertretern und den Reha-Klinik-Betreibern geführt. Parallel hierzu wurden auch alternative Fusions- beziehungsweise Kooperationsmodelle mit Landesversicherungsanstalten anderer Länder und auch der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte von mir ausgelotet. So habe ich hierzu Gespräche mit der politischen Leitung des Bundesgesundheitsministeriums, dem Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt, meinem Kollegen aus Brandenburg und anderen politischen Entscheidungsträgern geführt. Im Ergebnis wurde durch die Selbstverwaltungen der drei Landesversicherungsanstalten über einen Fusionsvertrag entschieden, der im Kern die von mir eben zitierten Punkte enthält. Ein Abgleich dieses Vertrages mit dem Beschluss des Landtages, den ich ja eben auch zitiert hatte, ergibt folgendes Bild:

Erstens. In Sachen Hauptsitz wurde den Empfehlungen der Landesregierung und des Landtages nicht gefolgt. Die Vertreterversammlungen der drei LVA haben sich eindeutig auf Lübeck festgelegt.

Zweitens. Hinsichtlich der Verteilung der Personalstellen und Arbeitsmengen sind im Hinblick auf den Landtagsbeschluss folgende Ergebnisse zu verzeichnen: Der Wille der Selbstverwaltung, und zwar aller drei Selbstverwaltungen, wird darin deutlich, dass den Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch eine überproportionale Sicherung der Arbeitsplätze und aufgrund der hiesigen hohen Arbeitslosigkeit durch eine vorrangige Ausbildungsplatzvergabe an Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern Rechnung getragen wird. Die von der LVA beabsichtigten 56 Kündigungen von so genannten Kontenklärern werden im Falle der Fusion nicht ausgesprochen.

Des Weiteren profitiert Mecklenburg-Vorpommern überproportional von den Arbeitsmengenzuwächsen, die durch die bundesweite Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen, die ohne Fusion ansonsten nur Schleswig-Holstein und Hamburg zugute kämen. Zudem enthält der Fusionsvertrag nunmehr eine so genannte Vorfahrtsregelung zugunsten der Ausbildung Jugendlicher aus Mecklenburg-Vorpommern. Angesichts der hohen Arbeitslosenquote wird gewährleistet, dass eben bezogen auf die Bevölkerungsanteile mehr Auszubildende aus unserem Land aufgenommen werden. Der Fusionsvertrag bleibt allerdings in einzelnen Punkten unbestimmt und auslegungsbedürftig. Hierzu werden klärende Gespräche mit den beteiligten Aufsichten als

auch mit den Landesversicherungsanstalten zu führen sein.

In Sachen Sicherung der Arbeitsplätze in den Reha-Kliniken des Landes legt der Fusionsvertrag fest, dass bei der Belegungsplanung für Leistungen der medizinischen Rehabilitation und der Teilhabe am Arbeitsleben der Grundsatz der wohnortnahen Rehabilitation fortgeführt wird. Und auch das ist ein Ergebnis der zahlreichen Gespräche, die ich hier schon zitiert habe. Hiermit sollen die Arbeitsplätze der Reha-Kliniken, aber auch die der Träger beruflicher Bildungsmaßnahmen des Landes, weitestgehend gesichert werden. Die konsequente Haltung der Landesregierung, die Genehmigung zur Fusion nur zu erteilen, sofern die Interessen des Landes im Fusionsvertrag angemessen berücksichtigt sind, hat ihren Niederschlag in den eben genannten Festlegungen des Fusionsvertrages gefunden – es ist übrigens, Herr Schubert, ich weiß nicht, ob er noch im Raum ist, kein Veto, sondern es ist ein Gesetz, das vom Mai 2004 ist, also relativ jung, und es sieht einen Genehmigungsvorbehalt der obersten zuständigen Landesbehörde vor –, wenn auch in dem für Mecklenburg-Vorpommern wesentlichen Punkt des Hauptsitzes durch die demokratischen Gremien der Selbstverwaltung anders entschieden wurde.

Ihrem Anliegen, verehrte Abgeordnete der CDU, die Position des Personalrates der LVA zu den ausgehandelten Fusionsvereinbarungen darzulegen, kann und will ich nicht nachkommen. Der Personalrat ist ein internes Mitbestimmungsgremium der LVA. Er ist in allen Angelegenheiten dem Arbeitgeber und nicht dem Sozialministerium als Aufsichtsbehörde verpflichtet.

Ich gehe davon aus, dass mir der Fusionsbeschluss in Kürze zur Genehmigung vorgelegt wird. Auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen werde ich dann die rechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit und hier vor allem die Aspekte der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit prüfen. Dabei wird es auch nötig sein, die oben erwähnten unklaren und auslegungsbedürftigen Begrifflichkeiten zu klären. Erst wenn alle Bedingungen ohne Wenn und Aber bekannt, alle Umstände abschließend geklärt sind, werde ich über den Antrag auf Genehmigung entscheiden. Und ich lege Wert darauf – meine Ministerkollegen haben mich ausdrücklich gebeten, das zu tun –, noch einmal hier festzustellen, dass es keine Empfehlung des Kabinetts gibt, sondern das Kabinett genau dieses Vorgehen mitträgt.

(Karsten Neumann, PDS: Siehe da!)

Verehrte Abgeordnete der CDU, ich meine, hiermit hinreichend über den aktuellen Stand der Fusion berichtet zu haben und darüber hinaus die einzelnen Fragen,

(Zurufe von Torsten Koplin, PDS,
und Gerd Walther, PDS)

die Sie mit Ihrem Antrag aufgeworfen haben, auch beantwortet zu haben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte feststellen, dass die Ministerin sehr ausführlich berichtet hat über die Situation und die Perspektiven der LVA Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit dem Fusionsprozess zur LVA Nord. Es bleibt auch festzustellen, dass die Landesregierung, insbesondere die Sozialministerin, in den letzten Wochen und Monaten alles versucht hat, um für unser Land das Bestmögliche aus der Situation zu machen.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Torsten Koplin, PDS)

Wir sind grundsätzlich schon der Meinung, dass diese Fusion zur LVA Nord notwendig ist, aber wir müssen immer darauf achten, dass für unser Land dabei insbesondere im Aspekt der Arbeitsplatzsicherung auch die beste Lösung herauskommt. Wie gesagt, ich bin der Meinung, dass die Landesregierung, insbesondere die Sozialministerin, bis zum heutigen Tag überzeugend diese Vorgabe des Landtages umgesetzt hat.

An den Antragsteller, Herr Schubert, die CDU-Fraktion – zwei sind ja anwesend –,

(Andreas Petters, CDU: Vier! –
Heinz Müller, SPD: Zwei im
Präsidium, also insgesamt vier.)

möchte ich ausdrücklich meine Anfrage richten, ob es nicht angesichts der Tatsache, dass durch die Anfragen der CDU dem Anliegen dieses Antrages gefolgt wurde, der CDU-Antrag damit erfüllt und insofern infällig ist, naheliegend wäre, diesen Antrag demzufolge auch zurückzuziehen. Wenn es nicht gemacht wird, dann wird natürlich unsere Fraktion Ihren Antrag leider ablehnen müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gleichfalls wie Herr Borchert darauf hinweisen, dass der Sachverhalt von der Ministerin hier deutlich gemacht wurde und dem Antrag insofern Genüge getan ist, aber ich denke schon, dass man die Fragestellung auch von einer anderen Seite her beleuchten kann.

Das will ich gern tun und mit einer Begebenheit beginnen, die ich schildern möchte. Im Rahmen der Uwe-Johnson-Tage ist kürzlich der Nobelpreisträger Günter Grass eingeladen worden zu einer Lesung. Und während der Diskussion nach dieser Lesung ist er gefragt worden, wie er denn angesichts der gegenwärtigen Debatte um gleichwertige Lebensverhältnisse den Stand des Vereinigungsprozesses zwischen der BRD und der DDR und jetzt auch in den 14 Jahren danach einschätzt. Und das Fragezeichen war noch nicht einmal formuliert, da antwortete er wie aus der Pistole geschossen, der Vereinigungsprozess sei nach seiner Sicht gescheitert, es sei denn, es werde der Mut aufgebracht, aus den Fehlern, die begangen wurden, zu lernen. Und er begründete das mit dem Fehlen einer neuen gesamtdeutschen Verfassung nach Artikel 146 des Grundgesetzes und der Art und Weise, wie sich der Verei-

nigungsprozess bislang zwischen der BRD und der DDR vollzogen habe.

Warum sage ich das in diesem Zusammenhang? Es ergibt sich daraus die Frage, wenn Günter Grass Recht hätte, dann muss sich diese allgemeine abstrakte Einschätzung natürlich auch im Konkreten nachweisen lassen. Lässt sich das anhand der Debatte um die Fusionen der Landesversicherungsanstalten nachweisen? Ich sage, das lässt sich nachweisen. Ich meine zugleich, Günter Grass hat Recht.

Der Fusionsprozess ist aus meiner Sicht zwischen den Landesversicherungsanstalten Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Mecklenburg-Vorpommerns ein Paradebeispiel und demonstriert die Spätfolgen eines verkorksten Einigungsprozesses, das will ich damit deutlich machen. Auf welcher Grundlage haben die Partner aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern verhandelt? Ich denke, die Partner, die da am Tisch gesessen haben, hatten ungleich gute Karten. Lassen Sie mich das an sechs Punkten darstellen:

Erstens. Noch heute, nach fast eineinhalb Jahrzehnten, erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LVA Mecklenburg-Vorpommern für die gleiche Arbeit weniger Lohn als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den westlichen Landesversicherungsanstalten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Zweitens. Noch heute haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ich denke, das muss man mit betrachten, weil Sie hier schon ein Loblied, aus meiner Sicht sehr genügsam, gesungen haben –, der Landesversicherungsanstalt nicht solche Aufstiegschancen wie ihre Kollegen aus den westlichen Bundesländern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben die Mitarbeiter hier im Landtag Osttarif oder Westtarif?)

Drittens. Für die Mitarbeiter der LVA Mecklenburg-Vorpommern gibt es immer noch keinen Kündigungsschutz nach Paragraph 53 Absatz 3 BAT.

Viertens. Heute werden Entscheidungen zu Standortfragen, und das ist geschehen, das stelle ich erheblich unter Kritik, mit angedrohten Kündigungen erpresst.

Fünftens. Noch heute ist es für die seit Anbeginn wirkenden Eliten mit westlicher Sozialisation undenkbar, in persönlichen Gesprächen ist das mehrfach so gesagt worden, den Hauptsitz der Rentenversicherung Nord in das neue Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu legen. Warum ist das aus ihrer Sicht undenkbar?

Sechstens. Heute gilt es als großzügiges Entgegenkommen der LVA Hamburg und Schleswig-Holstein, wenn wir auch weiterhin das Rechenzentrum Leipzig nutzen können.

All das, denke ich einmal, sind Belege dafür, dass wir vom Vollenden der Deutschen Einheit noch um einiges entfernt sind. Wir hatten und haben in dem ganzen Prozess die schlechteren Karten, aber wir haben wenigstens gekämpft. Dafür möchte ich der Landesregierung und insbesondere der Sozialministerin große Anerkennung zollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Hätte das Sozialministerium nicht konsequent für die Interessenwahrung unseres Landes gestritten, hätte es

nicht zu einer so ausgewogenen Vertragsgestaltung kommen können. Ein ähnliches Szenario, das ist in den Medien auch dargestellt worden, zeichnet sich bei anderen Fusionsbestrebungen ab.

Sehr geehrte Damen und Herren, Günter Grass hat aus meiner Sicht auch Recht, wenn er sagt: „Wir müssen den Mut haben, aus all dem unsere Lehren zu ziehen.“ Wir müssen, denke ich, gemeinsam, und zwar Opposition und ebenso Regierungskoalition, Strategien entwickeln, damit Mecklenburg-Vorpommern im Ensemble der Bundesländer langfristig, die Betonung liegt auf langfristig, einen souveränen Part spielt. Wir müssen mehr aus den Denkwerkstätten, die es gab, und aus den Ratschlägen von Künstlerinnen und Künstlern und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern machen und unsere wirtschaftlichen Stärken viel deutlicher powern, zum Beispiel die Biotechnologie.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich sage das kritisch und auch selbstkritisch in Bezug auf das Handeln der PDS. Was bislang läuft, reicht nicht aus. Wir brauchen – Herr Riemann, wir haben uns das ja in Lettland anschauen können, um welche atemberaubende Entwicklung es geht – ein gemeinsames Handeln, ein Ziehen an einem Strang, und zwar in eine Richtung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin nur scheinbar fern von der LVA-Diskussion. Ohne Strategie unseres Landes und ohne ausgeprägtes Profil haben wir im Wettbewerb der Regionen absolut keine Chance.

Noch ein Wort zum Fusionsvertrag: Wir respektieren die Entscheidung der Vertreterversammlung, denn wir wollen die Arbeitsplätze langfristig gesichert sehen. Deshalb, weil wir sie langfristig gesichert sehen wollen, erwarten wir eine genaue Prüfung der Unterlagen entsprechend Paragraph 127 a) SGB VI, und zwar insbesondere zu den Fragen der Leistungsfähigkeiten der Wirtschaftlichkeit der zukünftigen Rentenversicherung Nord. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

(Minister Dr. Till Backhaus: Herr Lehrer, was ist denn bei Ihnen los? Was ist denn bei Ihnen in der Fraktion los?)

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine werte Frau Präsidentin! Ich werde heute die Redezeit weit unterschreiten.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Holger Friedrich, SPD: Das ist gut.)

Ich freue mich, dass ich dafür auch den Applaus der Koalitionäre erhalte. Inhaltlich sind die Argumente ausgetauscht und ich möchte, wie gesagt, auch nur ein paar Gedanken im Plenum preisgeben. Zum Schluss frage ich mich aufgrund der Diskussion, die ich hier von der Ministerin und vor allem von Ihnen, Herr Koplin, gehört habe, warum sagen Sie nicht einfach, hier wurde für Mecklenburg-Vorpommern ein optimales realistisches Ergebnis erreicht? Punkt! Das hätte ich an dieser Stelle erwartet, dass Sie das so sagen.

(Torsten Koplin, PDS: Optimal ist das nicht.
Das ist nicht optimal. – Gerd Walther, PDS:
Und Sie haben eine andere Meinung.
Punkt! Er hört auch nicht auf. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich hätte erwartet, dass Sie das auf diese Art und Weise so tätigen, denn sonst sind Sie ja immer diejenigen, die bei Ihren Redebeiträgen auf die Koalitionsvereinbarungen eingehen. Dass Sie wieder einen Punkt abgearbeitet haben, das ist hier heute noch gar nicht gekommen.

(Heike Polzin, SPD: Danke! –
Gerd Walther, PDS: Das sollte auch
so sein bei der Regierungskoalition.)

Jetzt muss ich es einmal für Sie tun.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Unter dem Punkt 139 Sozialpolitik steht: „Bei der Organisationsreform der Rentenversicherung“

(Frank Ronald Lohse, SPD: Hast du
einen Aufnahmeantrag ausgefüllt?)

„setzt sich die Landesregierung für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Landesversicherungsanstalt Neubrandenburg und bei der Außenstelle der Bundesversicherungsanstalt in Stralsund ein.“ Dazu muss ich sagen, Sie haben den Punkt erfüllt.

(Rudolf Borchert, SPD: Aha! Hat er gemacht. –
Gerd Walther, PDS: Das sehen wir im Antrag.
Das sehen wir im Antrag. – Alexa Wien, PDS:
Das war der Antrag von der CDU, ja,
der Antrag von der CDU.)

Ich frage mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, was soll eigentlich dieser Wettkampf, den Sie hier veranstalten wollen? Dieser Wettkampf wurde von Ihnen am 28.04. mit einem Schaufensterantrag auf den Weg gebracht unter dem Thema „Fusion der Landesversicherungsanstalten“. Ob diese Forderungen in Ihrem Punkt 1, den Hauptsitz nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen, realistisch waren, möchte ich einmal dahingestellt sein lassen.

(Gerd Walther, PDS: Wer nicht
kämpft, der hat schon verloren. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich denke einmal, was diese Übertreibungen angeht, die Ministerin hat an diesem Thema hart gekämpft und hart gearbeitet in den eineinhalb Jahren, da frage ich mich, wann sie das bei den Problemen, die in ihrem Ministerium bestehen, getan haben will.

(Angelika Gramkow, PDS: Na, na! Also!)

Ich habe so meine Zweifel, wenn ich mir die einzelnen Daten anschau, wann sie wie aktiv war.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist doch nur
Polemik, Herr Renz. Das ist doch nur Polemik.)

Ich sage Ihnen, aus unserer Sicht haben Sie hier am 28.04. nichts anderes gemacht, um gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit das auf die Tagesordnung zu heben. Ihnen war eigentlich klar, dass das Verhandlungsergebnis – ich sage das noch einmal für unsere Fraktion, wir haben das auch damals schon gesagt – ein realistisches Ergebnis darstellt. Was erreicht wurde, das sollte man in dem Sinne jetzt auch nicht schlechtreden.

Aber ein zweiter Punkt, den ich hier noch aufgreifen möchte, ist eigentlich das, was Herr Koplin zum Schluss noch gesagt hat, wir müssen als Land Mecklenburg-Vorpommern Strategien entwickeln, um in der Gesamtheit auch erfolgreich zu sein. Herr Koplin, wir unterscheiden uns in dem Punkt, dass ich bei dieser Verfahrensweise arge Bedenken bei dieser Ministerin habe,

(Torsten Koplin, PDS: Na, also, das ist
doch! – Zuruf von Regine Lück, PDS)

dass sie in der Lage ist, Strategien zu entwickeln,

(Torsten Koplin, PDS: Wir müssen die
politische Willensbildung machen.)

dass wir in diesem Konzert, in diesem Fall bezogen auf Schleswig-Holstein, dass wir in dieser Partnerschaft auch wirklich mal als Gewinner ...

(Heike Polzin, SPD: Vom Oberlehrer zum persönlichen Berater! – Angelika Gramkow, PDS:
Wie wäre es denn mal mit Brandenburg und Berlin? – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich scheine ja in ein Wespennest gestochen zu haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Es ist schon erstaunlich, wie Sie hier gleich anspringen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wenn man so
arrogant von einem Menschen spricht.)

Ich sage es noch einmal: Aus unserer Sicht – es wurde vor einigen Tagen auch in der Presse schon einmal aufgegriffen – sind wir so aufgestellt in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

um diese Strategien zu entwickeln, um in diesem Prozess erfolgreich zu sein. Das ist tatsächlich das Ziel. Wir haben aber, wie gesagt, arge Bedenken, ob es so ist.

(Angelika Gramkow, PDS:
Anstatt uns zu unterstützen!)

Ich habe die Äußerung der Ministerin zur Kenntnis genommen, dass der „Nordkurier“ hier Fehlinformationen verbreitet.

(Gerd Walther, PDS: Das
wäre ja nicht das erste Mal.)

Ich persönlich habe auch andere Informationen.

(Holger Friedrich, SPD: Die einen
sagen so, die anderen sagen so.)

Ich glaube einfach, dass die Ministerin die letzten Tage bei diesem Thema einfach noch nutzen will, um sich hier nachträglich zu profilieren.

(Gerd Walther, PDS: Letztens waren ja elf
Abgeordnete anwesend, obwohl es angeblich nur
sieben waren. Das stand ja auch im „Nordkurier“.)

Ich denke einmal, das ist in der Sache nicht angebracht.

Abschließend und ein drittes Mal sage ich, wir haben ein gutes Ergebnis erreicht und die CDU-Fraktion zieht den Antrag an dieser Stelle zurück.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, der Antrag auf Drucksache 4/1362 wurde zurückgezogen. Damit fahre ich weiter in der Tagesordnung fort.

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Petters. Bitte, Herr Petters.

(Tonstörung – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Andreas Petters, CDU (zur Geschäftsordnung): Entschuldigen Sie, das ist ein bisschen laut gewesen.

Frau Präsidentin, die Fraktion hat noch Beratungsbedarf und bittet um Unterbrechung der Sitzung für fünf Minuten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 13.40 Uhr

Wiederbeginn: 13.48 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Luftverkehrskonzept, auf Drucksache 4/1361. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1385 vor.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Luftverkehrskonzept
– Drucksache 4/1361 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1385 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der PDS.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor etlichen Jahren rezitierte Manfred Krug sehr schön: „Das Flugwesen, Genossen Bauern, es entwickelt sich.“ Und da dieses Zitat genau die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern beschreibt, legt Ihnen die Koalition den heute zu behandelnden Antrag zur Fortschreibung des Luftverkehrskonzeptes des Landes aus dem Jahre 1998 vor.

Die Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafeninfrastruktur seit Anfang der 90er Jahre ist enorm. Deshalb verfügen wir heute unter anderem über fünf Flughäfen in Barth, Heringsdorf, Neubrandenburg, Rostock-Laage und Schwerin-Parchim, über sechs Verkehrslandeplätze in Anklam, Genthin, Neustadt-Glewe, Rechlin-Lärz, Tutow, Wismar und auch noch über zehn Sonderlandeplätze, die über das ganze Land verteilt sind. Darüber hinaus gibt es noch drei Sonderlandeplätze für Ultraleichtflugzeuge, ein Segelfluggelände und 30 Hubschraubersonderlandeplätze.

Wie die Landesregierung im Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2002 einschätzte, hat die Infrastrukturausstattung der Flugplätze einen fortgeschrittenen Standard erreicht. Dabei profitieren die beiden größten Flughäfen bei uns im Land von der Mitbenutzung der militärischen Infrastruktur und verfügen dadurch über den höchsten Entwicklungsstand. Seit 1991 bis heute hat das Land diese Entwicklung mit fast 90 Millionen Euro gefördert. Die dadurch vor Ort ausgelösten Investitionen hatten eine ähnliche Höhe. Seit 1992 hat sich fast folgerichtig, könnte man meinen, die Anzahl der zivilen Flugbe-

wegungen in unserem Bundesland mehr als verdoppelt. Die Zahl der Flugpassagiere stieg um mehr als das Dreifache. Das sind enorme Steigerungen, die aber trotzdem immer noch keinen wirtschaftlichen Betrieb aller Flughäfen und Flugplätze ermöglichen.

Das größte Fluggastaufkommen wies dabei in den letzten Jahren stets der Regionalflughafen Rostock-Laage mit jeweils deutlich über 100.000 Passagieren auf, gefolgt von Neubrandenburg-Trollenhagen mit nicht ganz der Hälfte dieser Passagierzahlen. Auch einen kleinen Teil vom Kuchen mit Nachtluftpost konnte sich der Flughafen Rostock-Laage abschneiden. Allerdings stagniert hier der Umschlag in den letzten Jahren auf einem Niveau von circa 3.300 Tonnen. So könnte man durchaus den Schluss ziehen, dass alles in Butter ist mit dem Flugwesen, dass es sich entwickelt. Dem ist aber leider nicht so. Neben der dringend notwendigen Anpassung der vorhandenen Infrastruktur an die heutigen Erfordernisse besteht für die Politik weiterhin die Aufgabe, die Weichen für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik zu stellen. Mit zukunftsorientiert meine ich dabei vor allem die Entwicklung einer klaren Strategie der Landesregierung, wie es in Zeiten knapper Kassen mit der Entwicklung des Luftverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern weitergehen soll. Und da lohnt es sich schon, darüber zu streiten, ob man eine optimale internationale Anbindung präferiert oder ob man von einer nachhaltigen zukunftsorientierten Verkehrspolitik ausgeht.

Welche Entscheidung wird es also künftig zur Förderung von Fluglinien geben, wenn es abzuwägen gilt, ob mit dem Geld Arbeitsplätze in den Werften erhalten werden oder besser Shuttleflüge für Manager bezuschusst werden sollen. Schließlich können wir nicht wie weiland der Genosse Grigori Kossonossow zu den Bauern gehen und um Spenden bitten. Was will die Landesregierung beispielsweise unternehmen, um die Kooperation der Flughäfen endlich zu befördern und so beispielsweise die internationale Anbindung der Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern zu optimieren? Muss Mecklenburg-Vorpommern und hier vor allem Rostock-Laage unbedingt mit Hamburg, Lübeck und Berlin konkurrieren und im gleichen Revier wildern?

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Brauchen wir wirklich dringend Billigfluglinien in Mecklenburg-Vorpommern? Wir müssen landespolitisch reagieren auf die rasante Veränderung der Rahmenbedingungen des letzten Jahrzehnts, wie zum Beispiel die Öffnung der ost- und mitteleuropäischen Staaten und deren Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft, auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes mit einer starken Intensivierung der Austauschbeziehungen im Güter- und Personenverkehr und auf die Markttöffnung des Luftverkehrs und den verschärften Konkurrenzkampf mit anderen Verkehrsträgern. Diese veränderten Rahmenbedingungen haben einen großen Einfluss auf die Entwicklung des Verkehrs.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einige Bemerkungen aus umweltpolitischer Sicht zur Problematik Luftverkehrskonzept. Das Fliegen ist nachweislich die klima- und umweltschädlichste Art zu reisen. Das Flugzeug hat sich inzwischen zum Klimakiller Nummer eins weltweit gemausert. Sechs Prozent des gesamten Rohölverbrauchs der Welt wird zurzeit verfliegen. Der Emissionsausstoß pro Personenkilometer bei

Flugzeugen ist etwa dreimal so hoch wie beim umweltfreundlichsten Verkehrsmittel, der Bahn. Fliegen schneidet damit noch schlechter ab als das Autofahren.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Transrapid fällt mir da ein.)

Die reinen Emissionswerte sind aber immer noch nicht alles. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums geht vom Flugverkehr eine besondere Gefahr für unser Klima aus, weil noch zusätzliche klimarelevante Effekte auftreten. Die Emissionen des Flugverkehrs sind etwa 2,7-mal schädlicher, als es die reinen Werte aussagen. Flugzeuge stoßen ihre Abgase in Höhen aus, in denen sie einen größeren Schaden in der Atmosphäre anrichten als ähnliche Mengen in niedrigen Höhen. Zusätzlich sorgen die bekannten Kondensstreifen für die Bildung von Zirruswolken, die direkt den Treibhauseffekt auf der Erde verstärken.

Alle weltweiten CO₂-Emissionen, die im Kyoto-Protokoll festgelegt sind, werden durch die Steigerungsraten im Luftverkehr mehr als zunichte gemacht. Ich denke, das sollte uns alle zum Handeln veranlassen. Fliegen muss, wo immer es geht, vermieden werden! Deshalb bleiben die Fragen: Wie viel Flugverkehr können und wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern verkraften, wie viel in Europa und wie viel in der Welt? Welche Kooperationsbeziehungen zu anderen Bundesländern und europäischen Regionen brauchen wir und wie richten wir das Luftverkehrskonzept danach aus?

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern beansprucht für sich eine Führungsrolle im Klima- und Umweltschutz innerhalb der Bundesrepublik. Saubere Gewässer, Wälder, klare Luft und Ruhe sind Markenzeichen für den von uns gewollten Tourismus, langfristig und global betrachtet. Wie vertragen sich diese Markenzeichen mit unseren Wünschen und Ansprüchen im Flugverkehr?

(Ilka Lochner-Borst, CDU:
Flugzeuge bringen Touristen.)

Daraus folgt die Frage: Wie passen wir das immerhin schon sechs Jahre alte Luftverkehrskonzept des Landes in das Programm zur nachhaltigen Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern, der so genannten Agenda 2000, ein? All diese Fragen und noch viel mehr gilt es aus Sicht der PDS-Fraktion bei der Fortschreibung des Luftverkehrskonzeptes zu beantworten. Aus diesem Grunde hat die Regierungskoalition diesen Antrag gestellt, für den ich um Ihre Zustimmung bitte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Schwebs, ich hatte eigentlich eine Einbringungsrede erwartet, die beide Fraktionen, die unterschrieben haben, mit abdeckt. Ich finde es bedauerlich, dass Sie hier nur für die PDS-Fraktion, wie Sie selbst ausführten, gesprochen haben.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
Heike Polzin, SPD, und Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich denke aber, aus der Debatte wird sich doch noch das Weitere ergeben.

Wir haben seit 1998 ein Luftverkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern. Das war, wie ich glaube, eine gute Arbeitsgrundlage für die Vergangenheit.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das Luftverkehrskonzept ist in die Jahre gekommen. Nach sechs Jahren kann man schon feststellen, das ist wie bei einer Wohnung, da gibt es einen Renovierungsbedarf, und deshalb sollten wir uns ans Renovieren machen!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das ist aus meiner Sicht eine vernünftige Aufgabe, auch wenn jetzt möglicherweise nicht der CO₂-Ausstoß im Mittelpunkt steht, die Zirruswolken oder das, was Sie genannt haben, sondern wenn es auch andere Gesichtspunkte deutlich zu beachten gilt.

Ich möchte darauf hinweisen, wir haben vier Verkehrsträger: die Straße, die Schiene, die Schifffahrt und den Luftverkehr. Und alle vier werden irgendwie subventioniert, am meisten die Schiene, am meisten der Schienenpersonennahverkehr, wo nämlich allein neben der Infrastruktur, die ja vom Staat bereitgestellt wird, jeder gefahrene Kilometer ungefähr einen Subventionsbedarf von 80 bis 90 Prozent, es gibt eine Ausnahme im Land, da sind es nur etwas über 70 Prozent, erfordert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist das.)

Subventionierung im Verkehr ist nichts Neues. Auch unsere Häfen können nicht von den Einnahmen leben, die Flughäfen nicht und die Straße auch nicht. Das ist ein Element einer Infrastruktur, denn Verkehr ist Infrastruktur und Infrastruktur auch für die andere Wirtschaft. Die Infrastruktur ist normalerweise nicht kostendeckend. Das einem Verkehrsträger vorzuwerfen und sich dann einen rauszupicken, halte ich für nicht angebracht.

Meine Damen und Herren, der Luftverkehr, und um den geht es jetzt, hat in den letzten Jahren ein hohes Wachstum gehabt, und zwar weltweit. Auch in Deutschland ist ein hohes Wachstum zu verzeichnen. Das mag man nun begrüßen oder man mag es bedauern, aber das Leben ist wie es ist und Sie werden auch die Realität nicht verändern können. Wir müssen registrieren, dass der Luftverkehr wächst. Er wächst weiter. Er wächst auch deshalb weiter, weil der Luftverkehr besonders wichtig ist

(Frank Ronald Lohse, SPD:
Offensichtlich nur für uns.)

gerade für periphere Regionen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, einzelnen Abgeordneten der PDS und Heike Polzin, SPD)

die sonst nur sehr zeitaufwendig zu erreichen wären und deshalb von vielen Menschen eben gerade nicht angesteuert werden, weil es so viel Zeitaufwand erfordert. Gerade für solche Regionen ist der Luftverkehr wichtig und Mecklenburg-Vorpommern ist nun mal, Sie können die Geographie nicht ändern, eine solche Region. Der Nachteil ist normalerweise, dass gerade diese peripheren Regionen dünn besiedelt sind.

Mecklenburg-Vorpommern gehört auch dazu. Das ist wichtig und deshalb sind sie auch peripher, weil sie weit

weg von den Ballungsräumen sind und weil diese Regionen wegen der dünnen Besiedlung ein geringes Passagieraufkommen haben. Und das ist wiederum genau das Dilemma, in dem man sich befindet. Auf der einen Seite braucht man die Verkehrsanbindung und den Luftverkehr dringender als andere, auf der anderen Seite hat man aber nicht die wirtschaftliche Grundlage für den Verkehr, so dass er sich selbst trägt. Das gilt für die Bahn in peripheren Regionen genauso wie für andere Verkehrsträger. Das ist ein Dilemma, aus dem sie auch nicht dadurch rauskommen, dass sie sagen, wir wünschen uns die Welt anders. Sie ist so, wie sie ist, darauf müssen wir aufsetzen und darauf müssen wir aufbauen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und wir kommen nicht darum herum, ob wir das wollen oder nicht, denn wir brauchen den Luftverkehr, damit die Menschen hier im Land Arbeit haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Wir brauchen Arbeit für die Menschen und dafür ist der Luftverkehr unverzichtbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Er leistet einen Beitrag auf zweierlei Art. Einmal direkt, das ist der geringere Beitrag. Der direkte Beitrag besteht darin, dass Verkehr natürlich auch Wirtschaft ist und Arbeitsplätze und Beschäftigung für die Menschen darstellt. Das gilt für die Bahn, das gilt für die Schifffahrt, das gilt für die Luftfahrt und natürlich auch für die Straße. Aber wichtig ist auch, das darf man nicht vergessen, der indirekte Effekt. Beim indirekten Effekt geht es nicht darum, dass Leute jetzt in die Türkei in den Urlaub fliegen können oder Ähnliches. Der indirekte Effekt, auf den es hier vor allem ankommt, ist der, dass unsere Wirtschaft auch auf den Luftverkehr angewiesen ist. Sie ist darauf angewiesen. Wenn Sie mit Investoren sprechen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln wollen, dann muss ich den Japanern sagen, wie sie von Haneda am besten nach Rostock kommen. Und da gibt es Gott sei Dank eine Verbindung über München, wo man von Tokio direkt nach München fliegen, dort umsteigen kann, dann geht es nach Rostock weiter. Dann ist das ein Haken, dann ist die Welt in Ordnung. Wenn ich so etwas nicht sagen kann, dann kommt für uns ein freundliches, aber trotzdem klares „Auf Wiedersehen“ nicht in Frage. Jetzt kann man sagen, gut, dieses Argument ist mir nicht so viel wert. Mir sind Arbeitsplätze aber viel wert und dafür brauchen wir auch den Luftverkehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Und da geht es nicht nur um Japaner, sondern da geht es auch um die Verbindung München–Rostock, zum Beispiel aus den Gründen, ob wir es nun wollen oder nicht, dass viele Leute einfach am Morgen losfliegen und am Abend wieder zurück sein wollen und tagsüber woanders ihre Tätigkeit erledigen wollen. Das müssen unsere, wenn die nach München müssen oder umgekehrt, und die Münchner, wenn die hierher müssen. Da muss ihnen das geboten werden und das wird ihnen geboten. Das ist für uns ein wesentliches Argument und auch ein wesentlicher Vorteil.

Und nicht zuletzt kommen dann solche Argumente, dass es auch für den Tourismus wichtig ist. Auch der Tourist, den wir ja hier haben wollen, der muss erst einmal hierher kommen. Die meisten entscheiden sich fürs Auto, mag es uns nun freuen oder nicht, sie tun es. Es ent-

scheiden sich auch Touristen für die Bahn, aber leider weniger als für das Auto, das können wir ja nicht ändern, und es entscheiden sich welche für das Flugzeug. Also auch für das Flugzeug muss es ein Angebot geben, sonst müssen wir sagen, es tut uns Leid, kommt halt nicht zu uns.

Ich würde das nicht einfach so achselzuckend abtun und sagen, das geht dann nicht. Nein, wir wollen auch diesen Wirtschaftszweig beziehungsweise diese Wirtschaft hier im Land haben, wir wollen die Arbeitsplätze in diesen Bereichen und in diesen Branchen haben, denn das fällt ja nicht alles vom Himmel und es kommt ja auch nicht von selbst. Dafür muss man auch etwas tun. Die Frage ist: Ist man bereit, etwas zu tun, oder ist man nicht bereit, etwas zu tun?

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir waren in der Vergangenheit bereit, etwas zu tun.

Frau Schwebs, Sie haben schon Zahlen über Investitionen in die Infrastruktur genannt. Es ist in Infrastruktur viel investiert worden und es hat sich dann im Laufe der Jahre auch sortiert. Die wirtschaftliche Entwicklung hat gezeigt, wo es aufwärts geht, zum Beispiel in Rostock-Laage. Das hat sich als rentierliche Investition erwiesen. Aber es ging nicht so aufwärts zum Beispiel am Flughafen Parchim. Da hat man sich damals mehr vorgestellt, doch es hat sich zu meinem Bedauern nicht so entwickelt. Aber es entscheiden letztlich immer Menschen und es entscheidet die Wirtschaft, wo etwas geht und wo etwas nicht geht.

In Rostock hat sich herausgestellt, dort geht etwas, und auch in Heringsdorf geht etwas. Wir haben in Rostock in diesem Jahr voraussichtlich, das Jahr ist noch nicht zu Ende, 140.000 Passagiere. Das ist natürlich schon eine ordentliche Größenordnung und das ist auch eine ordentliche Entwicklung der letzten Jahre. Dieser Flughafen und dieser Flugverkehr in Rostock werden angenommen. Wir haben auch ein Angebot – die wenigsten von diesen 140.000 Passagieren nutzen übrigens die Linienflüge nach München –, ein attraktives Angebot von Rostock nach München, und zwar zweimal täglich hin und zurück. An manchen Tagen ist es auch nur einmal täglich möglich. Und weil es für unsere Wirtschaft und auch für den Tourismus besonders wichtig ist, werden wir ab nächsten Mai zusätzlich noch einmal am Tag eine Verbindung von Rostock nach Köln/Bonn und zurück dazwischenlegen, und zwar zwischen die beiden Münchenflüge.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das wäre möglich.)

Wir haben in Rostock, das darf man nicht vergessen, auch noch die Air Berlin. Die Air Berlin fliegt als Chartergesellschaft – und sie ist inzwischen eine Mischung zwischen Charter- und Liniengesellschaft geworden – von Rostock aus das Drehkreuz Nürnberg an. In Nürnberg kann man dann umsteigen und mit Air Berlin weiterfliegen, und zwar überall hin in Europa, hätte ich beinahe gesagt. Es gibt noch ein paar Ausnahmen, aber Air Berlin ist da gut vertreten. Auch das ist eine interessante und attraktive Verbindung. Wir haben zum Beispiel im Sommer zweimal wöchentlich von Heringsdorf aus eine Flugverbindung – die ist ein bisschen bescheiden, könnte mehr sein, aber besser als nichts – nach Saarbrücken und wir haben zweimal wöchentlich eine Flugverbindung von Heringsdorf aus nach Mönchengladbach mit der Air Polonia.

Herr Dr. Born, Sie haben vorhin gerade ein paar Polnischnversuche unternommen, als wir auf Sie gewartet

haben. Auch die polnische Fluggesellschaft ist hier tätig und bei uns im Land aktiv. Wir haben eine regelmäßige Verbindung von Neubrandenburg nach München mit einer etwas kleineren Maschine. Und hier stellt sich immer die Frage, ob dieses nicht ausbaufähig ist. Wir sollten weiterhin versuchen, daran zu arbeiten, um da noch ein bisschen mehr hinzubekommen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, es ist in dem Antrag und auch in der Begründung das Thema Nachhaltigkeit angesprochen. Das Thema Nachhaltigkeit ist für mich ein Thema, das entscheidend und wichtig ist. Wir müssen nachhaltig arbeiten und wir müssen nachhaltig Politik betreiben. Aber es wäre zu kurz gesprungen, wenn man unter Nachhaltigkeit nicht auch an zentraler Stelle verstehen würde, nachhaltige Beschäftigung für die Menschen, nachhaltige Arbeitsplätze für die Menschen, damit die Menschen hier im Land ihr Geld mit ihrer eigenen Arbeit selbst verdienen können und nicht auf Unterstützung durch andere angewiesen sind. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich bei Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mir noch die Möglichkeit gegeben haben, auch ohne Flugzeug wieder rechtzeitig hier zu sein. Ich bin höherer Gewalt gefolgt, und zwar dem Ruf der Präsidentin, denn wir haben ja polnische Gäste im Haus. Ich hoffe, Sie haben Verständnis, mich hat nicht ganz rechtzeitig der Ruf erreicht.

(Heike Polzin, SPD: Das hätten Sie aber auch charmanter sagen können als höhere Gewalt!)

Aber ich möchte mich auch ausdrücklich bei dem Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern bedanken. Herr Minister, ich bin froh, dass Sie doch hier noch einmal das Einmaleins der Verkehrspolitik dargelegt haben. Wenn wir uns tatsächlich weiterhin bemühen wollen, neue Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen und vorhandene zu erhalten, dann dürfte das nicht so stehen bleiben, was wir eben aus den Reihen der Koalitionsfraktionen von Frau Kollegin Schwebs gehört haben. Wir hätten dann nämlich den letzten Investor vertrieben, wenn das tatsächlich die offizielle Linie gewesen wäre. Frau Schwebs, ich danke Ihnen, Sie haben hier heute – vielleicht war Ihnen das nicht so bewusst – ein überzeugendes Plädoyer für den Transrapid abgelegt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das mit dem Transrapid, das sehen wir ganz anders.)

Man kann eigentlich nur schlussfolgern, wenn Sie keinen innerdeutschen Flugverkehr mehr wollen, dass wir dann einen entsprechenden Ersatz brauchen. Es gibt dann nur ein Verkehrsmittel, und zwar den Transrapid.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Einzelplan 06 – der Antrag ist ja so sinnvoll, dass es sich lohnt, auf den Antrag und die Begründung einzugehen

und auf das, was der Minister gesagt hat, deshalb will ich das gerne tun –

(Torsten Koplin, PDS: Danke für die Blumen!)

des Wirtschaftsministeriums können wir auf Seite 20 unter Kapitel 0601 Titel 526.02 die seitens der Landesregierung veranschlagten und vom Landtag genehmigten Mittel für Sachverständige nachlesen. Demnach stehen 2004 80.000 Euro und im Jahr 2005 85.000 Euro zur Verfügung. Jetzt frage ich mich, ob ich hier die falsche Rede mitgebracht habe.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Jochen Schulte, SPD: Ich halte gleich Ihre! –
Regine Lück, PDS: Oh, oh!)

Das macht nichts.

In der Erläuterung für den genannten Titel kann der interessierte Bürger nachlesen, wozu die veranschlagten Mittel verwendet werden sollen, und zwar für Gutachten und Studien zu verkehrspolitischen Grundsatzfragen, also irgendwie passt es doch,

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

und man höre und staune, unter anderem für eine Aktualisierung des Luftverkehrskonzepts. Also ich kriege es noch zusammen.

(Torsten Koplin, PDS: Wunderbar.)

Anträge der vorliegenden Art haben ja zunächst einmal eine gewisse Problematik. Gemeinhin könnte man sie ja auch als Schaufensteranträge bezeichnen, nämlich das Formulieren von Anträgen, die originäres Handeln der Landesregierung beschreiben, um sie dann noch ex post vom Souverän legitimieren zu lassen. Das widerspricht eigentlich unserem Selbstverständnis als Parlamentarier. Wir haben aber bei der Einbringung gemerkt, dass es offensichtlich doch sehr unterschiedliche Vorstellungen zu diesem Antrag gibt. Ein vernünftig ausgearbeitetes Luftverkehrskonzept, und das hat der Minister ja auch noch einmal sehr deutlich gemacht, gehört schlicht und einfach zum grundlegenden Handwerkszeug einer zukunftsgerichtet arbeitenden Landesregierung, zumal dann, wenn entsprechende Finanzierungen bereits geklärt sind und den Landtag durch das Haushaltsgesetz ja auch passiert haben.

Ich hatte ja eigentlich damit gerechnet, dass der Wirtschaftsminister uns das fertig erarbeitete Konzept bereits präsentiert,

(Andreas Petters, CDU: November!)

aber ich denke, bis November wird das so weit sein. Sie haben da einen Sicherheitspuffer eingebaut, damit es auch die Kolleginnen und Kollegen der PDS verdauen können. Also bis März ist das Konzept mit Sicherheit fertig, daran habe ich überhaupt keinen Zweifel.

Verkehrspolitik im Allgemeinen und Luftverkehrspolitik im Speziellen sind zu wichtige Themenfelder für die wirtschaftliche Entwicklung, um sie als politische Spielbälle missbrauchen zu dürfen. Und in den Vorbemerkungen des letzten Luftverkehrskonzepts der Landesregierung aus dem Jahr 1998, auf das der Minister ja eingegangen ist, heißt es, ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin: „Das vorliegende Luftverkehrskonzept ist integraler Be-

standteil der Verkehrspolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Es ergänzt die übergeordnete Wirtschafts-, Verkehrs- und Raumordnungspolitik um die spezifischen Belange der Luftfahrt. Grundlagen für das Luftverkehrskonzept sind daher auch die allgemeinen Leitlinien der Wirtschaftspolitik, das Landesraumordnungsprogramm sowie die Regionalen Raumordnungsprogramme.“ Dem kann ich nur voll zustimmen. Insoweit, Herr Minister, hat sich an diesen Grundlagen wohl kaum etwas geändert, es ist auch nicht veraltet. Allerdings haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass das Programm fortgeschrieben werden muss.

Wie ist es aber nun mit der Realität um den Luftverkehr in unserem Land tatsächlich bestellt? Ich bekam kürzlich einen Informationsbrief eines großen deutschen Luftverkehrsunternehmens, dessen Überschrift lautete, ich zitiere: „Viele dezentrale Flughäfen sind heute vielerorts regionale Prestigeobjekte wie Schwimmbäder in den 70er und 80er Jahren.“ Jeder noch so kleine Ort plante und baute. Heute drücken Folgekosten, Renovierungsstau und Unterhaltung auf die kommunalen Haushalte. Kritisiert werden dann millionenschwere Ansiedlungsprogramme und Subventionen, die im erbitterten Standortwettbewerb beispielsweise auch um trendige Billigflieger ausgefochten werden.

Nachdenklich wurde ich bei einem Blick auf die dem Artikel anhängende Deutschlandkarte, denn dort war das Flughafensystem der Bundesrepublik aufgezeichnet, wo sich neben den bekannten Drehkreuzen Frankfurt, München noch fünf weitere Großflughäfen mit einer Verkehrsleistung von über 7,5 Millionen Passagieren befinden wie Hamburg, Berlin und Düsseldorf. Interessant waren aber insbesondere die vielen kleinen Punkte auf der Karte. Diese markierten kleine Flughäfen mit einer Verkehrsleistung unter einer Million Passagiere. In diese Kategorie fallen laut Studie insgesamt 31 Flughäfen der Republik. In Bayern befinden sich beispielsweise drei, und zwar Augsburg, Bayreuth und Hof-Plauen. Thüringen wartet mit zwei Flughäfen auf, Erfurt und Altenburg. Niedersachsen hat nur noch einen Flughafen dieser Kategorie, und zwar Braunschweig. Aber interessant ist der Blick auf das Land Mecklenburg-Vorpommern. Hier könnte das Land bei der Karte im wahrsten Sinne des Wortes punkten, denn neben Laage waren Schwerin, Neubrandenburg, Barth und Heringdorf eingezeichnet, eine beachtliche Leistung für ein Land mit nicht einmal 1,8 Millionen Einwohnern.

Aus meiner Sicht stehen wir in Mecklenburg-Vorpommern im Wesentlichen vor zwei Herausforderungen:

Erstens. Wir brauchen eine vernünftige Anbindung an das nationale und insbesondere, darauf hat der Minister hingewiesen, das internationale Luftverkehrsnetz, so, wie das der vorliegende Änderungsantrag meiner Fraktion fordert.

Zweitens. Wir müssen uns den wirtschafts- und vor allem finanzpolitischen Realitäten stellen, das heißt, die vorhandenen Mittel effektiv und effizient einzusetzen. Daran führt angesichts der Entwicklung der öffentlichen Haushalte kein Weg vorbei.

Auch wenn ich natürlich den Wirtschaftsminister durchaus verstehen kann, dass es ihm Freude bereitet, wie erst in der vergangenen Woche geschehen, Projekte zu übergeben, deren Kennziffern beeindruckend sind, muss uns doch Folgendes zu denken geben. Ich zitiere aus dem „Nordkurier“ vom 7. Oktober 2004: „900 Meter lang, 23 Meter breit,

Traglast 5,7 Tonnen. ... Insgesamt waren für die Bauarbeiten – dazu gehört ein 693 Meter langer und 10,5 Meter breiter Rollweg vom Kompetenzzentrum zur Bahn – 2,6 Millionen Euro eingeplant. 90 Prozent der Kosten trug das Land. Pasewalk steuerte 319.000 Euro bei.“ Die Rede ist von einem Millionenprojekt in Franzfelde, das liegt in der Nähe von Pasewalk. Der dortige Regionalflugplatz verfügt nun über eine 900 Meter lange Landebahn. Die Hoffnungen, die sich mit den in Millionenhöhe ausgegebenen Steuergeldern verbinden, sind riesig.

Ich bringe dieses Beispiel einmal ganz bewusst, weil wir uns abstrakt ja immer sehr schnell einig sind, wenn es um Grundsätze geht. Aber da, wo es wehtut, wagt ja keiner, einmal die Dinge beim Namen zu nennen. Deshalb mache ich das, auch wenn ich mich damit noch so unbeliebt mache. Ich spreche das einmal ganz konkret an einem Beispiel an:

Ein Unternehmen, das digitale Bilder aus der Luft macht, will aufgrund der 900 Meter langen Landebahn in Pasewalk 9,4 Millionen Euro investieren, natürlich nicht ohne entsprechende Fördergelder einzuplanen. Ich freue mich natürlich für Pasewalk. Die Frage muss aber erlaubt sein, ob die 2,5 Millionen Euro in Beton gegossen an diesem Standort eine effektive und effiziente Verwendung von Steuergeldern bedeutet. Die Notwendigkeit eines fortgeschriebenen Luftverkehrskonzepts seitens der Landesregierung, das belegt vermutlich auch das genannte Beispiel, ist in der Tat nötiger denn je, denn koordiniertes Vorgehen bei der Erschließung des Luftverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern, das sowohl wirtschaftlichen als auch finanzpolitischen Interessen gerecht wird, kann ich bis dato leider hier nicht erkennen. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir ein in sich stimmiges Konzept vorgelegt bekommen. Deshalb auch unser Änderungsantrag, auf den ich noch kurz eingehe.

Ich will ja durchaus die Bemühungen der Landesregierung beispielsweise zur Einrichtung einer Fluglinie von Rostock nach München und nach Köln/Bonn anerkennen. Für ein schlüssiges Prioritäten setzendes und den wirtschafts- und finanzpolitischen Anforderungen gerecht werdendes Konzept reicht das nicht aus. Wir brauchen weitere Anbindungen von Rostock-Laage nach Kopenhagen, um nur einen weiteren Flughafen zu nennen. Einigkeit in diesem Haus herrscht sicherlich darin, mindestens zwischen der CDU- und der SPD-Fraktion, wenn ich das richtig sehe, und dem Wirtschaftsminister, dass unsere Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen dringend diese Mobilitätsvoraussetzungen brauchen, allein schon um sich dem landesgrenzenlosen Wettbewerb stellen zu können.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU,
und Andreas Petters, CDU)

Vernetzte Forschung und Entwicklung oder internationale Arbeitsteilung sind Schlagwörter, die das Erfordernis beschreiben. Gerade diese klare Prioritätensetzung bei der Entwicklung des Luftverkehrs in unserem Land fordert dieser Änderungsantrag, der Ihnen ja inzwischen vorliegt. Ein flächendeckendes „Weiter so!“ wird und kann es angesichts der Haushaltslage des Landes nicht geben. Gerade deshalb muss eine leistungsfähige Anbindung des Landes an das internationale, aber auch an das nationale Luftverkehrsnetz gewährleistet werden. Die Landesregierung ist in der Pflicht, ihre Vorstellungen zur Erreichung dieses Zieles dem Landtag zuzuleiten. Wir als

Landtag sind in der Pflicht, die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir tatsächlich den nationalen und internationalen Anschluss nicht verlieren, damit sowohl die universitären Einrichtungen des Landes, die Unternehmen des Landes, aber auch die Touristen, die unser Land besuchen wollen, in die Lage versetzt werden, schnellstmöglich die Ziele in unserem weitläufigen Land zu erreichen. Dazu brauchen wir auch die Anbindungen an internationale Flugverbindungen und deshalb muss der Ausbau der Infrastruktur bei dem zentralen Flughafen Rostock-Laage weiter forciert werden. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass es weitere regelmäßige Anbindungen an Luftverkehrskreuze gibt, und zwar nicht nur München und Köln/Bonn, sondern auch Kopenhagen. Es ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass dieses Land sich wirtschaftlich weiterentwickeln kann.

Das, was wir bei der Einbringungsrede gehört haben, führt nicht nur das Land ins Abseits, sondern es ist auch völlig untauglich als Verkehrskonzept, denn es ist nicht einmal der Ansatz eines Konzeptes. Und deshalb, Herr Minister, hoffe ich sehr, dass Sie spätestens im März diesem Landtag das, was Sie eben grundsätzlich umrissen haben, in einem in sich stimmigen Verkehrskonzept vorlegen können, damit auch all diejenigen, die sich tatsächlich ernsthaft mit dem Gedanken tragen, in diesem Land zu investieren, wissen, woran sie sind, und verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden. Dazu gehört ein sehr sorgfältig ausgearbeitetes leistungsfähiges Verkehrskonzept. Wir unterstützen Sie bei der Erarbeitung dieses Konzepts und vor allen Dingen bei der Durchsetzung. Wir hoffen, dass Sie sich nicht durch zu viele Bremsmanöver daran hindern lassen.

Bei Verkehrsflughäfen kann man Draisinen nicht gebrauchen, die haben wir vorhin vorgeführt bekommen, die sind für die Eisenbahn notwendig. Beim Verkehrskonzept geht es darum, dass man klare Vorstellungen hat und sie zügig umsetzt. Und dazu haben Sie unsere Unterstützung. Ich bitte deshalb, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, der genau das intendiert, was der Wirtschaftsminister deutlich gemacht hat. Denn wenn der Ursprungsantrag so stehen bleibt, dann besteht nach der Einbringungsrede die Gefahr, dass das Gegenteil von dem gemacht wird, was uns der zuständige Minister hier als notwendig für das Land dargelegt hat. – Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Born, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Walther?

Dr. Ulrich Born, CDU: Aber selbstverständlich.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Herr Walther, formulieren Sie Ihre Frage.

Gerd Walther, PDS: Herr Dr. Born, ist Ihnen bekannt – weil in Ihrer Darstellung eben der Eindruck hätte leicht erweckt werden können, dass beim Flugplatzbau in Pasewalk lediglich eine Firma für Digitalfotos am Werk wäre –, dass momentan dort wenige 100 Meter entfernt ein so genannter Großgewerbestandort errichtet wird? Und ist Ihnen weiterhin bekannt, dass das Kompetenzzentrum zum Flugzeugbau Auslöser für den Bau dieses Flugplatzes war, dass all diese Synergieeffekte gemeinsam für die Region genutzt werden sollten und so zu einem konzeptionellen Weg hin zu diesem Flugplatz führen?

Dr. Ulrich Born, CDU: Verehrter Herr Kollege, ich bin ja beeindruckt von der Bandbreite der Beiträge, die aus Ihrer

Fraktion zu ein und demselben Thema kommen. Ich schlage vor, dass Sie das, was Sie mir jetzt in Frageform vorgelegt haben, einmal Ihrer Kollegin Schwebs nahe bringen. Vielleicht kommen wir dann wenigstens dazu, dass wir uns darauf verständigen, dass wir gerade im Bereich des Luftverkehrs Schwerpunkte setzen müssen. Dann wären wir hier schon ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es wird für jedes einzelne Vorhaben immer gute Begründungen geben, weil mit jedem Vorhaben mindestens ein Arbeitsplatz geschaffen wird. Ich sage nur, solange die finanzielle Situation des Landes so ist, wie sie ist, müssen wir uns dazu entschließen, zum Luftverkehr im Land Ja zu sagen.

(Peter Ritter, PDS: In Maßen.)

Wir müssen uns auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren. Wir können nicht mehr mit einem Instrument, welches in einem ganz anderen Bereich erfolgreich ist, eine solche Politik betreiben. Das ist nämlich die Gießkanne, die der Gärtner braucht. Damit können Sie aber keine Flughäfen erbauen und auch nicht bewässern.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Walther?

Dr. Ulrich Born, CDU: Bitte schön, Herr Kollege.

Gerd Walther, PDS: Würden Sie mir dennoch zustimmen, weil Sie eben meine Frage nicht beantwortet haben, oder mir beantworten, ob Ihnen die Sachverhalte, die ich geschildert habe, bekannt waren?

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Walther, mir ist der Sachverhalt bekannt gewesen, dass entsprechende Landesmittel für die Landebahn ausgegeben wurden. Was sich dort alles im Umfeld tut, das weiß ich nicht im Detail. Ich sage nur, wenn sichergestellt ist, dass ohne jede Einschränkung die Schwerpunkte, wie ich sie eben skizziert habe und wie ich sie auch den Äußerungen des Wirtschaftsministers entnommen habe, wirklich umgesetzt werden, dann kann man sich ja noch alles Mögliche zusätzlich vorstellen. Aber wir müssen uns auf die Schwerpunkte konzentrieren und die müssen wirklich auch konsequent umgesetzt werden. Wenn das stattfindet, kann man über alles Weitere auch noch reden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Gerd Walther, PDS: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Entschuldigung, Frau Schwebs, ich habe mich vertan.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Ich hätte auch Frau Schwebs den Vortritt gelassen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Born, ich habe ja nun doch mit Genugtuung festgestellt, dass Sie offensichtlich das richtige Redekonzept dabei hatten, nicht dass ich dann tatsächlich für Sie Ihre Rede halten muss, obwohl ich mir denke, dass das, was ich an Ausführungen für die SPD-

Fraktion mache, zumindest von weiten Teilen dieses Hauses auch getragen wird.

Meine Damen und Herren, die Bereitstellung einer ausreichenden Flughafenkapazität ist eine maßgebliche Voraussetzung dafür, die Wettbewerbsstellung des auf optimale Verkehrsverbindungen angewiesenen Wirtschaftsstandortes Deutschland für die Zukunft zu sichern. Das ist jetzt keine Aussage von mir und auch keine Aussage der SPD-Fraktion, sie ist durch die Verkehrsministerkonferenz des Bundes und der Länder bereits am 16./17. April 1998 in Magdeburg getroffen worden. Sie gilt, denke ich mir, genauso heute noch wie vor sechs Jahren. Sie gilt nicht nur in Deutschland im Allgemeinen, sondern sie gilt insbesondere für den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern.

Internationale Flughäfen, aber auch Regionalflughäfen haben eine erhebliche ökonomische Bedeutung sowohl als Standort als auch als Wirtschaftsfaktor. Die Bedeutung von Regionalflughäfen als Standortfaktor ergibt sich neben ihrer Funktion als Verkehrsstation und Knotenpunktfunktion insbesondere aus ihrer Wirkung als Diffusionszentrum für den Strukturwandel sowie als Standortorientierung für innovations- und produktionsorientierte Dienstleistungsunternehmen. Ich möchte jetzt nicht auf den Flughafenstandort Pasewalk eingehen, aber wenn ich den Worten des Kollegen Walther folgen darf, ist dies ja gerade wieder ein Beispiel gewesen, dass die Wirtschaft sich um die Flughäfen herum entwickelt.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

In ihrer Funktion als Verkehrsstation dienen Flughäfen als Ausgangs- und Endpunkt für Reisen und für die Beförderung von Luftfracht. Bevölkerung und Wirtschaft in ihrem Einzugsgebiet erhalten Anschluss an den internationalen Luftverkehr. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für eine wettbewerbsorientierte Volkswirtschaft. Die wirtschaftlichen Vorteile der Anbindung einer Region an den nationalen und den internationalen Luftverkehr liegen in der positiven Wirkung für den Nutzer eines Flughafens aus Bevölkerung und Wirtschaft. Die hochwertige Mobilität des Luftverkehrs erzeugt aber darüber hinaus auch Produktivitäts- und Wachstumseffekte. Aus der verbesserten Erreichbarkeit ergeben sich Kostensenkungen, Markterweiterungen und Umsatzsteigerungen für Unternehmen. Dieser Nutzeffekt wird unmittelbar einzelwirtschaftlich spürbar. Jeder Euro und jeder Cent, der in die Infrastruktur und auch in den Luftverkehr investiert wird, ist letztendlich Wirtschaftsförderung pur, weil er entsprechende Folgeeffekte in der Region mit sich bringt. Für die Region schlägt sich das in einer Erhöhung der Produktionsleistung und in Mehrbeschäftigung nieder.

Aber auch für Privatreisen hat der Luftverkehr und insbesondere der Flugtouristikverkehr einen direkten Nutzen. Der Luftverkehr ermöglicht den Urlaubern eine schnelle, sichere, bequeme und preiswerte Reise in die Urlaubsregion. Dieses wird zukünftig insbesondere auch für das Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern eine immer stärkere Bedeutung gewinnen. Wir haben nicht nur Menschen in diesem Land, die ihren Urlaub in südlichen Gefilden verbringen wollen, wir haben immer mehr Menschen in diesem Land, die auch das Flugzeug dazu nutzen, hierhin zu kommen.

Eine optimale Anbindung an das nationale und internationale Luftverkehrsnetz ist aber auch im Hinblick auf die sich immer weiter verschärfende Standortkonkurrenz

erforderlich. Bereits vor Jahren, der Wirtschaftsminister hat darauf verwiesen, wurde in Untersuchungen immer wieder verdeutlicht, dass die Anbindung an das internationale Flugverkehrsnetz von zentraler Bedeutung für eine Standortentscheidung in- und ausländischer Unternehmen ist. Und ich weiß und ich sage das nun als Landtagsabgeordneter aus der Region Rostock, gerade in Rostock hat sich immer wieder in den vergangenen Jahren gezeigt in Gesprächen mit Unternehmern, die sich für den Standort Rostock entschieden haben, dass die Flugverbindung eines der wesentlichen Kriterien war, das letztendlich zu der Standortentscheidung beigetragen hat.

Als Instrument der Struktur- und Standortpolitik ist daher die Zielrichtung des Landes, neben der zu dem internationalen Drehkreuz München – inzwischen der Hauptflughafen der Lufthansa AG – bestehenden Verbindung weitere Verbindungen auf nationaler und internationaler Ebene aufzubauen, für die Entwicklung unseres Landes von grundlegender Bedeutung. Wir müssen jedoch – und da kann ich den Worten des Kollegen Born nur zustimmen – Vorsicht walten lassen, dass wir uns bei den Bemühungen, alle Regionen unseres Landes erfolgreich zu entwickeln und möglichst breiten Zielgruppen Rechnung zu tragen, nicht verzetteln. Gerade angesichts der knappen finanziellen Mittel unseres Landes müssen wir die vorhandenen Ressourcen zielgerichtet und effektiv einsetzen. Wir müssen die unterschiedlichen Stärken und Aufgaben der verschiedenen Flughäfen unseres Landes den wirtschaftlichen und den verkehrlichen Bedürfnissen des gesamten Landes entsprechend weiterentwickeln und nicht Konkurrenzsituationen befördern, die letztendlich allen Beteiligten zum Nachteil gereichen. Es gibt auch in anderen Bundesländern bereits den Vorgang einer Kanibalisierung zwischen den einzelnen Flughäfen, denn ein Passagier oder eine Tonne Luftfracht kann nicht innerhalb einer Region zweimal von verschiedenen Flughäfen transportiert werden. Unter diesen Prämissen, meine Damen und Herren, sollte daher das Luftverkehrskonzept des Landes überarbeitet und dem Landtag vorgelegt werden.

Und jetzt, meine Damen und Herren Kollegen von der CDU-Fraktion, einen Satz vielleicht noch zu Ihrem Änderungsantrag. Wenn Sie meine Rede verfolgt haben, gehe ich davon aus, werden Sie vernommen haben, dass inhaltlich zu den Ausführungen, optimal an das internationale Luftverkehrsnetz anzubinden, kein wesentlicher Unterschied vorhanden ist. Ich gehe aber auf der anderen Seite davon aus, dass Ihr Änderungsantrag an sich eine Selbstverständlichkeit ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber nicht nach der Rede von Kollegin Schwebs. Das hätte ich ja auch erst gedacht, aber jetzt bin ich im Zweifel.)

Herr Kollege, lauschen Sie meinen Worten!

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Bist du auch schon in der CDU?

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Karsten Neumann, PDS –
Angelika Gramkow, PDS:
Das ist ganz schön lustig.)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus – und ich denke, egal, ob das nun verirrte Abgeordnete in den Reihen der SPD-Fraktion sind, aus der CDU-Fraktion oder sonstige Mitglieder dieses Hauses –,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

dass das Wirtschaftsministerium, die Landesregierung unabhängig von Ihrem Änderungsantrag auf jeden Fall das Luftverkehrskonzept so überarbeiten wird,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

dass eine optimale Anbindung unseres Landes an das nationale und internationale Luftverkehrskonzept erfolgt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann brauchen wir auch diesen ganzen Antrag gar nicht. Dann brauchen wir überhaupt gar keinen Antrag.)

Und deswegen brauchen wir Ihren Antrag nicht. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –

Minister Dr. Till Backhaus: Dann darf ich heute noch mit dem Auto nach Hause fahren. – Heike Polzin, SPD: Wenn Sie damit nicht fliegen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schulte.

Jetzt hat das Wort die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In meiner Einbringungsrede habe ich Fragen gestellt, die mir in Diskussionen über die Entwicklung des Luftverkehrskonzeptes hier im Lande an dieser oder jener Stelle gestellt wurden. Und, Herr Ebnet, es tut mir Leid, das Vorurteil, durch das Sie die Rede wieder gefiltert haben,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

dass nämlich alles, was umweltpolitisch betrachtet und bewertet wird, a priori wirtschaftsfeindlich ist, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU:

Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Genau so hat er es dargestellt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat er überhaupt nicht gesagt. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich sage es noch einmal: Ich habe Fragen gestellt

(Dr. Ulrich Born, CDU:

Und er hat sie klar beantwortet.)

und ich habe Knackpunkte genannt. Und diesen Knackpunkten wird sich auch derjenige, der das Luftverkehrskonzept erarbeitet, stellen müssen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Da geht es nämlich um Passagierzahlen und Einzugsgebiete. Da geht es um Billigflieger. Da geht es um Investitionen in Strukturen und auch um umweltpolitische Aspekte.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und es geht um Abstimmung und Kooperation von Flughäfen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Schluss mit den Subventionen!)

In Norddeutschland, meine Damen und Herren, verfügen wir über ein relativ gut ausgebautes Netz von Flughä-

fen. Alle Flughäfen konkurrieren untereinander und kämpfen zum Teil um die gleichen Reisenden. Herr Schulte hat das eben hier gesagt in Bezug auf die Frachtpost. Bei den vorgelegten Prognosen werden regelmäßig die Einzugsgebiete und damit die vermeintlichen Passagierströme viel zu großzügig berechnet. Gleich mehrere Flughäfen lassen so die gleichen Gebiete in ihre Berechnungen einfließen, die Anzahl der Passagiere ist aber begrenzt. So kämpfen die Flughäfen in Hamburg, Lübeck, Rostock-Laage und Neubrandenburg gemeinsam gegen den Großraum Berlin und gleichzeitig gegeneinander um dieselben Fluglinien und Passagiere. Flugreisende, die nach Rostock-Laage oder Neubrandenburg abwandern, fehlen aber in Hamburg und Lübeck. Und in diesen Kampf fließen offen oder verdeckt Fördergelder und Zuschüsse in Millionenhöhe. Es werden ganze Fluglinien durch den Steuerzahler gesponsert und das alles in Zeiten äußerst knapper Kassen.

(Peter Ritter, PDS: Und das Geld brauchen wir woanders ganz dringend.)

Eine Kooperation der Flughäfen untereinander und die Abstimmung der Luftverkehrskonzepte der Länder miteinander scheinen beinahe unmöglich. Und der Ruf nach dem Staat, der sich sonst aus der Wirtschaft gefälligst herauszuhalten hat,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

ist von den Flughäfen des Landes bei jeder Haushaltsberatung des Landes oder auch in den Kreisen laut und deutlich zu hören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Wie ist es mit der Eisenbahnsubventionierung? Wie ist es mit der Eisenbahn?)

Und jetzt sage ich ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Die Eisenbahn wird auch abgeschafft. – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir reden über das Fliegen.

Und jetzt sage ich die Position der PDS-Fraktion: Fluglinien, die nicht wirtschaftlich zu betreiben sind, sollten auf keinen Fall mehr irgendeine Förderung durch das Land erhalten. Einstmals war dies auch Konsens in diesem Hause, nicht nur aus umweltpolitischen Gründen. Leider wurde dieser Konsens aufgegeben. Ich hoffe, in Zeiten knapper Kassen wird er sich irgendwann wieder durchsetzen.

Ebenso laut ist der Ruf nach Billigfluglinien hier im Lande zu vernehmen, wohl wissend um die Konkurrenz zu Berlin und Lübeck. Und wie groß auch immer die Wachstumsraten der einzelnen Billigflieger sind, angesichts der auf den ersten Blick beeindruckenden Prognosen und Ausblicke sind Fragen nach der Wirtschaftlichkeit und nach den Folgekosten für die Flughäfen und den Steuerzahler, egal ob Land oder Kommunen, doch angebracht.

Und jetzt möchte ich vielleicht den Minister noch einmal etwas fragen. Sie haben ja wiederholt gesagt, Herr Ebnet, wir können an der Realität nichts ändern. Herr Minister, stimmen Sie vielleicht der Auffassung zu, dass auch die Landesregierung mindestens eine Mitverantwortung an einer wie auch immer sich präsentierenden Realität hat?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Auch für die Arbeitsplätze im Land.)

Und stimmen Sie der Auffassung zu, auch das ist Realität, dass eine Landesregierung,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

wie Dr. Born es ja in seinem Redebeitrag schon bestätigt hat, für eine Weichenstellung, für eine andere, in die Zukunft gewandte Entwicklung eine gewisse Verantwortung trägt? Und, Herr Minister, sind Sie denn auch der Meinung, dass man an der Ausrichtung der Verkehrspolitik des Landes etwas ändern könnte, wenn man denn wollte?

Und damit bitte ich trotz alledem um Zustimmung für unseren Antrag, denn ich denke, das Luftverkehrskonzept, Herr Dr. Born, Sie haben es auch gesagt, sollte fortgeschrieben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Um das Wort hat jetzt noch einmal der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ebnet gebeten.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Schwebs, Sie haben noch einige Fragen gestellt, die ich gerne beantworten möchte.

Bevor ich das aber tue, wollte ich Herrn Dr. Born noch ansprechen. Herr Dr. Born, Sie haben gesagt, Sie kennen im Uecker-Randow-Kreis und in Pasewalk nicht jedes Detail. Es ist immer ein bisschen schwierig, wenn man spricht, ohne die Details zu kennen. Da landet man schnell in einem Fettnäpfchen.

(Dr. Henning von Storch, CDU:
Das machen Sie aber auch ab und zu.)

Sie sind da leider hineingetreten. Ich will es Ihnen einfach einmal sagen. Sie sprachen von Investitionen in das Flugfeld Franzfelde. Die Landebahn wurde befestigt. Ob sich das gelohnt hat, war Ihre Frage, und Sie haben es im Beitrag mit einem Nein versehen. Allein dadurch sind jetzt an dem Flugfeld zwei Unternehmen dabei, 14 Millionen Euro zu investieren. Das ist eine ganze Menge. Das sind hochwertige Arbeitsplätze für den Uecker-Randow-Kreis, für Pasewalk. Herr Walther hat schon gesagt, dass der Großgewerbestandort unmittelbar daneben liegt. Herr Dr. Born, ich kann Ihnen heute sagen, dass wir mit weiteren Unternehmen im Gespräch sind, die genau diesen Flugplatz brauchen, dieses Flugfeld so brauchen, wie es jetzt ist, und mit denen man nicht reden könnte, wenn diese Infrastruktur nicht geschaffen worden wäre.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Sie haben soeben etwas gesagt bekommen, was Sie mich dann fragen, Herr Dr. Born. Bitte schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment, Herr Minister.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Minister Dr. Otto Ebnet: Entschuldigung.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das legt immer noch die Präsidentin fest.

Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Born?

Minister Dr. Otto Ebnet: Entschuldigung, Frau Präsidentin. Selbstverständlich.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Born, formulieren Sie Ihre Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kollege Liskow wie jeder andere auch, wenn er Fragen zu stellen hat, das sicherlich selber tun wird und nicht einen anderen Abgeordneten braucht, um solche Fragen dann zu stellen?

Mich würde aber interessieren, Herr Minister: Wie hoch sind denn die Fördermittel, die die beteiligten Unternehmen bekommen haben? Und sind das zum Beispiel Unternehmen, die sich bisher am Markt behauptet haben, oder sind es auch welche, die schon eine andere Entwicklung hinter sich haben wie Insolvenzen und Ähnliches? Denn dann müssen wir einmal über die Gesamtsummen reden.

Minister Dr. Otto Ebnet: Von den zwei Unternehmen, von denen ich gesprochen habe, ich habe über die Investitionssumme gesprochen, fällt eines in die Kategorie KMU. Sie können sich dann ein Bild machen über die Größenordnung der Subvention. Das ist eine betriebsinterne Zahl. Ich werde sie hier nicht nennen. Das andere ist ein größeres Unternehmen. Beide Unternehmen sind nie in der Insolvenz gewesen oder laufen auch nur Gefahr, da hineinzugehen. Das eine ist ein Unternehmen, das bereits jetzt in dieser Region tätig ist, es heißt IFMS. Dieses Unternehmen macht Luftbildaufnahmen weltweit und verkauft sie auch ganz gut, ein ordentliches Geschäft. Das zweite Unternehmen ist eine Tochtergesellschaft von Swiss-Photo, welches auch Luftbildaufnahmen macht, aber in einem anderen Marktsegment, bisher die Flüge von Berlin aus vornimmt und in Zukunft von Pasewalk aus vornehmen wird. Und wie gesagt, 14 Millionen Euro Investition, da muss man auch schon ein ganz gewaltiges Standing haben, um diese Finanzierung aufzubringen. Das war für diese Unternehmen kein Problem.

Jetzt will ich ganz gern noch zu Frau Schwebs kommen. Frau Schwebs, Sie sagten, es sind Fragen, die Ihnen gestellt werden. Natürlich werden auch solche Fragen gestellt, das ist ganz klar. Ich spreche auch mit anderen Leuten und da werden andere Fragen gestellt.

(Peter Ritter, PDS: Das ist immer so,
je nachdem, mit wem man spricht.)

Es gibt unterschiedliche Bezugsgruppen und jeder hat mehr Gespräche mit der einen oder mit der anderen Gruppe. So ist das.

(Peter Ritter, PDS: So ist das.)

Aber man soll akzeptieren, dass es andere Gespräche und andere Meinungen gibt und auch andere Fragen, die einem gestellt werden.

Frau Schwebs, Sie haben für Abstimmung zwischen den einzelnen Flughäfen in Norddeutschland oder auch darüber hinaus plädiert. Das funktioniert nur begrenzt.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich glaube, wir haben ein anderes Wirtschaftsbild im Kopf. Hier herrscht Wettbewerb. Hier herrscht Wettbewerb in der Art, dass jeder versucht, jedem etwas wegzunehmen. Das ist ganz normale Marktwirtschaft.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Ich möchte auch auf diesen Wettbewerb nicht verzichten.

Frau Schwebs, Sie haben in Ihrer Einführungsrede noch von der Subventionierung oder sinngemäß von der Subventionierung von reichen Managern gesprochen. Wenn wir das Thema so anfassen, dann ist es natürlich ganz klar, wie es ausgeht. Wer will das? Wer macht das? Das macht ja auch überhaupt keinen Sinn. Aber ich bitte, eins nicht zu vernachlässigen, dass es hier nicht um Verteilungskonflikte geht, die an dieser Stelle ausgetragen werden sollten und die im Vordergrund stehen sollten, oder um irgendwelche Umverteilungsprozesse, sondern dass wir schlicht und einfach um jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen für die Menschen in diesem Land.

(Beifall Andreas Petters, CDU)

Ich wollte nur noch darauf hinweisen, bevor ich jetzt wieder zu voreilig bin.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Ritter von der PDS-Fraktion? (Zustimmung)

Bitte schön.

Peter Ritter, PDS: Herr Minister, wenn Sie auf den Wettbewerb abzielen, möchte ich noch die Frage stellen: Wie bewerten Sie, dass eine Fluglinie im Land mit Mitteln des Landes subventioniert wird, und eine andere Fluglinie, die fast nahezu die gleiche Linie abdeckt, nicht? Hat das etwas mit Wettbewerb zu tun? Und eine zweite Frage, wie das zu verstehen ist: Im Verkehrskonzept des Landes, was wir gemeinsam erarbeitet haben, ist die Rede davon, dass Fluglinien generell nicht subventioniert werden. Wie ist das in Einklang zu bringen?

(Birgit Schwebs, PDS: Genau so.)

Minister Dr. Otto Ebnet: Schön, dass Sie jetzt die Frage stellen. Ich war unmittelbar vor der Antwort in meiner Rede.

(Andreas Petters, CDU: Ist das schon fertig, das Konzept?)

Wir haben Folgendes in Deutschland, auch in Mecklenburg-Vorpommern, dass die Flughäfen nicht ohne die Infrastruktur – das, was verbaut wird bei Flughäfen –, nicht ohne öffentliche Subventionen laufen, dass also subventioniert wird in Infrastruktur. Die andere Frage ist: Werden Fluglinien, die dann diese Infrastruktur nutzen, subventioniert? Das ist in der Tat eher die Ausnahme als die Regel. Der ganze Charterverkehr läuft ohne Subventionen ab. Bei den Billigfliegern gibt es neuerdings eine andere Art von Subvention, dass diese keine auch nur annähernd kosten deckenden Gebühren mehr bezahlen. Da kommt also schon die Verfälschung des Wettbewerbs ins Spiel. Und so versucht sich jeder Vorteile zu schaffen.

Wir haben Regionalflughäfen in Deutschland, bei denen der Linienverkehr stattfindet, aber nicht ohne Subvention läuft. In Thüringen ist es zum Beispiel so, in Erfurt. Erfurt ist nur deshalb an den Linienverkehr angebunden, weil das Land Thüringen die Linien subventioniert. Meines Wissens ist das ein Betrag von etwa 10 Millionen Euro, ohne dass ich jetzt die genaue Zahl vor mir liegen habe. Das sind ganz andere Größenordnungen, in die andere Länder hineingehen. Und wir sind im Standortwettbewerb natürlich auch mit Thüringen. Und wenn die sagen, zu uns könnt ihr fliegen oder bei uns gibt es einen Flugverkehr,

und Mecklenburg-Vorpommern sagt Nein, haben wir nicht, da müsst ihr nach Hamburg oder nach Berlin gehen, dann ist das für Mecklenburg-Vorpommern ein Nachteil. Man kann sich die Welt anders wünschen. Ich wünsche sie mir auch nicht so, wie sie ist. Aber wir können nicht darauf verzichten, mit anderen mitzuhalten und im Wettbewerb dann hoffentlich auch zu gewinnen oder zumindest zu bestehen.

Peter Ritter, PDS: Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Ritter?

Minister Dr. Otto Ebnet: Bitte schön.

Peter Ritter, PDS: Hielten Sie es für vernünftig, weil ja offensichtlich alle neuen Bundesländer mit der gleichen Problematik umgehen müssen, dass sich die neuen Bundesländer auf einen großen Flughafen verständigen, der dann genau diese internationale Anbindung für alle neuen Bundesländer zur Verfügung stellt, kombiniert mit einer Straßen- und Schienenanbindung, anstatt dass sich alle neuen Bundesländer auf ihre Kleckervarianten weiter verständigen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Für alle neuen Bundesländer, Herr Ritter, ist es wichtig, dass ein neuer Großflughafen in Berlin entsteht. Auch da gibt es ja Widerstände. Das geht da auch nicht alles so problemlos. Eines unserer Probleme ist ja, wenn Sie erlauben, dass ich ein bisschen aushole – und das ist vor allem in Vorpommern ein Problem –, dass wir uns in Vorpommern auch deshalb mit der wirtschaftlichen Entwicklung so schwer tun, weil sich Berlin schwer tut mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Und Berlin tut sich nicht zuletzt auch deshalb schwer mit der wirtschaftlichen Entwicklung, weil dieser Flughafen fehlt.

Sie müssen daran denken, wie München richtig wirtschaftlich explodiert ist und geboomt hat, seit der Flughafen fertiggestellt ist. Das fehlt in Berlin. Das hemmt uns auch in Mecklenburg-Vorpommern in der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Flughafen ist wichtig. Aber das ist eine andere Liga. Darunter gibt es ja dann die Regionalflughäfen und da punktet natürlich Dresden, da punktet Leipzig, da punktet Erfurt, da versucht Magdeburg mitzuhalten und wir versuchen auch etwas anzubieten. Man kann sich ausklinken und sagen, gut, dann machen es eben die anderen und wir verzichten darauf. Aber ich kann nur noch einmal betonen, wenn wir das tun, dann verzichten wir nicht nur auf den Luftverkehr, dann verzichten wir auf Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Verzicht wäre mir zu teuer.

Frau Schwebs, zu Ihren Fragen noch zum Schluss, ob die Landesregierung Mitverantwortung hat für die Realität, die ich so geschildert habe, wie sie ist. Ich weiß es nicht. Ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß nicht, ob die Realität trotz oder wegen der Politik so ist. Das ist immer schwer zu beantworten. Die Politik ist da manchmal in ihrem Erfolg nicht so leicht zu messen. Ich denke aber, wir haben es hier vor allem mit einem Bewusstsein der Menschen zu tun, das auch teilweise im Werteraum liegt, nicht im Raum der Politik. Sie können natürlich sagen, wir haben eine Verantwortung für diese Werte oder dafür, ob die Menschen ins Auto oder in die Bahn steigen. Ich würde sagen, da haben wir nur begrenzt Einflussmöglichkeiten. Auch mit einem Verkehrskonzept haben wir nur begrenzt Einflussmöglichkeiten.

Und das trifft dann Ihre zweite Frage, ob man an dieser Ausrichtung etwas ändern kann. Frau Schwebs, wir haben

wirklich mit viel Milliarden, mit viel Geld versucht, den Menschen ein attraktives Angebot für die Bahn zu machen. Da hat sich wirklich wesentlich etwas verbessert. Dann wurde der ICE gebaut und so weiter. Es sind tatsächlich gute Angebote, die man auch nutzen könnte. Und was machen die Leute? Es fliegen trotzdem immer mehr.

(Peter Ritter, PDS: Weil Fliegen billiger ist.)

Na gut, Herr Ritter, jetzt sagen Sie natürlich, es ist zu teuer. Jetzt sollen wir also den ICE wieder im Betrieb subventionieren, damit er billiger wird. Die Subventionen kommen ja auch nicht von nichts. Und dann sind das wieder Steuerungsinstrumente, in die man hier hineinkommt und man stellt sich natürlich die Frage, ob dieses Handeln gegen das, was die Menschen möchten, tatsächlich auf Dauer ein sinnvoller, auch ein finanzierbarer Weg ist. Ich meine, dann stößt man auch an finanzielle Grenzen und deshalb ist dieses nicht unbegrenzt zu leisten. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1385 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der CDU zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1385 mit den Stimmen der CDU,

(Rainer Prachtl, CDU: Und der Finanzministerin, ja. – Heiterkeit bei Bodo Krumbholz, SPD, Heike Polzin, SPD, und Rainer Prachtl, CDU)

wenigen Stimmen der SPD-Fraktion, gegen die Stimmen der SPD- und der PDS-Fraktion bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1361. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1361 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für Mecklenburg-Vorpommern nutzen, auf Drucksache 4/1382.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für Mecklenburg-Vorpommern nutzen – Drucksache 4/1382 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Petters von der CDU-Fraktion.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt Ihnen nunmehr ein interfraktioneller Antrag zum Thema „Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für Mecklenburg-Vorpommern nutzen“ vor. Dieser Antrag befasst sich nicht, wie einige meinen, mit dem Fußballsport, auch nicht vorrangig mit dem Tourismus, denn er befasst sich

vorrangig damit, wie wir den Standort Mecklenburg-Vorpommern präsentieren und Großereignisse wie die Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Und das, das ist ja nicht zu bestreiten, haben wir auch mit anderen Großereignissen gemacht – ich erinnere an die EXPO 2000, aber auch an die Jahresfeier „1000 Jahre Mecklenburg“ –, dass wir diese großen Events optimal für dieses Land nutzen.

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Deswegen denke ich auch, dass es eigentlich nicht immer unsere Aufgabe ist, die Landesregierung an solche Events zu erinnern. Aber wir haben den Eindruck gehabt – und eben diesem Eindruck haben sich auch die anderen beiden Fraktionen angeschlossen –, dass die Landesregierung dieses Thema noch nicht aktiv angefasst hat.

(Heike Polzin, SPD: So würde ich das aber nicht interpretieren, dass sich die anderen beiden Fraktionen dem angeschlossen haben.)

Ich habe das aber so. Sonst hätten wir ja keinen interfraktionellen Antrag gemacht.

(Heike Polzin, SPD: Da war man ganz vorsichtig, das gemeinsam zu machen. –

Angelika Gramkow, PDS: Was haben wir denn unterschrieben?)

Der Tourismusverband hat schon mehrfach auf seinen Geschäftsführer tagungen das Thema Fußball-Weltmeisterschaft angesprochen und auch reagiert,

(Heike Polzin, SPD: Das ist mein Lieblingsthema.)

indem man Fußballferien in Mecklenburg-Vorpommern in einer Broschüre thematisiert hat. Ich denke, das ist eine schöne Initiative. Aber das kann ja wohl nicht alles sein, was wir in diesem Bereich machen wollen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Deswegen sollten Unternehmen, aber auch Kommunen des Landes sich mit diesem Thema befassen, und die Landesregierung sollte, wie sie es bei der EXPO 2000 und der Feier „1000 Jahre Mecklenburg“ getan hat, eine wichtige Koordinierungsfunktion wahrnehmen.

(Heike Polzin, SPD: Das hätten wir auch ohne CDU-Antrag hingekriegt.)

Meine Damen und Herren, es ist ja auch unbestritten, dass dieses große Event ein Medieninteresse in Norddeutschland, obwohl wir keinen Austragungsort hier in Mecklenburg-Vorpommern haben, wirklich erzeugen wird. Dieses sollten wir nutzen und ich gehe so weit – das steht ja auch im Antrag –, dass wir auch in der Landesmarketingkampagne für die Jahre 2005 und 2006 diese Weltmeisterschaft in den Kampagnenplan aufnehmen sollten.

(Angelika Gramkow, PDS: Machen Sie doch mal ein paar Vorschläge, Herr Petters!)

Das werde ich machen.

Ich denke, dies wird uns dann auch – und darauf haben wir uns ja verständigt – bis zum 1. Februar 2005 die Landesregierung mitteilen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen, und ich denke, wir können über diesen Antrag heute hier abstimmen und müssen ihn nicht in einen Ausschuss überweisen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich gehe davon aus, dass das kein Geld kostet.)

denn wenn der Bericht zum 1. Februar 2005 kommt, können wir diesen Bericht immer noch hier im Hohen Hause thematisieren. – Vielen Dank.

(Beifall Renate Holznagel, CDU,
und Gesine Skrzepski, CDU –
Bodo Krumbholz, SPD: Das war alles?!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Detlef Müller von der SPD-Fraktion.

Detlef Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Fußballfreunde

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Na, na, na, na, na! –
Reinhard Dankert, SPD: Freundinnen!)

und -freundinnen. Sorry!

(Beate Mahr, SPD: Nicht vergessen! Wer ist
Fußballweltmeister geworden? Die Damen! –
Angelika Gramkow, PDS: So ist es.)

In Vorbereitung dieses interfraktionellen Antrages und auch in einigen Vorgesprächen zur heutigen Tagung sind natürlich einige Bedenken zum Inhalt dieses Antrages geäußert worden. Diese Bedenken resultieren in erster Linie daraus, dass man im Moment zumindest den Eindruck hat, dass das Spiel um die Weltmeisterschaft in einem anderen Teil des Spielfeldes stattfindet, in dem wir uns nicht befinden.

(Angelika Gramkow, PDS: Na!)

Und insofern kann ich also diese Bedenken durchaus auch nachvollziehen. Und es ist in der Tat so, auch Herr Petters hat schon darauf hingewiesen, wir haben leider in unserem Land keinen Spielort. Das ist bedauerlich und die Fußballfreunde und Sportfreunde unseres Landes sind darüber auch sehr traurig. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das hängt nicht nur damit zusammen, so meine ich zumindest, dass wir nicht die geforderte Infrastruktur vorhalten konnten, sondern das hängt auch damit zusammen, dass wir als Bundesland bei den Entscheidungsträgern, beim DFB, einfach zu wenig Lobby haben.

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

Und insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht dann dieser Antrag vielleicht doch wieder Sinn, nicht weil wir die Landesregierung bitten, bis zum 01.05. – Herr Petters, Sie haben 01.02. gesagt –

(Andreas Petters, CDU: Ja, excuse me!)

uns darüber zu informieren, wie sie glauben unser Land hier mit einzubringen,

(Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD)

sondern weil wir als Land zum Ausdruck bringen mit diesem Antrag, wir stehen zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland und freuen uns auf die Fußballwelt auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Und dass da noch etwas geht, zeigt der gestrige Tag, verehrte Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: So?)

Die FIFA hat die Vorschläge für die Quartiere der Mannschaften bestätigt und da ist auch der Warnemünder Hof aus Rostock-Warnemünde dabei. Ich hätte mir gewünscht, dass noch mehr Hotels aus Mecklenburg-Vorpommern dabei sind. Aber leider hat sich auch nur dieser eine beworben,

(Angelika Gramkow, PDS: Dann, sagen Sie
auch, warum sich nur einer beworben hat,
wie die knallharten Bedingungen aussehen!)

weil die Hürden natürlich sehr hoch sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Erst renovieren
und dann die Fußballer rein. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Renate Holznagel, CDU –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Keine Frage, aber ich glaube, dass durchaus auch andere Einrichtungen in unserem Land die Bedingungen hätten und dort hätten Teams Quartier beziehen können. Und was mich in dem Zusammenhang auch noch so ein bisschen ärgert, wenn wir schon gerade darüber reden, wie wir uns hier präsentieren, heute steht dazu ja in der SVZ, dass das gestern passiert ist, dass also diese Quartiere bestätigt worden sind, aber nicht ein Satz weist darauf hin, dass Warnemünde, also sprich der Warnemünder Hof dabei ist. Das bedauere ich schon sehr und ich hätte mir gewünscht, dass die SVZ das ein bisschen mehr hervorgehoben hätte.

(Bodo Krumbholz, SPD: Das schreiben
sie morgen noch nach der Rede.)

Es wird wahrscheinlich morgen drinstehen, genau.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist davon auszugehen, dass natürlich noch viele Vorböten hier zu uns ins Land kommen und die Quartiere begutachten, dass natürlich dann auch ein gewisser Tross von Journalisten dabei sein wird, dass Fernsehen und Offizielle zu uns ins Land kommen.

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Insofern glaube ich schon, dass wir auch hier eine Möglichkeit haben, uns zu präsentieren.

Interessant ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch einmal, dass man davon ausgeht, dass circa 10.000 Journalisten aus 180 Ländern die Fußball-Weltmeisterschaft begleiten werden. Völlig klar, vorwiegend werden diese natürlich in den zwölf Spielorten sein. Aber sie werden auch die Regionen besuchen. Und hier, glaube ich, haben wir eine Chance. Nämlich die Spielorte Berlin und Hamburg befinden sich ja in unmittelbarer Nähe unseres Landes und insofern, glaube ich, werden durchaus auch einige Synergieeffekte entstehen.

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

Und wenn man bedenkt, dass in diesen beiden Spielorten elf Spiele stattfinden und in dem Zusammenhang auch das Endspiel stattfindet am 09.07., kann man also davon ausgehen, dass die Zuschauerresonanz sehr hoch sein wird. Man geht davon aus, dass im Durchschnitt 46.875 zahlende Zuschauer dabei sein werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber Sie wissen auch, was die wollen. Die wollen Fußball gucken! – Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Die wollen natürlich Fußball gucken, völlig klar, aber nicht nur Fußball. Das Spiel geht ja meistens nur 90 Minuten und insofern gibt es auch so ein bisschen Vor- und Nachspiel.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Ich glaube schon, dass diese knappe halbe Million, die dann zu diesen elf Spielen kommt, durchaus durch unser Land fährt und vielleicht der eine oder andere sogar bei uns im Land bleibt.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Bodo Krumbholz, SPD)

Insgesamt, auch das ist interessant, wird davon ausgegangen, dass circa drei Millionen Zuschauer die Weltmeisterschaft hier in unserem Land sehen wollen,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

ein Riesenpotential, wie ich meine. Auch wenn wir eben schon gesagt haben, natürlich wollen sie in erster Linie Fußball schauen, Fußball erleben, glaube ich aber, dass wie gesagt auch hier einiges für uns möglich ist.

Und in diesem Zusammenhang gestatten Sie mir vielleicht noch einige andere interessante Zahlen. Man geht also davon aus, dass drei Millionen Tickets verkauft werden, völlig klar, wenn drei Millionen Fans erwartet werden. Man geht davon aus, dass ungefähr 150 Mitarbeiter im Organisationskomitee mitarbeiten, dass die Fahrzeugflotte dieses Komitees 950 Autos umfasst, also ein ziemlicher Tross. Man kann wirklich sagen, es ist in der Tat so, die Welt ist bei uns zu Gast. Wir müssen uns, meine ich, ziemlich ins Zeug legen, um auch dem Slogan dieser WM gerecht zu werden, der lautet: „Die Welt zu Gast bei Freunden“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Countdown läuft. Man glaubt es kaum, aber es sind noch 602 Tage bis zum Anpfiff des Eröffnungsspiels. Das Fieber bei den Fußballfans steigt stetig. Nicht nur die Qualifikationsspiele haben begonnen, sondern auch viele Aktivitäten in Schulen, Vereinen, Städten und Gemeinden weisen bereits auf die WM 2006 hin. Im nächsten Jahr läuft eine so genannte kleine WM hier in Deutschland, nämlich der Confederations Cup. In fünf Spielorten wird er ausgetragen und ist somit eine Generalprobe für 2006.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Vizepräsident des Landesfußballverbandes wurde ich vor circa vier Wochen nach Hamburg eingeladen. Bürgermeister Ole von Beust und das Organisationskomitee der WM hatten mich zur Eröffnung des Fußballglobus eingeladen. In seiner Begrüßungsrede hat der Kaiser so sinngemäß gesagt beziehungsweise darauf hingewiesen, dass es in den nächsten 50 Jahren kein vergleichbares Sportereignis mehr in Deutschland geben wird.

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Was?! – Holger Friedrich, SPD: Das kann der doch jetzt noch gar nicht wissen! – Zuruf von Bodo Krumbholz, SPD)

Dazu kann ich nur sagen: Recht hat er!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Angelika Gramkow, PDS: War das die letzte Olympiabewerbung, die wir losgelassen haben, oder was? – Gabriele Schulz, PDS: Das glaube ich nicht.)

Recht hat er, kann ich dazu nur sagen. Ich glaube, es ist nur legitim, dass wir als Land versuchen, von diesem Ereignis zu profitieren. Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns versuchen, den Ball zu bekommen und ihn so lange wie möglich in unseren Reihen und auf unserem Spielfeld zu halten! – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Vincent Kokert, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Detlef Müller, SPD)

Ach, Herr Müller!

Herr Petters, ich habe lange überlegt, wie wir mit dem ersten Antrag umgehen. Ich habe etwas gezögert, ob ich meine Unterschrift unter den interfraktionellen Antrag setzen soll. Aber beim Thema Fußball, ja, was macht man da nicht alles. Ich bin wirklich eine begeisterte Fußballanhängerin und würde mir so sehr wünschen, dass es uns gemeinsam gelingt, etwas zu tun, was auch immer, damit Hansa etwas weiter auf einen Mittelplatz gerät

(Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD)

und wir das Profil von Fußball in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Reinhard Dankert, SPD: Das wird schon.)

Und insofern haben wir dann gesagt, okay, das machen wir, weil es sonst wieder heißt: Typisch, die PDS ist auch noch gegen die Fußballweltmeisterschaft. Das sind wir nicht!

Aber ein paar kritische Anmerkungen, Herr Petters, ich habe Ihnen das nicht umsonst gesagt, hätte ich mir schon von Ihnen gewünscht. Nur einfach zu sagen, wir machen nicht genug, Landesregierung mach mal und erzähl uns dann bis Anfang des Jahres, was du machen kannst, aber Geld darf es ja nicht kosten, es ist ja nicht finanzrelevant, denn sonst würde es in den Finanzausschuss gehören, und Sie haben auch gesagt, wir können ihn sofort abstimmen, das ist mir ein bisschen zu billig. Ich denke, dass man auch hier nicht einfach sagen kann: Landesregierung, lass dir mal was einfallen! Ich weiß, dass sehr viele Initiativen über den Tourismusverband laufen und dass man sich natürlich auch – Herr Müller, Sie haben ja heute so schön zitiert – mit den Unternehmen und den Kommunen in Ludwigslust angucken kann, was man anbieten und wie man es im Prinzip an unsere Produkte anhängen kann. Wir haben darüber nachgedacht, was denn tatsächlich überhaupt möglich ist. Und da bin ich schon darüber gestolpert, und Sie wissen das als Vizepräsident sehr genau, wie knallhart die Bandagen sind, um überhaupt an

Werbung, wenn sie denn überhaupt möglich ist, in diesem Bereich heranzukommen.

Warum Hotels sich nicht beworben haben, das hat schon etwas damit zu tun, dass Werbung in den Hotels während dieser Zeit nicht möglich ist. Viele sind auch davor zurückgeschreckt, weitere Renovierungen durchzuführen, und zwar nicht nur in den Zimmern, um ihre Häuser zur Verfügung zu stellen. Ich hatte auch im ersten Moment gedacht, es wäre doch vielleicht toll, mit ganz bestimmten Mottos oder ganz bestimmten und ehemals auch in unserem Land zur Verfügung gestellten Kampagnen auf der Rückseite der Eintrittskarten zu werben. Das ist es aber nicht. Hinzu kommt aus meiner Sicht, und das dürfen wir bitte nicht vergessen, der Zeitpunkt. Der Zeitpunkt ist Juni und Juli des Jahres 2006. Ich hoffe sehr, dass, wenn die Fußballweltmeisterschaft beginnt, wie in jedem Jahr die Kapazitäten zur touristischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bereits ausgelastet sind, und zwar nicht durch gestresste Familien, deren Männer oder Frauen zum Fußball fahren. Die Frage ist ja, wie können wir zusätzliche Kapazitäten ermöglichen, um Familienzusammenführung tatsächlich auch zu realisieren, wenn die Männer ins Stadion gehen

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Holger Friedrich, SPD)

und die Frauen sich vielleicht an der Müritz etwas einfallen lassen wollen und an die Ostsee gehen. Das zu berücksichtigen ist schon etwas wert. Ich gehe davon aus, freihalten wird keiner seine Kapazitäten über den Winter. Sie wissen einerseits alle, wie toll es ist, andererseits, dass man darauf angewiesen ist, wenn man im Mai noch meint, im Juli oder August tatsächlich eine ordentliche Unterkunft an unserer herrlichen Ostseeküste oder im Binnenland zu finden.

(Heiterkeit bei Dr. Martina Bunge, PDS, und Gerd Walther, PDS – Holger Friedrich, SPD:
Wir haben nur ordentliche Unterkünfte. –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Ich denke, diese Fragen sind zu berücksichtigen.

Und dann hat es tatsächlich auch noch richtig tolle Ideen gegeben, wenn man so darüber philosophiert und sagt, ja, was können wir machen, was können wir nicht machen. Da gibt es natürlich Ideen, von denen ich glaube, dass sowohl Ausländerinnen und Ausländer als auch Inländerinnen und Inländer gar nicht abgeneigt wären. Es gibt zum Beispiel einen Vorschlag aus unserem Arbeitskreis. Konkurrenzangebote zu machen wäre vielleicht nicht ganz richtig, aber was wäre, wenn wir gezielt die Einwohnerinnen und Einwohner der Ausrichtungsorte bewerben, und zwar unter dem Motto „Dem Trubel entrinnen, erholen in Mecklenburg-Vorpommern!“?

(Beifall Detlef Müller, SPD, und Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD)

Vielleicht wollen ja auch nicht alle im Verkehrschaos der 3,5 Millionen Besucher/-innen und 10.000 Touristen oder Printmedienvertreter ersticken. Das wäre auch eine Variante. Hinzu kommt, dass wir einmal eine so tolle Marketingstrategie und Superplakate gehabt haben. Ich fand sie wirklich gut. Warum eigentlich nicht unter dem Motto „Blond, blauäugig und blöd zum FKK an den Ostseestrand!“?

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU: Genau!)

Ich könnte mir vorstellen, dass das ein Renner sein könnte, sogar bei denjenigen, die gestresst aus den Fußballstadion kommen.

Und eben hatte jemand von der Ministerbank noch einen guten Vorschlag, der würde sogar für den Landkreis Ludwigslust gelten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich finde, dass wir sehr auf Gesundheitswirtschaft und auf die Frage der Entwicklung von Wellness setzen. Warum denn nicht ein Massagesalon für gestresste Fußballer in Ludwigslust?

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Insofern stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Jetzt hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Herr Petters von der CDU-Fraktion.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Gerd Walther, PDS: Jetzt legt er nach!)

Frau Gramkow, sehen Sie, dass der Antrag bei Ihnen schon eine gewisse Kreativität freigesetzt hat?

(Gerd Walther, PDS: Aber nicht erst der Antrag.)

Das begrüße ich.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich musste doch begründen, warum wir ihn letztendlich unterschrieben haben, Herr Petters. – Vincent Kokert, CDU: Und am FKK-Strand haben Sie den unterschrieben. – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Ich denke, es ist ein ernsthafter Antrag.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Ich hatte ja am Anfang meiner Einbringungsrede ganz klar gesagt, meine Damen und Herren, dass es hier nicht vorrangig um den Fußball geht. Sie haben gesagt, unsere Kapazitäten sind im Sommer dicht. Auch da haben Sie Recht. Im Sommer geht es auch nicht darum, wesentliche Erhöhungen der Unterkunftskapazitäten zu erzeugen. Es geht darum, dass wir als ein Land, das zwischen den beiden Austragungsorten Berlin und Hamburg liegt, die Chancen nutzen müssen, was wir im Hinterland in dieser Zeit wirklich machen können, was in dem Bereich nicht gerade etwas mit Erhöhung von Kapazitäten zu tun hat. Selbst der Präsident des Tourismusverbandes hat ja auch gesagt, da werden wir nur die Hotels weiter voll bekommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, aber machen Sie doch mal ein paar Vorschläge, was Sie jetzt damit meinen!)

Ich komme gleich mit Vorschlägen. Wir müssen versuchen, den optimalen Nutzen herauszubekommen.

Meine Damen und Herren, wenn so viele Journalisten oder so viele Zuschauer in der Region sind, warum soll es denn nicht möglich sein, dass ein Hotel wirklich eine Kombikarte anbietet, wie „Ihre Frau golft in Fleesensee und ihr

Mann wird mit einem Shuttle von der Müritz ins Berliner Stadion gefahren!“? Das ist doch eine attraktive Sache.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist aber eine Kapazitätsfrage.)

Das ist eine Sache, die vielleicht doch eine Reaktion hat. In Mecklenburg-Vorpommern kann man gerade so einen Sportverein zusammen als Paket vermarkten. Wir wollen doch mit Ihnen keine Diskussion haben, wie wir uns darüber lustig machen, dass die Weltmeisterschaft 2006 hier ist, sondern wir wollen einfach sehen, wie wir die Tourismusbranche unterstützen.

Während des Tourismustages in Rostock habe ich mit einem Unternehmer gesprochen, der in Rostock ein Hotel hat. Der hat gesagt, dieser Antrag ist toll, denn jetzt bin ich auf die Idee gekommen. Aber wir brauchen auch Unterstützung und ich werde mit meinem Kooperationspartner aus Dänemark versuchen, an Karten heranzukommen. Dann bastele ich ein Paket, gehe ins Stadion nach Berlin und ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist überhaupt das Problem, an Karten zu kommen.
Ich würde auch gerne hingehen.)

Das ist doch eine wichtige Geschichte. Und wenn man weiß, wie die Karten verteilt werden, gehen natürlich die Kontingente erst einmal in Größenordnungen ins Ausland. Davon, gemeinsame Produkte wirklich auch zu konzipieren, können natürlich auch unsere Hotels profitieren.

Natürlich ist auch wichtig, dass die Landesregierung und auch unser Vizepräsident des Fußballverbandes, aber auch der Präsident des Landessportbundes trotz alledem versuchen, dass man für die Unternehmen, die von der Fußball-WM profitieren möchten – wir wollen ja hier nicht das Geschäft der Unternehmen machen, da haben Sie ja Recht –, die Türen aufmacht und ihnen hilft. Und dass Herr Müller, der ja mit Günther Netzer und Franz Beckenbauer jede Woche hier in Hamburg zu tun hat, ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Detlef Müller, SPD:
Na, alle 14 Tage, alle 14 Tage!)

Das habe ich ja gelesen. Sorgen Sie doch dafür, dass wir hier ein wenig mehr in den Medienfokus gesetzt werden, Herr Kollege! Und wenn dieser Antrag schon dazu geführt hat, dann sind wir doch schon einen Schritt weiter.

Meine Damen und Herren, es ist auch wichtig, unser Land bei den Journalisten, die im Vorfeld anreisen, zu präsentieren. Sie wissen ja, wie aufwendig das ist, auch Berichterstattungen in Berlin und in Hamburg hinzubekommen und diese Journalisten auch in den Zeiten nach Mecklenburg-Vorpommern einzuladen, um ihnen einfach deutlich zu machen, dass sich unser Land und unsere Landeshauptstadt, die sich einfach anbietet, zwischen diesen beiden Austragungsorten als ein sport- und fußballbegeistertes Land präsentieren.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das ist doch auch eine Chance, um wirklich diese Journalisten hier in unser Land holen zu können, die wir sonst nie oder nur mit einem sehr großen Aufwand herbekommen hätten.

Was Sie bisher gemacht haben, das machen Sie ja auch aus Geldnöten. Fußball und auch Urlaub in Meck-

lenburg-Vorpommern, das zeigt ja, dass der Tourismusverband an dieses Projekt glaubt. Das sollten wir weiterhin unterstützen, damit noch mehr Projekte vom Tourismusausschuss entwickelt werden können.

(Angelika Gramkow, PDS: Tourismusverband!)

Die Geschäftsführer der Tourismusverbände Müritz, Ludwigslust und Parchim sind sehr interessiert daran. Sie fragen uns nur: Wie sollen wir diese Aufgabe mit den begrenzten Marketingmitteln, die wir zur Verfügung haben, denn zusätzlich schultern? Wir müssen natürlich auch darüber nachdenken, ob wir da nicht etwas tun können,

(Angelika Gramkow, PDS:
Das steht nicht im Antrag.)

ob wir als Landtag in dem Bereich Marketing für 2005 noch mal etwas zulegen können, denn dieser Event, wie es der Kollege Müller gesagt hat, wird ja in den nächsten 30 Jahren nicht mehr hier nach Deutschland kommen.

(Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Meine Damen und Herren, es wäre vielleicht auch eine Idee, weil Sie gerade gefragt haben, was man tun kann, ein Mitgliedsland, ein Teilnehmerland, zum Beispiel aus der Gruppe Ozeanien, die es auch immer schwer haben, nach Deutschland in ein Trainingslager zu bekommen, dass wir hier eine Patenschaft für so ein Drittland übernehmen und dadurch ganz deutlich machen, wir unterstützen auch so eine Mannschaft, indem wir hier zum Beispiel im Lambrechtsgrund mit dem Sporthotel oder mit dem Plaza etwas machen. Da gibt es doch auch noch eine Möglichkeit der Erweiterung, meine Damen und Herren. Hier ist Kreativität gefragt und Vorschläge sind da.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte einfach mit dem Antrag – ich denke, dass das Hohe Haus mir auch zustimmt – einfach noch einmal ganz klar die Chancen der Fußballweltmeisterschaft 2006 deutlich machen und die Landesregierung einfach ein bisschen anregen, sich auch zusätzlich bei dem Thema einzubringen. Wer hat denn sonst in unserem Land die Chancen und die Zugänge? Der Wirtschaftsminister spricht jeden Tag mit Persönlichkeiten, die auch außerhalb des Landes in unser Land schauen. Und da ist natürlich auch die Möglichkeit, etwas zu tun. Ich denke, wir sind es unserer Hotel- und Gastronomiebranche und auch dem übrigen Tourismus, der Wirtschaft, aber auch Unternehmen, die zum Beispiel ihre Geschäftsgäste 2006 nach Mecklenburg-Vorpommern einladen wollen, einfach schuldig, hier Unterstützung zu leisten.

Meine Damen und Herren, wir haben doch bei großen Events die Möglichkeit, mit unseren und den Mitarbeitern der Landesregierung, die wirklich ihre Möglichkeiten haben, auch Unterstützung zu leisten. Ich denke, wir sollten das einfach ernsthaft anfassen und als Anregung nehmen, um dieses große Event, was in Deutschland sein wird, nicht an uns vorbeigehen zu lassen! Wir sollten es optimal ausnutzen! Das ist ein Appell und ich hoffe, dass die Landesregierung sich durchaus durch diese Vorschläge, die wir jetzt gemacht haben, auch angeregt fühlt, um hier eine Unterstützung für die Unternehmen des Landes hinzubekommen. Dass da wirklich aktueller Bedarf ist, das habe ich persönlich schon gespürt.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Henning von Storch, CDU)

Mich würde es freuen, wenn Sie aus Ihren Landkreisen ähnliche Anregungen hier in Richtung Landesregierung bekommen könnten, dann könnten wir auch den optimalen Nutzen aus der Fußballweltmeisterschaft 2006 ziehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, aber Herr Friese hat noch eine Frage.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und SPD – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Andreas Petters, CDU: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Herr Petters, wie würden Sie denn den Beitrag und den Anteil beschreiben, den Sie leisten würden, um diesen Antrag Wirklichkeit werden zu lassen?

Andreas Petters, CDU: Ich habe meinen Beitrag damit begonnen, dass ich hier Vorschläge gemacht habe. Die Landesregierung hat, wie ich gehört habe, sehr hilflos auf diesen Antrag reagiert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, Angelika Gramkow, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Sie hat dies nicht als originäres Verwaltungshandeln genommen. Und jetzt hoffe ich, dass es durch diese Anregungen so wie in der PDS-Fraktion sprudeln wird und sich auch innerhalb der Landesregierung dort Möglichkeiten ergeben,

(Peter Ritter, PDS: Ohne den Antrag wären wir gar nicht darauf gekommen, dass die WM stattfindet.)

wie man auch die Fußballweltmeisterschaft 2006 noch erfolgreicher für Mecklenburg-Vorpommern, unser Fußball- und sportbegeistertes Land, nutzen kann, Herr Friese.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine weitere Anfrage?

Andreas Petters, CDU: Bitte.

Siegfried Friese, SPD: Herr Petters, ich habe schon verstanden, dass Sie die Landesregierung auffordern wollen. Aber als Initiator eines solchen Antrages, denke ich, haben Sie ja auch Vorschläge, wie Sie selber dazu beitragen können?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat der doch schon vorgetragen.)

Andreas Petters, CDU: Ich habe Ihnen gesagt, dass ich Vorschläge einbringen werde. Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie als großer Freund des Filmzentrums in Wismar vielleicht ein Projekt starten, wie wir uns in Mecklenburg-Vorpommern als Land versuchen, auf die Weltmeisterschaft 2006 vorzubereiten. Das kann ein wichtiges Projekt sein, auch für dieses Filmzentrum,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und dann wird dieses Projekt auch wesentlich bekannter.

Siegfried Friese, SPD: Zeigen Sie nicht mit dem nackten Finger auf mich, Herr Kollege!

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU)

Herr Petters, habe ich Sie richtig verstanden, dass wir demnächst mit konkreten Vorschlägen von Ihnen rechnen können?

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Andreas Petters, CDU: Sie haben heute konkrete Vorschläge von mir gehört. Ich werde mich natürlich sehr gerne auch mit weiteren Vorschlägen in die Diskussion einbringen. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Petters.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/1382 abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? –

(Zurufe aus dem Plenum: Oh! – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Die PDS ist mutig. Ich finde das gut.)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/1382 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, einer Gegenstimme der Fraktion der SPD und einer Stimmenthaltung der Fraktion SPD sowie mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der PDS und einer Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages des Abgeordneten Dr. Bartels, fraktionslos – Eckwerte der Hochschulentwicklung und Zielvereinbarungen, Drucksache 4/1356. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1386 vor.

Antrag des Abgeordneten Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Eckwerte der Hochschulentwicklung und Zielvereinbarungen – Drucksache 4/1356 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/1386 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es hat ja in der gestrigen Debatte schon den einen oder anderen Hinweis auf die sehr langwierigen und komplizierten Vorgänge gegeben, die es bis zur Verabschiedung des neuen Landeshochschulgesetzes gebraucht hat. Gestatten Sie mir mit Blick auf die gestrige Debatte die Hoffnung, dass wir heute und in den nächsten Wochen und Monaten nicht die gesamte Diskussion von 1999 bis 2002 noch einmal vollziehen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich komme deshalb darauf, weil gestern hier die Forderung nach der Einführung von Trimestern erhoben wurde. Diese Diskussion hatten wir schon über Wochen. Und der Vorschlag der Trimester ist damals zum Beispiel aus dem

Entwurf des Hochschulgesetzes wieder verschwunden, weil vor allem die Studierenden der Hochschulen, aber auch die Hochschulleitung gesagt haben, das ist nicht zielführend. Und ich hoffe, dass es in dieser und in anderen Fragen dabei bleibt, dass sie ausdiskutiert sind.

Mit Blick auf das Landeshochschulgesetz kann der Mensch unzufrieden sein, weil das eine oder andere nicht drinsteht, aber das haben Kompromisse so an sich. Ein guter Kompromiss zeichnet sich dadurch aus, dass keine Seite so ganz zufrieden ist, aber beide Seiten einigermaßen zufrieden sind. Mit Blick auf das Landeshochschulgesetz kann ich das von mir sagen. Aber wir haben in dieses Gesetz einige wichtige Ansätze für die Hochschulautonomie geschrieben, und zwar nach hartem Ringen und nach harten Diskussionen. Wir müssen heute feststellen, dass sie leider noch nicht wirklich mit Leben erfüllt sind.

Ich verweise dazu nur auf den Paragraphen 114 Absatz 3 des Hochschulgesetzes, in dem steht: „Bis zum erstmaligen Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen Hochschule und Staat gemäß § 15 Abs. 3 bedarf die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen der Genehmigung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.“ Ich habe das damals schon gesagt, ich sage es auch heute: Diese Übergangsbestimmung bedeutet nichts anderes, ehe wir keine Zielvorgaben haben, bleibt bei der Hochschulautonomie alles so, wie es ist. Und dieser Zustand dauert bis heute an.

Das hat viele Ursachen, einmal die bei uns liegende Ursache, dass wir das Hochschulgesetz sehr viel später verabschiedet haben, als wir das eigentlich gewollt haben. Ich habe dazu in der Begründung etwas aufgeschrieben. Ein weiterer Punkt ist aber auch, dass die in dem Paragraphen 15 Absätze 2 und 3 geforderten Grundlagen nicht wirklich vorangekommen sind. Und ich sage das hier auch durchaus selbstkritisch. Als ehemaliger hochschulpolitischer Sprecher einer der Koalitionsfraktionen ziehe ich mir diese Jacke durchaus auch selbst an.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Und ich sage hier ganz deutlich: Die Ausarbeitung der Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes und die Zielvereinbarungen sind nur zu einem Teil abhängig von den Hochschulentwicklungsplänen der Hochschulen. Die von der Regierung vorgelegten Kernaussagen zu den Eckwerten haben die Diskussion nur unwesentlich vorgebracht. Natürlich räume ich ein – und das als teilweise Entschuldigung für uns alle –, dass die Erarbeitung dieser Dinge nicht leicht ist, denn wir alle betreten hier Neuland. Auch wenn es der eine oder andere noch nicht gemerkt hat und immer von einem Hochschulgesamtplan schreibt, der Gesetzgeber wollte ausdrücklich keinen Hochschulgesamtplan alten Stils, wie er 1996 verabschiedet wurde. Und das – die Ablehnung eines solchen Hochschulgesamtplanes – geschah in ausdrücklicher Übereinstimmung und auf ausdrückliches Drängen der Hochschulen.

Die Eckwerte der Hochschulenwicklung des Landes, das ist nicht nur ein neuer Name, sondern wie die vom Gesetz geforderten Inhalte verdeutlichen, sollen diese Eckwerte einen Rahmen bilden, in dem die Hochschulen flexibel und weitgehend eigenverantwortlich agieren können und sollen. Ich möchte kurz einige Anmerkungen zu diesen drei Punkten, die im Paragraphen 15 festgeschrieben sind, machen:

Zum ersten Punkt. Dort steht, die Eckwerte sollen „die Schwerpunkte, die im Interesse eines landesweit ausgewogenen Grundangebots in Forschung und Lehre vorzuhalten sind“, fixieren. Hier müssen wir uns verständigen. Damals in der Debatte hat das eine große Rolle gespielt, auch was die Einbeziehung des Landtages betrifft, dass wir hier gemeinsam die Verantwortung übernehmen und entsprechende Festlegungen treffen, weil – und das habe ich auch gestern schon gesagt – niemals jemand davon ausgegangen ist, dass den Hochschulen einfach Geld hingeschmissen wird, und was sie damit machen, ist jedem anderen völlig egal. Das ist nie eine Intention gewesen. Ich weiß auch gar nicht, wie das gehen sollte. Und diese Diskussion um das, was in den Eckwerten in diesen Schwerpunkten stehen sollte, steht immer noch aus.

Ich wundere mich schon ein bisschen, Herr Brodtkorb, wenn Sie auch gestern hier wieder auf die Aussage eines Rektors in der Anhörung des Bildungsausschusses verweisen und ihn so interpretieren, dass er auch die Abschaffung der Hochschulautonomie will. Ich war in dieser Anhörung. Ich habe den Rektor schon damals anders verstanden. Ich habe mich in der vergangenen Woche ausdrücklich noch einmal bei ihm vergewissert, dass ich ihn richtig verstanden habe. Und er hat mir auch gesagt, Herr Brodtkorb, dass er Ihnen gesagt hat, dass es gut sei, dass Sie seinen Namen nicht aufgeschrieben haben, weil er sonst öffentlich Stellung genommen hätte, und dass Sie ihn völlig falsch interpretieren. Das sollten Sie beachten! Was dieser Rektor wollte, war eindeutig, und zwar, dass das Land, die Politik, die Schwerpunkte, die im Interesse einer landesweit ausgewogenen Grundangebots in Forschung und Lehre vorzuhalten sind, vorlegt. Das war seine Forderung und die war völlig berechtigt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich komme zum Punkt 2. In Punkt 2 steht: Das „flächenbezogene Ausbauziel der Hochschulen sowie die Schwerpunkte des Hochschulbaus“ sind zu fixieren. Diese beiden Punkte stehen nicht zufällig zusammen. Und ich verweise einmal darauf, dass hier ein Gutachten eine wichtige Rolle spielt, weil es für manchen nach wie vor die Grundlage dafür ist, die Planzahl der Studierenden in Mecklenburg-Vorpommern drastisch herunterfahren zu wollen. Allerdings haben wir auch alle wohl mal gelernt, das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis. Und diesen Praxistest hat dieses Gutachten in keiner Weise bestanden. Ich verweise nur auf die auch heute in den Zeitungen stehenden Zahlen, was die Neuimmatrikulationen betrifft. Und ich bitte Sie, vergleichen Sie einmal die Zahlen, die in dem Gutachten für das Wintersemester 2004 stehen! Das ist ganz spannend.

Ich verweise auch darauf, dass der Wissenschaftsrat 2002 festgestellt hat, dass Deutschland 1.250.000 Studienplätze brauche. Wenn wir das runterrechnen, heißt das für Mecklenburg-Vorpommern, wir brauchen rund 25.000 flächenbezogene Studienplätze als Richtgröße. Und darüber ist zu diskutieren! Das hat natürlich auch Konsequenzen und deshalb steht der Hochschulbau hier mit drin, dass im Hochschulbau noch vieles geschehen muss, auch wenn schon sehr vieles geschehen ist, was natürlich überhaupt nicht zu verkennen ist.

Zum Punkt 3, „das Volumen des für alle Hochschulen in Aussicht genommenen Gesamtbudgets“, das fixiert werden soll und was auch der Hauptgrund ist, warum der Landtag zustimmen muss, weil es haushaltsrelevant ist.

Über die Bedeutung dieser Fixierung für die Hochschulautonomie und die notwendige Planungssicherheit ist eigentlich genug gesprochen worden. Ich möchte dazu im Moment weiter nichts sagen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Forderung nach Beschleunigung der Erstellung der Eckwerte und der Zielvereinbarungen stehen natürlich grundsätzliche Fragen der Hochschulpolitik zur Diskussion. Und daher muss ich jetzt etwas zu diesem so genannten „Diskussionspapier“ des Kollegen Bordkorf sagen, auch wenn es mir schwer fällt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das „so genannte“ steht außerhalb der Anführungsstriche, Herr Riemann! Es ist also von mir.

Es fällt mir unter anderem deshalb schwer, weil ich zu Beginn des Kapitels 1 auf der Seite 14 Folgendes lese, ich zitiere: „Im Bereich der Bildungsfragen hat die Gesellschaft kein Erkenntnis-, sondern ein nachhaltiges Handlungsdefizit. Seit nunmehr mehreren tausend Jahren liegen alle wesentlichen Erkenntnisse der Bildungstheorie auf der Hand.“

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Seit tausenden von Jahren!)

„Allein, es mangelt an der Umsetzung.“ Diese Aussage ist entweder wissenschaftsfeindlich oder sie muss zum sofortigen Schließen aller Studiengänge für Philosophie, Erziehungswissenschaften und Psychologie führen. Und ich sage es ehrlich, normalerweise lese ich ein Papier spätestens nach einer solchen Aussage nicht weiter.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Diskussionsbereitschaft erreicht den Punkt null, obwohl ein Kommilitone mir früher einmal extreme Diskussionswut bescheinigt hat. Allerdings – und das bedauere ich sehr – hat die SPD-Fraktion dieses Papier mit einem Anschreiben des Fraktionsvorsitzenden in alle Welt verschickt und damit, und das finde ich noch wesentlich bedauerlicher, hat die SPD-Fraktion aus meiner Sicht mit diesem Papier den hochschulpolitischen Konsens aufgekündigt, den wir uns in der vergangenen Legislaturperiode sehr mühsam erarbeitet haben.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Ich will hier an dieser Stelle nur zu zwei Punkten eine Anmerkung machen. Der erste Punkt ist das Stichwort „Landeskinder“. Mir fällt es schon schwer, dieses Wort überhaupt auszusprechen. Ich bin Professor Classen aus Greifswald sehr dankbar, dass er zu den rechtlichen Fragen, die damit verbunden sind, einiges aufgeschrieben hat. Er kann das sowieso viel besser als ich, er ist schließlich Jurist. Und jeder, den das interessiert, kann das auf der Ausschussdrucksache des Bildungsausschusses zur Kenntnis nehmen. Ich will dazu nur eins sagen: Nach meinem Leseindruck ist dieses Wort „Landeskinder“ das am häufigsten verwendete Substantiv in dem Text und für mich drückt dieses Wort den schlimmsten Rückfall in das tiefste Mittelalter aus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deutschland hat wegen seiner Kleinstaaterei schon einmal den Anschluss an moderne Entwicklung verpasst. Wollen wir das wiederholen?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und die zweite Anmerkung, dass die Konzentration auf die „Landeskinder“ etwas mit dem fehlenden Verständnis über akademisches Lernen und Lehren zu tun hat, zeigt folgende Aussage, ich zitiere: „Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern brauchen zukünftig nicht in erster Linie mehr Wissenschaftler, sondern mehr Menschen mit berufspraktischer Ausbildung auf akademischem Niveau.“,

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ende des Zitats, Seite 9.

Wie das alles zu der so gern beschworenen Wissensgesellschaft passt, das muss mir mal jemand erklären.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber da ich nicht so sehr viel Zeit habe, benutze ich mal den Kunstgriff und greife auf eine Rede zurück, die ich in der 69. Sitzung des Landtages in der 3. Legislaturperiode bei der Ersten Lesung des neuen Landeshochschulgesetzes gehalten habe. Ich habe damals Bezug genommen auf das Leitbild der Universität Zürich. Lassen Sie mich drei kurze Zitate aus diesem Leitbild hier noch mal anbringen.

Erstes Zitat: „Die Universität hat ihre Einheit und Identität in der Wissenschaft als einer Form von Rationalität. Wissenschaft ist definiert als Erwerb, Bewahrung, Verarbeitung und Weitergabe von Erkenntnissen in methodisch überprüfbarer und kritisch diskutierbarer Weise.“

Zweites Zitat: „In der Lehre hat die Universität die Aufgabe, die Studierenden wissenschaftlich zu bilden und die akademisch Berufstätigen wissenschaftlich weiterzubilden. Wissenschaftliche Bildung verleiht die Fähigkeit, Probleme zu erfassen, Erkenntnisse methodisch kontrolliert zu gewinnen, kritisch zu beurteilen und weiter zu vermitteln.“

Drittes Zitat: „Durch die Vermittlung wissenschaftlicher Bildung leistet die Universität ihren Beitrag zur Ausübung von akademischen Berufen.“

Die Zitate sprechen eigentlich für sich, aber ich will auch dazu zwei Anmerkungen machen:

1. Die Aussagen gelten aus meiner Sicht – ich komme sofort zum Schluss – nicht nur für die Universitäten, sondern für jede akademische Ausbildung, also auch für Fachhochschulen.
2. Vermittlung akademischer Bildung ist eben keine Berufsausbildung, auch keine auf einem etwas höheren Niveau, und die Forderung nach Trimestern zum Beispiel lässt den Forschungsauftrag der Hochschulen völlig außer Acht.

Und auch da will ich mich noch mal selbst zitieren: „Als ganz wesentlich sehe ich die Aussage des Züricher Leitbildes an, dass akademische Lehre auf Dauer nur von Personen gestaltet werden kann, die selbständig Forschung betreiben.“

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Richtig.)

Ich verweise darauf, auch der Minister hat gestern darauf verwiesen, die Hochschulen haben nicht nur einen Lehr-, sondern auch einen Forschungsauftrag. Und da hat er völlig Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Deshalb bitte ich Sie darum, dass Sie dem Antrag zustimmen, denn wir brauchen eine hochschulpolitische

Debatte, die uns voranbringt und nicht das wiederholt, was wir drei Jahre lang qualvoll hier absolviert haben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Dr. Herr Bartels.

Ich bitte aber doch, auf die angemeldete Redezeit zu achten.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten für die Fraktionen sowie drei Minuten für den fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich gar nicht vor, besonders viel zu dem Antrag von Herrn Bartels zu sagen, aber ich denke, seine Ausführungen geben durchaus Anlass, das eine oder andere Wort zu verlieren.

Natürlich, Herr Dr. Bartels, mache ich es mir nicht einfach, ich schreibe Dinge auf, ich versuche auch, kritische Sachen zu diskutieren, und vor allem erzähle ich nicht der ganzen Welt, dass alles bezahlbar ist, was ich mir erträume, so, wie Sie das in aller Regel tun,

(Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Ah ja!)

ohne auf der anderen Seite Vorschläge zu unterbreiten, woher das Geld kommen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sitzen ja nicht ohne Grund inzwischen fraktionslos in diesem Parlament, weil Sie sich aus der Realpolitik, weil Sie sich freiwillig aus der ...

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Erlauben Sie
sich hier mal kein Urteil und werden Sie nicht
ausfallend! – Glocke der Vizepräsidentin)

Wissen Sie, ich maße mir da schon ein Urteil an, dass das Ihr Ausstieg aus der Realpolitik ist, und es ist doch bezeichnend, dass Sie ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und PDS)

Es ist für mich persönlich durchaus bezeichnend, dass Sie den meisten Applaus in diesem Haus von der Oppositionsfraktion erhalten. Insofern möchte ich mir diese Bemerkung durchaus erlauben.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Till Backhaus, SPD:
Die haben auch schon ausgeteilt hier!)

Zweitens. Ich habe gestern, als es um das Thema Triester ging, nicht den Vorschlag ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe gestern, als ich den Vorschlag vorgelesen habe, Triester einzuführen, nicht dafür plädiert, sie einzuführen – das können Sie gern dem Protokoll entnehmen –, sondern ich habe den Brief eines Hochschullehrers zitiert, aus dem hervorgeht, dass er dies vorschlägt, dass also aus dem Wissenschaftssystem heraus selber Effizienzprobleme gesehen werden. Das war alles, was ich getan

habe. Also insofern läuft dort Ihre Argumentation ins Leere. Ich finde es allerdings durchaus vernünftig, über so etwas zu diskutieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich persönlich sehe keinen Grund, Vorschläge aus dem akademischen Raum gleich zur Seite zu legen.

Der nächste Punkt: Ich habe mich gestern zum Thema Hochschulautonomie geäußert und habe mich ausdrücklich dafür ausgesprochen, Hochschulautonomie weiterzuentwickeln. Ich habe aber auch gesagt, was Hochschulautonomie aus unserer Sicht bedeutet. Es bedeutet nämlich, dass die Hochschulen ein Maximum an Freiheit und ein Minimum an Bürokratie im Rahmen der Regelung ihrer internen Angelegenheiten haben sollen, dass dies aber auf der anderen Seite nicht bedeutet, dass das Land aus der Verantwortung für grundsätzliche Rahmenbedingungen und Strukturentscheidungen genommen ist. Insofern kann ich Ihre Ausführungen nicht ganz nachvollziehen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

zumal ich in diesem Zusammenhang den Bezug in der Anhörung eben so wiedergegeben habe, dass auch Herr Westermann der Auffassung ist, dass das Land im Rahmen der Hochschulautonomie weiterhin diese Verantwortung hat. Wenn Sie mit Herrn Westermann telefoniert und ihm gesagt haben,

(Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos:
Ich habe nicht gesagt, dass ich mit
dem telefoniert habe. Es tut mir Leid.)

ich hätte hier behauptet, er wäre gegen die Hochschulautonomie, dann ist das sozusagen Ihr Problem, nicht meins.

Ich zitiere das nur sehr ungern, aber ich darf aus einem Brief von Herrn Westermann an mich vom 10. Februar 2004 zitieren: „Haben Sie besten Dank für die Übersendung Ihres Redebeitrages vom 28. Januar 2004.“

(Gerd Walther, PDS: Das haben
Sie gestern schon vorgelesen.)

Wir haben damals schon mal diskutiert. „Es freut mich sehr, dass Sie meine Anregung, sich doch einmal über die Hochschulstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2015 Gedanken zu machen, aufgegriffen und richtigerweise sogar bis zum Jahr 2020 prolongiert haben.“

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich denke, dieses Zitat belegt, dass zwischen Herrn Westermann und mir da keine unterschiedlichen Auffassungen bestehen, im Grundsatz, was die Hochschulautonomie angeht. Ich denke, meine Wiedergabe der Ausschlussanhörung oder seiner Äußerungen im Ausschuss war durchaus richtig, und ich hoffe, er nimmt mir nicht übel, dass ich diesen Satz einfach mal persönlich zitiert habe, weil ich keine Lust habe, dass ich hier im Parlament mit Falschaussagen oder mit entsprechenden Unterstellungen in Verbindung gebracht werde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der vierte Punkt ist, dass ich – Sie haben das jetzt despektierlich vorgelesen – gesagt habe, die Welt von morgen braucht mehr Akademiker, aber sie braucht nicht unbedingt mehr Promovenden. Und sehen Sie, Herr Dr. Bartels, für mich sind Fachhochschulabsolventen genauso vollwertige Akademiker wie die Absolventen von Universitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, ich habe in meiner Publikation schlichtweg dafür plädiert, dass der Arbeitsmarkt viele Akademiker braucht, dass er aber nicht unbedingt Promovenden braucht,

(Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Wir haben
von Wissenschaftlern gesprochen, nicht von
Promovenden. Das ist ein Riesenunterschied.
Vielleicht kennen Sie den nicht.)

sondern Personen, die berufsnah und anwendungsorientiert als Absolventen der Fachhochschulen für den Arbeitsmarkt wichtig sind. Wenn Sie fair und ehrlich meine Publikation zur Kenntnis nehmen, werden Sie dort auch feststellen, dass ich für eine relative Stärkung der Fachhochschulen plädiere.

Diese Ausrichtung können Sie im Übrigen schon den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Einrichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern Anfang der 90er Jahre entnehmen. Ich habe es heute gerade noch mal zur Hand genommen. Dort steht: „Mit dem bildungspolitischen Interesse, die Fachhochschulen als einen leistungsfähigen und vergleichsweise kostengünstigen Hochschultyp zu fördern, korrespondiert ein wachsender Bedarf des Beschäftigungssystems in den alten Bundesländern an berufs- und praxisbezogen ausgebildeten Hochschulabsolventen sowie ein stetig steigendes Interesse von Studienbewerbern an kurzen praxisorientierten Fachhochschulstudiengängen. Damit nimmt nicht nur die absolute Bedeutung, sondern vielmehr auch das relative Gewicht der Fachhochschulausbildung innerhalb des Hochschulsystems zu. Es ist davon auszugehen, dass ähnliche Befunde und Anforderungen im Zuge der Umstrukturierung der Wirtschaft und des Beschäftigungssystems auch für die neuen Bundesländer gelten werden.“

Insofern habe ich gar nichts anderes gemacht, als die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die damals schon richtig waren und die noch heute richtig sind, aufzugreifen, und nichts anderes. Ich kann Ihnen die entsprechenden Passagen aus meiner Veröffentlichung dazu gern noch einmal kopieren und mit einem Textmarker versehen, damit es auch keine Missverständnisse in Zukunft gibt.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Das wäre vielleicht sinnvoll.)

Zum Thema: Sie haben, wenn ich das richtig sehe, in Ihrem Antrag zwei Punkte angesprochen, zwei wesentliche. Der eine ist, dass Sie dazu auffordern, dass das Parlament zeitnah und umfassend in die Beratung der Entwicklung der Zielvereinbarung, des Abschlusses der Zielvereinbarung einbezogen wird. Das ist ein Punkt, den ich sehr unterstützen kann, und ich glaube, es ist im Selbsterhaltungsinteresse eines jeden Abgeordneten, dass er zeitnah in die wichtigen Prozesse eingebunden wird.

Dann gibt es einen zweiten Punkt in Ihrem Antrag, den ich nicht teile, und ich denke, auch die SPD-Fraktion teilt ihn nicht. Es ist der Punkt, dass Sie dafür plädieren, in einem äußerst kurzen Zeitraum jetzt zu verbindlichen Zielvereinbarungen und zu Festlegungen zu kommen. Ich denke, man kann dies gar nicht unterstützen aus einem Grund: Diese Forderung setzt voraus, dass die derzeitigen Strukturen in den Hochschulen und die zukünftigen finanziellen und demographischen Herausforderungen des

Landes zusammenpassen. Wenn man das glaubt, dann kann man in der Tat auf einen schnellen Abschluss von Zielvereinbarungen drängen.

Ich interpretiere es so, dass selbst der Bildungsminister dieses Landes dies nicht so sieht, denn er hat, was ich sehr begrüße, den mutigen Schritt getan und eine Kommission zur Reform der Hochschulmedizin einberufen. Das bedeutet doch, dass wir Reformbedarf im Bildungssystem und insbesondere auch im Hochschulsystem in diesem Land sehen. Ich denke, es macht wenig Sinn, dass wir als Land, auch gerade im Rahmen der Hochschulautonomie, jetzt Zielvereinbarungen in Windeseile mit den Hochschulen abschließen und wir, nachdem das Gutachten dieser Reformkommission bei uns auf dem Tisch liegt, plötzlich eine Debatte haben, in der wir alles wieder aufmachen müssen. Ich gehe davon aus, wenn wir einen mutigen und zukunftsfähigen Reformvorschlag von dieser Kommission erhalten – und den wünsche ich mir ausdrücklich –, dann werden wir nicht nur über die Hochschulmedizin, sondern über das Hochschulsystem Mecklenburg-Vorpommern und seine Zukunftsfähigkeit insgesamt diskutieren müssen. Ich halte es auch nicht für fair gegenüber den Hochschulen, jetzt Zielvereinbarungen abzuschließen, die man gegebenenfalls in sechs Monaten wieder aufkündigen muss, weil man zu anderen Ergebnissen und zu anderen Diskussionen gekommen ist.

Insofern, denke ich, Herr Dr. Bartels, sind die Punkte, die Sie aufgreifen, durchaus berechtigt, vollkommen klar. Nur ich denke, wir befinden uns in einer politischen Situation, einer Diskussion, die andere Voraussetzungen hat als diejenigen, von denen Sie ausgehen, und ich will gar nicht leugnen, dass es viele im Land gibt, die Ihrer Position zustimmen. Meine Empfindung ist aber, dass in diesem Land eine hochschulpolitische Diskussion aufbricht über die Frage, ob wir über zukunftsfähige Strukturen verfügen, die wir uns auch weiterhin leisten können, oder ob wir das nicht haben.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Und ich bin froher Hoffnung, dass diese Diskussion sich ausweiten wird und wir spätestens in einigen Monaten hier eine konstruktive Diskussion darüber führen, wie die Hochschullandschaft von Mecklenburg-Vorpommern langfristig aussehen soll. Ich freue mich auf die konstruktiven Beiträge, die Sie dann leisten werden, die konkreten, umsetzbaren, konstruktiven Beiträge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Angelika Gramkow, PDS, und
Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Brodtkorb.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum dritten Mal diskutieren wir im Rahmen dieser Landtagssitzung Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Es fällt schwer, zu diesem Thema Argumente zu benennen, die nicht in den beiden bereits gestern geführten Debatten genannt wurden.

Während der Aktuellen Stunde am gestrigen Tag kritisierte Herr Brodtkorb das Autonomieverständnis der CDU gegenüber den Hochschulen. Gleichzeitig skizzierte er das Verständnis von SPD und PDS hinsichtlich der Hoch-

schulautonomie und zitierte einen Brief zweier Professoren, die es weiterhin für unerlässlich erachten, dass das Land die politischen Rahmenbedingungen von Hochschulautonomie setzt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn das Land, wenn die SPD und auch die Fraktion, die ja regierungstragend ist, diese Verantwortung übernehmen würden, dann würden wir heute schon über die Eckwerte nach dem Landeshochschulgesetz diskutieren und über die Zielvereinbarungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie können sich nicht einfach nur hinstellen und die Hochschulen als ineffiziente Einrichtungen abqualifizieren. Der Bildungsminister machte gestern sehr deutlich, dass wir durchaus Erfolge an allen Einrichtungen vorzuweisen haben. Der Abgeordnete Dr. Bartels, der Wissenschaftsminister Professor Metelmann und ich selbst haben gestern deutlich gemacht, dass sich Hochschulen nicht nur auf die Lehre reduzieren lassen. Lehre und Ausbildung sind nur ein Aspekt von Hochschule in unserem Land. Die Studentenrankings dürfen nicht den Blick dafür verschleiern, dass ständig schlechter werdende staatliche Rahmenbedingungen herausragende Forschungsleistungen nur auf einigen wenigen Gebieten möglich machen, aber auch hier mit abnehmender Tendenz, wie nicht zuletzt auch die Anzahl deutscher Nobelpreisträger zeigt, weil das interdisziplinäre Gefüge der Hochschule nicht mehr stimmig ist. Und das Land hüllt sich dazu in Schweigen.

Die Landesregierung hat es nicht verstanden, die Hochschulen zu motivieren, ihre Hochschulentwicklungspläne zeitnah zu erarbeiten. Die Landesregierung hat es auch nicht verstanden, gemeinsam mit den Hochschulen ein Eckwertepapier zu erarbeiten. Ich frage mich, ob ein gestuftes Verfahren, wie das Landeshochschulgesetz es in Paragraph 15 vorsieht, in einer solch zukunftsentscheidenden Frage sinnvoll ist. Ich denke, ein dialogisches Verfahren wäre an dieser Stelle angebracht und hätte auch die bereits zwei ins Land gegangenen Jahre gerechtfertigt. Dieser dialogische Prozess zwischen Hochschulen wurde aber permanent, besonders leider durch das Finanzministerium, torpediert. Ich gestehe dem Bildungsminister zu, dass er versucht hat, diesen dialogischen Prozess zu führen, aber auch hier wurde er von Beamten behindert.

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD,
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD,
und Ministerin Sigrid Keler)

Es ist für Hochschulvertreter sehr schwer, einen offenen kritischen Dialog zu führen, wenn die Beamten des Bildungsministeriums bereits im Verlauf einer Beratung zu den Kernaussagen zur Hochschulentwicklung vor einem Jahr das vorgefertigte Ergebnis aus der Tasche ziehen und damit vor die Öffentlichkeit treten. Das ist keine vertrauensbildende Maßnahme und das ist auch kein Dialog.

Meine Damen und Herren, Herr Brodkorb, das ist so eine Sache mit der Hochschulautonomie. Wenn Sie aber Briefe in die Welt schicken und nach Vorschlägen suchen, wie die SPD das Ergebnis eines quälenden Prozesses und von vier Anhörungen wieder rückgängig machen kann, dann will die SPD Hochschulen in die Steinzeit zurückwerfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nur so kann ich die gestrige Argumentation zur B-Besoldung und zu Ihrem Antrag sowie Ihren Brief vom 7. September 2004 an die Professoren interpretieren. Wir sollten das durchsetzen und ausbauen, was wir vor zwei Jahren hier verabschiedet haben. Wir sollten das zur Geltung kommen lassen.

Ich möchte daran erinnern, dass beispielsweise elementare Regelungen des Landeshochschulgesetzes wie die Eckwerte und Zielvereinbarungen, wie das In-Kraft-Treten von Globalhaushalten an Universitäten überhaupt noch nicht ihre Wirkung entfalten konnten. Die Strukturen, die das Landeshochschulgesetz vorsieht, sind noch gar nicht zur Geltung gekommen, weil es innerhalb der Landesregierung überhaupt nicht den Willen gibt, diese Regelungen zur Geltung kommen zu lassen.

Verhindern und behindern, das ist leider hochschulpolitischer Alltag in diesem Land. Wir sollten prüfen, an welchen Stellen Hochschulautonomie ausgebaut werden kann. Und ich denke, wir haben in das Hochschulgesetz bei aller Kritik gegenüber dem Gremienunwesen Institutionen integriert, die es auch dem Land möglich machen, landespolitische Interessen bei der Hochschulentwicklung zu artikulieren.

Meine Damen und Herren, nicht alles kann verordnet werden. Ein dialogischer Prozess auf gleicher Augenhöhe – das möchte ich betonen – erfordert die Fähigkeit zur konstruktiven Auseinandersetzung auch mit anderen Meinungen. Diese scheint bei Ihnen verloren gegangen zu sein. Ich halte nichts davon, dass Politik den Anspruch erhebt, innerhalb der Wissenschaften, der Forschungsentwicklung den Überblick zu haben und Entwicklungen vorherzusehen. Alles, was heute landespolitisch bedeutsam erscheinen mag, muss es morgen nicht mehr sein. Wir sollten aufhören, mit unseren heutigen Kategorien die Zukunft von Wissenschaft und Forschung bestimmen zu wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Rahmenbedingungen werden sich ändern. Andere Hochschulen in anderen Ländern gehen konsequente Wege, haben konsequente landespolitische Vorgaben, aber innerhalb dieser auch klare gestalterische Möglichkeiten und Rechenschaftspflicht. Mecklenburg-Vorpommern hat einmal mehr die Zeit verschlafen, weil das Misstrauen und das Beharrungsvermögen einer Finanz- und Kultusbürokratie gegenüber den Hochschulen nationale und internationale Entwicklungen nicht reflektiert

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

und durch bürokratische Prozesse Ressourcen bindet. Das neue Landesbesoldungsgesetz zur Professorenbesoldung ist ein solches eindeutiges Beispiel.

Von Kreativität kann ich auch leider bei Ihrem Beitrag, Herr Brodkorb, nichts verspüren, geschweige denn, dass Ihr Beitrag nationale und internationale Hochschulentwicklung reflektiert. Eckwerte und Zielvereinbarungen sind keine einseitige Angelegenheit.

Ich erwarte, dass auch die Landesregierung sich selbst dabei in die Pflicht nimmt und ihrerseits aufzeigt, wie sie Bildung und Finanzbürokratie abbaut und bei Wahrung landespolitischer Interessen die Hochschulen international wettbewerbsfähig macht. Mecklenburg-Vorpommern – und das habe ich bereits mehrfach an dieser Stelle deutlich gemacht – hat eine übersichtliche Hochschulstruktur.

Sie ist geeignet, eine Vorreiterrolle in Deutschland zu übernehmen. Aber wir hinken hinterher, weil Politik sich nicht in der Lage sieht, eine moderne Hochschulpolitik auf den Weg zu bringen. Das sollten wir schleunigst ändern und deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion der PDS.

Karin Schmidt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu der schlichten und sachlichen Darstellung der Auffassung der PDS komme, gestatten Sie mir zwei persönliche Bemerkungen vorweg.

Ich könnte jetzt sehr gut das Ringgebaren der anfänglichen Diskussion verstärken als Mutter zweier Kinder, die an Universitäten studieren, eines davon hier in unserem Land. Mit dem Erfahrungswert, den man da mitbringt über viele Jahre hinweg, könnte man sicher viele interessante Einblicke geben, die eine sehr angriffslustige Diskussion gestalten könnten. Ich denke, das bringt uns nicht weiter.

Eine zweite Vorbemerkung: Ich war mit dabei bei einer meiner ersten Landtagssitzungen, als das Landeshochschulgesetz hier verabschiedet worden ist, und ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass hier eine einvernehmliche Meinung darin bestand in diesem Haus zur damaligen Diskussion, dass gerade in Vorbereitung und Erarbeitung dieses Gesetzes ein Mitglied der Fraktion der PDS, nämlich Dr. Gerhard Bartels, einen sehr wesentlichen Anteil daran hatte. Ich denke, das sollte man bei allen diesen Diskussionen trotz Veränderungen, die es gegeben hat, hier auch nicht vergessen.

(Beifall Siegfried Friese, SPD,
und Gerd Walther, PDS)

Frau Präsidentin, die Entwicklungsperspektiven der Universitäten und Fachhochschulen unseres Landes sind ein ständiger Prozess. Schon mit der Neufassung des Landeshochschulgesetzes zeigte sich die Komplexität der Anforderungen. Besonders die Umgestaltung der Hochschullandschaft mit der Einschränkung der staatlichen Einflussmöglichkeiten zugunsten weitgehender Autonomie und Selbständigkeit stellte und stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Es handelt sich bei dieser Umgestaltung um einen erheblichen Systemwechsel. Der Diskussionsprozess um die erforderlichen Regelungen im Landeshochschulgesetz war zäh und mühsam

(Wolfgang Riemann, CDU:
Warum? Warum wohl?)

und er erforderte mehr Zeit als ursprünglich geplant. Wie wir heute sehen, konnte dieser Zeitverzug nicht wettgemacht werden.

Warum wohl, Herr Riemann, werden Sie sicherlich besser wissen als ich, denn Sie waren die ganzen Jahre dabei.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wir stehen immer noch unter einem gewaltigen Zeitdruck und aufgrund dieses Zeitdruckes mussten vor den Hochschulentwicklungsplänen bereits vorzeitig Planungsparameter in den Eckwerten der Hochschulent-

wicklung im Herbst 2003 zwischen der Landesregierung und den Hochschulen wegen der Planungssicherheit der finanziellen Rahmenbedingungen vereinbart werden. Sie sind allerdings keine nach Paragraph 15 Landeshochschulgesetz geforderten Eckwerte der Hochschulentwicklung.

Ende 2003 wurden die Hochschulentwicklungspläne an den Universitäten und Fachhochschulen fertig gestellt und wurden dem Bildungsministerium übergeben. Dem Bildungsausschuss des Landtages wurden sie zusammenfassend mit Datum vom 16.09.2004 zugeleitet. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Hochschulen dafür bedanken, dass sie, obwohl die Materie komplexe und umfangreiche Beteiligungsverfahren erforderte, diese Leistungen erbracht haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Damit liegen nun die Grundlagen der weiteren Arbeit vor.

Es gibt allerdings noch ein Problem, das eine schnelle und zeitnahe Festlegung der Eckwerte und Zielvereinbarungen behindert. Für den Bereich der medizinischen Fakultäten der Universitäten hat das Bildungsministerium eine Medizinkommission berufen, die Vorschläge für die inhaltliche und strukturelle Entwicklung der medizinischen Fakultäten vorlegen soll. Mit den Ergebnissen wird allerdings erst im ersten Quartal 2005 gerechnet. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei der Bedeutung dieser Einrichtung für die Universitäten und ihren gegenseitigen Beziehungen die Ergebnisse für die Ausgestaltung von Eckwerten und Zielvereinbarungen von großer Bedeutung sind. Es ist folglich notwendig, diese Ergebnisse mit zu berücksichtigen. Die im Antrag vorgeschlagenen Terminstellungen sind deshalb für die Universitäten wohl nicht zu halten.

Was aus meiner Sicht allerdings schneller gehen könnte, wäre der Bereich der Fachhochschulen, wie auch dem Landeshochschulgesetz schon zu entnehmen ist. Deshalb wäre es doch wohl möglich, zwei unterschiedliche Zeitschienen ins Auge zu fassen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist beginnend mit der Erarbeitung des Landeshochschulgesetzes für das Parlament immer ein wichtiges Anliegen gewesen, die Hochschulentwicklung in unserem Land aktiv und intensiv zu begleiten. Das sollten wir auch beibehalten, wie diese Landtagssitzung gezeigt hat. Der Antrag des Abgeordneten Dr. Gerhard Bartels macht dieses Anliegen nochmals deutlich. Wir werden deshalb diesen Antrag in den Bildungsausschuss überweisen und uns dort über die notwendigen inhaltlichen und terminlichen Aufgaben verständigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schmidt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe noch einmal etwas unvorbereitet um das Wort gebeten, einmal um für das Parlament deutlich unser geplantes Abstimmungsverhalten sichtbar zu machen. Frau Schmidt hat zwar gesagt, dass wir gedenken – und das ist Koalitionsmeinung –, den Antrag von Herrn Dr. Bartels in den Bildungsausschuss zu überweisen, aber das Verhalten zum CDU-Antrag würde ich gern noch hinterherschieben,

(Karin Schmidt, PDS: Ja.)

denn das muss ja auch noch irgendwo thematisiert werden.

Es ist in dem Zusammenhang von meinem jungen Kollegen Mathias Brodkorb gesagt worden, dass wir ein großes Problem haben mit der Fristsetzung auf dem Ursprungsantrag. Ich denke, das war auch die Intention der CDU, diese Fristen um einen Monat nach hinten zu setzen, und insofern ist das Anliegen sehr positiv aufgenommen worden. Aber wir gehen davon aus, dass auch diese Frist so nicht reichen wird, und demzufolge halten wir die Ablehnung des CDU-Antrages, in Klammern mündliches Bienchen,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Dafür kann man sich nichts kaufen.)

mit der Überweisung des Antrages von Herrn Dr. Bartels in den Bildungsausschuss für sachgemäß in diesem Zusammenhang.

Ich habe aber nicht deshalb vorrangig um das Wort gebeten, sondern weil ich hier um eins an dieser Stelle wirklich mal bitte. Mir kann man ja zumindest zugestehen, dass ich schon eine etwas ältere

(Detlef Müller, SPD: Was?!)

und berufserfahrene Dame

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Berufserfahren ja, aber nicht ältere.)

in diesem Parlament bin und mir man zumindest nicht unterstellen kann, dass meine inhaltlichen Diskussionsbeiträge irgendwie praxisfern wären.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber an dieser Stelle bitte ich wirklich mal um eins: Was hier nämlich teilweise läuft, nur weil ein Abgeordneter jung ist,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nee, das hat damit nichts zu tun.)

das ist für mich oberhalb jeder Hutschnur.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das, was Mathias Brodkorb hier nämlich geleistet hat,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Was er sich geleistet hat.)

er hat erstmalig ein komplettes Diskussionspapier als Abgeordneter vorgelegt und sich damit sehr weit vorgewagt, nämlich nicht nur für die, die völlig zu Recht in der Sache sagen, soundso geht das nicht. Dafür ist ein Diskussionspapier da, dass man sich in der Sache damit auseinander setzt. Aber er hat leider – und das ist auch in dieser Demokratie offensichtlich immer mehr der Fall – den Kopf aus dem Fenster gehängt für alle, die schon immer so einem jungen Abgeordneten, so einem intellektuellen, so einem kopflastigen, mal etwas sagen wollten,

(Siegfried Friese, SPD: Und die selber keine Vorschläge haben.)

und manchmal auch für welche, die aus Mangel an eigener Kreation tatsächlich mal sehr unsachlich werden.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ich würde mich gerne als seine ältere Kollegin, die seine Arbeit schätzt, doch mal für ihn einsetzen und darum bit-

ten, dass Abgeordnete in diesem Hause, und jetzt spreche ich Sie persönlich an, Herr Dr. Bartels, die immer meine Akzeptanz, meinen Respekt hatten – und ich denke, Toleranz muss auf Gegenseitigkeit beruhen, darum erwarte ich das in Zukunft auch von Ihnen –, das auch respektieren. Heute war ich teilweise sehr unangenehm berührt, nicht über das, was Sie gesagt haben, aber wie Sie es teilweise gesagt haben.

(Dr. Till Backhaus, SPD: So ist das.)

Das ist nicht angemessen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Bartels.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Noch mal? –
Angelika Gramkow, PDS: Das ist sein Recht.)

Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Backhaus, Sie können ganz beruhigt sein. Da ich mich von Sach- und Realpolitik entfernt habe, habe ich nicht viel Redezeit und die werden Sie überstehen, das verspreche ich Ihnen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie haben
Ihre Entscheidung eben getroffen.)

Frau Polzin, ich möchte zuerst etwas zu Ihnen sagen. Ich habe überhaupt nichts gegen Diskussionspapiere und ich habe die Diskussionswut, die mir früher nachgesagt wurde, noch immer. Aber ich habe etwas dagegen, dass Behauptungen, Darstellungen, Zahlen, die nicht neu sind, mit dem Duktus daherkommen, dass alle anderen, die etwas dagegen haben, einem Bildungsadel und einer Tonnenideologie anhängen. Diese Diskriminierung dessen, was andere denken, ist das, was mich zu dem gebracht hat, wie ich vorhin manches gesagt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jawohl, ich bin darüber sehr verärgert – jemand, der diese Diskussion mitgemacht hat, weiß, und Sie haben sie mitgemacht damals und sehr maßgeblich, Sie wissen es, wie mühselig wir gerungen haben –, das einfach so diskreditiert zu sehen mit dem Anspruch, jetzt komme ich und ich weiß, was richtig ist. Wie er auftritt, das hat er eben bewiesen. Dass ein so junger Mann sich traut, hier zehn Jahre Arbeit, die ich in diesem Hause geleistet habe, auf diese Art und Weise zu disqualifizieren, ist unsagbar!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Siegfried Friese, SPD: Das ist
das Privileg der Jugend.)

Zweite Bemerkung: Ich will das noch einmal deutlich sagen, weil ich annehme, dass von hinten meine Zwischenrufe nicht ins Protokoll kommen. In dem Text, den ich zitiert habe, steht nicht „Promovenden“, sondern „Wissenschaftler“, und nicht jeder Wissenschaftler ist ein Promovend. Vielleicht sollte man das einmal zur Kenntnis nehmen.

(Heiterkeit bei Beate Schlupp, CDU,
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann,
und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Drittens. Ich glaube, dass der Versuch mit dem Auf-die-lange-Bank-Schieben der Zielvereinbarungen, der unter-

nommen wird – Herr Brodtkorb hat eben von mehreren Monaten und so weiter gesprochen und in einem halben Jahr müssten wir sie wieder aufmachen –, genau dem Ziel dient, weshalb ich vorhin den Paragraphen aus den Übergangsbestimmungen zitiert habe. Solange es nämlich keine Zielvereinbarungen gibt, gibt es keine wirkliche Hochschulautonomie und das ist das Ziel. Dagegen wehre ich mich, denn darum habe ich gerungen, und zwar drei Jahre lang.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Zum Änderungsantrag der CDU: Die Intentionen, wenn ich das richtig verstanden habe, sind anders als die, die Frau Polzin eben gesagt hat, denn die CDU fordert in ihrem Änderungsantrag, dass die fertigen Eckwerte und Zielvereinbarungen dem Landtag bis zum 31. Dezember vorgelegt werden. Das ist nicht ein Hinausschieben des Termins in meinem Antrag,

(Heike Polzin, SPD: Das ist die Schärfe.)

sondern das ist eine völlig andere Forderung, und die halte ich dann allerdings auch für etwas unrealistisch.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Ich würde es schon besser finden, wenn wir uns als Landtag in die Ermittlung, wie wir diese neuen Wege gemeinsam beschreiten, einbringen. Deshalb würde ich diesem Änderungsantrag auch nicht zustimmen. Ich denke, wir sollten gemeinsam in die Diskussion gehen und versuchen, eine Lösung zu finden, die den Intentionen der überdeutlichen Mehrheit dieses Landtages 2002 bei der Verabschiedung des Gesetzes dann auch entspricht. – Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Lehre, Erziehung und Kultur Herr Professor Metelmann.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS, Ministerin Dr. Marianne Linke,
und Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann)

Wissenschaft und Kultur, Entschuldigung.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Wissenschaft, genau, bei dem Thema, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Genau.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Damit ich wenigstens einen lockeren Bezug zu dem Thema habe.

Ich grüble noch ein wenig, liebe Frau Lochner-Borst – ich sehe sie gar nicht –,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Hier! Hier bin ich!)

über Ihre Sorge, dass ich ferngesteuert sei von Beamten. Erstens bin ich selbst Beamter

(Beate Schlupp, CDU: Umso schlimmer!)

und zweitens klingt das natürlich ein wenig abschätzig gegenüber einer großen Gruppe von Leuten, die in diesem Lande sehr intensiv arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Gerade in den Hochschulen, gerade unter den Hochschullehrern haben wir sehr viele Beamte.

Drittens schätze ich überaus die sorgfältige Arbeit zum Beispiel der Beamten im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, die mir zum Beispiel diese wunderbare Datenlage erarbeitet haben, die ich jetzt einfach einmal zur Kenntnis geben darf. Es ist nämlich darauf hinzuweisen, dass wir aus dem Ministerium dem Landtag schon im September 2003 die Kernaussagen zu den Eckwerten der Hochschulentwicklung zur Kenntnis gegeben haben. Das war die Landtagsdrucksache 4/784. Diese Kernaussagen wurden zur Kenntnis genommen. Sie sind nicht debattiert worden.

Alle Hochschulen haben inzwischen Entwicklungspläne gemäß Paragraph 15 vorgelegt, zuletzt die Universität Rostock am 16. September diesen Jahres. Diese Hochschulentwicklungspläne der Hochschulen werden jetzt in der Fachabteilung ausgewertet, damit sie als Grundlage für dieses Eckwertepapier genommen werden können.

Der große Mangel ist, wir haben bislang nur, und das haben alle Redner angesprochen, rudimentäre Aussagen zur Hochschulmedizin. Das ist deshalb ein gravierender Mangel, weil die Medizin natürlich eine zentrale Position in der Hochschulentwicklungsplanung einnimmt, vor allem weil sie einen riesigen Raum einnimmt in der Hochschulfinanz- und Hochschulbauplanung dieses Landes. Wir haben deshalb – darauf haben Sie, Herr Brodtkorb, hingewiesen – eine Strukturkommission eingesetzt, die schon einige Beratungen hatte, auch schon Begehungen vor Ort in Hochschulen hatte, in den medizinischen Fakultäten. Ich glaube, wir sind sehr angewiesen darauf, dass diese Kommission zu einem verwertbaren Ergebnis kommt. Wir erwarten dieses Ergebnis etwa bis zum Jahresende. Dann können wir damit Eckwerte, die der Hochschullandschaft insgesamt gerecht werden, erarbeiten und vorstellen.

Ich spreche bewusst von der Hochschullandschaft insgesamt. Mir kommt es darauf an, dass wir unsere Hochschulen als eine gemeinsame Wissenschaftsregion sehen. Ich habe das oft genug hier in dem Hohen Hause vortragen können. Dazu bedarf es der notwendigen fachlichen Fokussierungen und dazu bedarf es auch einer hochschulrechtlichen Änderung. Wir haben sehr viel das Stichwort „Autonomie“ verwendet, aber wir müssen es auf die richtige Ebene setzen. Autonomie im Ausfüllen der Rahmenbedingungen ist selbstverständlich, aber Autonomie bei der Festlegung dieser Rahmenbedingungen fällt mir ein bisschen schwer, auch weil die Hochschulen an dieser Stelle einfach überfordert sind.

Worauf es uns ankommen sollte, ist, dass wir die wichtige Struktur der Landeskommision für Forschung und Hochschule in Paragraph 85 jetzt so ertüchtigen, so stark machen, dass sie in der Lage ist, auch bindende Beschlüsse für die Hochschullandschaft insgesamt zu tätigen. Das werden wir spätestens dann brauchen, wenn wir an die Eckwerte herangehen, wenn wir sie auch in diesem Hause diskutieren, wenn es um das Umsetzen dieses Eckwertepapieres geht.

Dieses Koordinationsgremium sichert auf der einen Seite schon die Identität der Hochschulen. Es ist andererseits geeignet, die Entscheidungsfähigkeit für Hochschulen übergreifende Abstimmungen zu sichern. Das ist ein Instrument der akademischen Selbstleitung, aber auf der anderen Seite ist es auch die Sicherung der Einflussmöglichkeiten des Staates ergebnisorientiert.

Lassen Sie mich noch etwas zum Stichwort „Zielvereinbarung“ sagen. Um keinen weiteren Zeitverzug bei der

Umsetzung des Landeshochschulgesetzes hier eintreten zu lassen, wurde mit der Hochschule Wismar bereits auf der Grundlage ihres Hochschulentwicklungsplanes und der vorläufigen Kernaussagen zu den Eckwerten eine Musterzielvereinbarung entwickelt, die dem Grunde nach auf die anderen Hochschulen übertragbar ist und von diesen bereits akzeptiert worden ist. Das ist erprobt worden, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Ausbau der Demographie an der Universität Rostock und im Zusammenhang mit der Einrichtung des Modellstudienganges Vorschulpädagogik an der Fachhochschule Neubrandenburg.

Meine Damen und Herren, das Stichwort „Eckwerte und Zielvereinbarungen der Hochschulen“ muss in der weiteren Arbeit ständig präziser werden. Es ist ein Ziel, das wir für die Gestaltung der Wissenschaftslandschaft in diesem Lande erreichen müssen. Ich gehe davon aus, dass wir wesentlich aussagefähiger sind, wenn wir die Ergebnisse der Hochschulmedizinkommission vorliegen haben und wenn wir die Landeskommission – an dieser Stelle habe ich sie mehrfach in den Landtagssitzungen nennen dürfen, diese Landeskommission für Hochschule und Forschung – stark gemacht haben für verbindliche Entscheidungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Ich schließe die Aussprache.

Da der Ältestenrat vorgeschlagen hat, den Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels auf Drucksache 4/1356 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen, gehe ich davon aus, dass dies auch für den Änderungsantrag auf Drucksache 4/1386 gilt.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der PDS bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 17. November 2004, um 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Da wir doch zeitlich sehr günstig liegen, wünsche ich einen erholsamen Abend.

Schluss: 16.10 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Norbert Baunach, Andreas Bluhm, Dr. Martina Bunge, Kerstin Fiedler-Wilhelm, Harry Glawe, Jörg Heydorn, Lilly Kühnel, Klaus Mohr und Dr. Norbert Nieszery.

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion der CDU
Wahrung des Artikels 29, Abs. 6 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern –
Haushaltsautonomie des Landtages
– Drucksache 4/1339 –

Jastimmen

CDU

Ankermann, Michael
Dr. Born, Ulrich
Brick, Martin
Caffier, Lorenz
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Petters, Andreas
Pracht, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Renz, Torsten
Riemann, Wolfgang
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Skrzepski, Gesine
Dr. von Storch, Henning
Strenz, Karin
Thomas, Reinhardt
Timm, Udo

Fraktionslos

Dr. Bartels, Gerhard

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Friedrich, Holger
Frieze, Siegfried

Jarchow, Hans-Heinrich
Keler, Sigrid
Krumbholz, Bodo
Lohse, Frank Ronald
Mahr, Beate
Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Dr. Timm, Gottfried
Volland, Angelika
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

PDS

Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Neumann, Karsten
Ritter, Peter
Schmidt, Karin
Schulz, Gabriele
Schwebs, Birgit
Walther, Gerd
Wien, Alexa

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	60
Gültige Stimmen	60
Jastimmen	23
Neinstimmen	37
Enthaltungen	–